

# Landtag des Saarlandes

## 15. Wahlperiode



PI. 15/3  
16.05.12

### 3. Sitzung

am 16. Mai 2012, 09.00 Uhr, im Gebäude des  
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.04 Uhr  
Ende: 13.30 Uhr

#### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Ley (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Linsler (DIE LINKE)  
Erster Schriftführer Neyses (PIRATEN)  
Zweite Schriftführerin Dr. Peter (B 90/GRÜNE)  
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)  
Vierter Schriftführer Jost (SPD)  
Fünfter Schriftführer Hans (CDU)

#### **REGIERUNG:**

Ministerpräsidentin, auch zuständig für die Bereiche  
Wissenschaft, Forschung und Technologie,  
Kramp-Karrenbauer (CDU)  
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr  
Maas (SPD)  
Minister für Finanzen und Europa Toscani (CDU)  
Ministerin für Inneres und Sport Bachmann (CDU)  
Minister für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Storm  
Ministerin der Justiz sowie Ministerin für Umwelt und  
Verbraucherschutz Rehlinger (SPD)  
Minister für Bildung und Kultur Commerçon (SPD)

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	20		
Änderung der Tagesordnung .....	21		
<b>1. Verpflichtung von Abgeordneten .....</b>	<b>21</b>		
<b>2. Wahl der/des Dritten Schriftführerin/ Schriftführers gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages ....</b>	<b>21</b>		
Abg. Heib (CDU).....	21		
<b>3. Zustimmung des Landtages zur Ernennung zweier weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 87 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes .....</b>	<b>21</b>		
<b>4. Vereidigung der weiteren Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 89 der Verfassung des Saarlandes .....</b>	<b>22</b>		
Staatssekretär Lennartz .....	22		
Staatssekretär Barke .....	22		
<b>5. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (§ 12 - Bildung der Ständigen Ausschüsse) (Drucksache 15/06) .....</b>	<b>22</b>		
Abstimmung, Annahme des Antrages .....	22		
<b>6. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 37 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 15/07) .....</b>	<b>22</b>		
Abstimmung, Annahme des Antrages .....	22		
		<b>7. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 15/08) .....</b>	<b>22</b>
		Abstimmung, Annahme des Antrages .....	23
		<b>Abgabe einer Regierungserklärung durch die Ministerpräsidentin zum Thema „Chancen nutzen - Zusammenhalt bewahren - Eigenständigkeit sichern - Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“ .....</b>	<b>23</b>
		Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer .....	23
		Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	38
		Abg. Meiser (CDU).....	41
		Abg. Hilberer (PIRATEN).....	46
		Abg. Pauluhn (SPD).....	48
		Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	52
		Minister Maas .....	56
		Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE)	59
		Abg. Hans (CDU).....	61
		Abg. Roth (SPD).....	63
		<b>Präsident Ley:</b>	
		Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere dritte Landtagssitzung. Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner dritten Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.	
		Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat mit Schreiben vom 15. Mai 2012 mitgeteilt, dass sie beabsichtige, in der heutigen Landtagssitzung eine Regierungserklärung abzugeben zu dem Thema „Chancen nutzen - Zusammenhalt bewahren - Eigenständigkeit sichern - Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“.	
		Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium wird vorgeschlagen, die Punkte 1 bis 7 der Tagesordnung vor der Abgabe der Regierungserklärung	

(Präsident Ley)

zu behandeln. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Verpflichtung von Abgeordneten**

Mit Schreiben vom 09. Mai 2012 haben Frau Abgeordnete Monika Bachmann, Herr Abgeordneter Georg Jungmann und Frau Abgeordnete Gaby Schäfer mitgeteilt, dass sie mit sofortiger Wirkung auf die Ausübung ihres Mandates im saarländischen Landtag verzichten.

Die Landeswahlleiterin hat mit Schreiben vom 10. Mai 2012 mitgeteilt, dass gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes für die ausgeschiedene Abgeordnete Monika Bachmann Frau Dagmar Heib, Dillingen, als Listennachfolgerin auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Saarlouis in den Landtag des Saarlandes eintritt, für den ausgeschiedenen Abgeordneten Georg Jungmann Herr Thomas Schmitt, Nalbach, als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Saarlouis und für die ausgeschiedene Abgeordnete Gaby Schäfer Herr Christian Gläser, Homburg, als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der CDU im Wahlkreis Neunkirchen. Alle genannten Personen haben ihr Mandat angenommen.

Erhebt sich gegen die Feststellung der Landeswahlleitung Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte die neuen Mitglieder des Landtages, zu mir heraufzukommen, damit ich sie gemeinsam verpflichten kann. Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer bitte ich, sich zur Verpflichtung der Abgeordneten von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Nach Artikel 68 der Verfassung sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Liebe Kollegin, liebe Kollegen, ich verpflichte Sie hiermit auf die gewissenhafte Ausübung der sich aus Ihrem Mandat ergebenden Pflichten. - Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Wahl der/des Dritten Schriftführerin/Schriftführers gemäß Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, § 33 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 11 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages**

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich auf das Vorschlagsrecht der CDU für die Dritte Schriftführerin verständigt.

Wir kommen zur Wahl. Für die CDU-Fraktion ist Frau Abgeordnete Dagmar Heib vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Erheben sich Bedenken gegen die Wahl durch Handaufheben? - Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Wer für die Wahl von Frau Abgeordneter Dagmar Heib zur Dritten Schriftführerin ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass Frau Abgeordnete Dagmar Heib einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, zur Dritten Schriftführerin gewählt ist.

Frau Abgeordnete Dagmar Heib, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl zur Dritten Schriftführerin an?

**Abg. Heib (CDU):**

Herr Präsident, ich nehme die Wahl sehr gerne an. - Vielen Dank.

**Präsident Ley:**

Ich spreche Ihnen im Namen des Hauses herzliche Glückwünsche aus.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Zustimmung des Landtages zur Ernennung zweier weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 87 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Saarlandes**

Mit Schreiben vom 09. Mai 2012 hat Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer mitgeteilt, dass sie beabsichtige, die Herren Staatssekretäre Jürgen Lennartz und Jürgen Barke zu weiteren Mitgliedern der Landesregierung zu ernennen. Artikel 87 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes bestimmt, dass die Ministerpräsidentin die Minister und die weiteren Mitglieder der Landesregierung mit Zustimmung des Landtages ernennt und entlässt.

Wer für die von Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer vorgesehenen Ernennungen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Landtag den von Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer vorgesehenen Ernennungen von weiteren Mitgliedern der Landesregierung mit Stimmenmehrheit zugestimmt hat. Zugestimmt haben die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion bei Ablehnung aller Abgeordneten der Oppositionsfraktionen.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

(Präsident Ley)

**Vereidigung der weiteren Mitglieder der Landesregierung gemäß Artikel 89 der Verfassung des Saarlandes**

Nach Artikel 89 der Verfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid.

Die neuen Mitglieder der Landesregierung bitte ich, zu mir heraufzukommen, damit ich sie vereidigen kann. Ich bitte die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer, sich zur Vereidigung von ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Ich bitte Sie nun, nacheinander die linke Hand auf die Verfassung des Saarlandes zu legen, die Eidesformel zu wiederholen und zu schwören.

Staatssekretär Lennartz:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Ley:**

Herzlichen Glückwunsch. Alles Gute.

Staatssekretär Lennartz:

Danke schön.

Staatssekretär Barke:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

**Präsident Ley:**

Herzlichen Glückwunsch. Alles Gute.

Staatssekretär Barke:

Danke schön.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Änderung der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (§ 12 - Bildung der Ständigen Ausschüsse) (Drucksache 15/06)**

Zur Begründung verweise ich auf die Drucksache 15/06, wonach die vorgeschlagene Neuordnung der Ausschüsse den Geschäftsbereichen der Landesregierung angepasst wird. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 15/06 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/06 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung der Mitgliederzahl der Ausschüsse gemäß Artikel 77 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes und § 37 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes und § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages (Drucksache 15/07)**

Hierbei geht es neben der Festlegung der Mitgliederzahl in den Ausschüssen auch um die Aufteilung der Mitglieder der Ausschüsse auf die fünf Fraktionen. Hierüber haben wir Einigkeit erzielt. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 15/07 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 15/07 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der DIE LINKE-Landtagsfraktion, der PIRATEN-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitglie-**

(Präsident Ley)

**dern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 15/08)**

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 15/08 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass auch dieser Antrag, Drucksache 15/08, einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erteile nun Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung mit dem Titel

**„Chancen nutzen - Zusammenhalt bewahren - Eigenständigkeit sichern - Gemeinsam Verantwortung tragen für unser Saarland“**

**Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Der Landtag hat mich vor einer Woche zur Ministerpräsidentin des Saarlandes gewählt. Ich danke all denen, die mir bei dieser Wahl das Vertrauen ausgesprochen haben. Aber auch denjenigen, die dies nicht getan haben, versichere ich: Ich werde mein Bestes geben für eine gute Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Meine Amtsführung wird sich an dem Anspruch ausrichten, die Ministerpräsidentin aller Saarländerinnen und Saarländer zu sein, und zwar ungeachtet parteipolitischer Unterschiede, unterschiedlicher Interessen oder weltanschaulicher Einstellungen - genauso wie es unser Amtseid von uns verlangt.

Meine Damen und Herren, bereits vor der Landtagswahl haben CDU und SPD ihre Absicht bekundet, in den kommenden fünf Jahren gemeinsam die Regierungsverantwortung wahrnehmen zu wollen. Den Wählerinnen und Wählern war also bewusst, welches Regierungsbündnis sie bekommen, wenn sie ihre Stimme an CDU oder SPD vergeben. 65,8 Prozent der saarländischen Wählerinnen und Wähler haben sich mit ihrer Stimmabgabe für eine Koalition von CDU und SPD ausgesprochen. Das ist - das ist mir und uns allen bewusst - ein enormer Vertrauensvorsprung, mit dem die Menschen in diesem Lande konkrete Erwartungen an uns in der Regierung, an die sie tragenden Fraktionen, aber auch an uns alle hier im Haus verbinden. Diese Erwartungen dürfen und werden wir nicht enttäuschen, wir sind dazu verpflichtet.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Große Koalition ist im Saarland das erste Regierungsbündnis zwischen CDU und SPD seit mehr als fünfzig Jahren. Damals ging es darum, unser Land in die föderale Gemeinschaft der noch jungen Bundesrepublik zu integrieren. Heute geht es darum, genau diesen aus unserer Geschichte erwachsenen Anspruch als eigenständiges Bundesland dauerhaft abzusichern. Das ist die zentrale Frage, um nicht zu sagen die Schicksalsfrage, die sich uns stellt. Das ist, das muss und das wird der Maßstab für unsere Regierungsarbeit sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinen Zweifel daran, dass die beiden größten Parteien des neuen Landtages im Hinblick auf die übergeordnete Bedeutung der Eigenständigkeitsfrage völlig einer Meinung sind. Der vorliegende Koalitionsvertrag dokumentiert diese Übereinstimmung in eindrucksvoller Weise. Er entspricht den Erwartungen der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Und er entspricht einer guten Tradition in unserem Land, nämlich im Angesicht großer Herausforderungen Gegensätze zu überwinden und in Gemeinsamkeit Verantwortung tragen zu können. Es ist nun das Gebot der Stunde, diese gemeinsame Verantwortung auch wahrzunehmen.

Ich wünsche mir, dass es gelingt, in diese Politik der Verantwortung und der Vernunft alle hier versammelten Fraktionen einzubeziehen. Die Regierungskoalition verfügt über eine starke Zweidrittelmehrheit; aber wir werden damit verantwortungsvoll umgehen. Im Sinne dieser Verantwortung für das Ganze erhoffe und erwarte ich eine lebhaft und konstruktive Opposition, mit der wir alle gemeinsam um den besten politischen Weg ringen, aber auch eine Opposition, die mit der Regierung dann konstruktiv zusammenarbeitet, wenn die Interessen des Landes es erfordern.

Das große Ziel ist und bleibt dabei die Sicherung unserer Eigenständigkeit als Bundesland. Machen wir uns nichts vor: Was die Eigenständigkeit gefährdet, sind keine Diskussionen in Mainz oder sonst wo in der Bundesrepublik, das sind keine Kolumnen, wie sie irgendwo geschrieben werden. Was die Eigenständigkeit dieses Landes wirklich gefährdet, sind unsere Schulden, ist der Rückgang der Bevölkerung, ist vor allem der Verlust an Zutrauen in die eigene Zukunftsfähigkeit. Diesen Herausforderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit unserem Beitritt in den Kreis der föderalen Gemeinschaft der deutschen Bundesländer wird diese 15. Legislaturperiode eine der wichtigsten Phasen in der Ge-

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

schichte unseres Landes sein. Diese Phase müssen wir so bewältigen, dass wir am Ende der Legislaturperiode drei Aufgaben erfüllt haben. Wir müssen am Ende dieser Legislaturperiode so gearbeitet haben, dass wir eine deutlich niedrigere jährliche Neuverschuldung haben. Wir müssen diese Phase so bewältigen, dass wir bei der anstehenden Neuordnung der Finanzbeziehungen und der Bewältigung der Altschuldenproblematik eine starke und glaubwürdige Verhandlungsposition haben. Und wir müssen sie so bewältigen, dass unsere Strukturen in allen Bereichen öffentlicher Leistungen auf immer weniger, aber auch immer älter werdende Menschen abgestimmt sind. Und klar ist auch, dass all diese Zielvorgaben nur zu bewältigen sind, wenn es weiterhin ein solides wirtschaftliches Wachstum mit guten und auskömmlichen Arbeitsplätzen in unserem Land gibt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir spüren es, und zumindest die letzten Umfragen scheinen es auch zu bestätigen: Die Eigenständigkeit unseres Landes ist nicht mehr für alle Saarländerinnen und Saarländer ein selbstverständliches und übergeordnetes Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Deshalb müssen wir in dieser Frage in Zukunft noch viel mehr Überzeugungsarbeit leisten als bisher - nach innen wie nach außen. Denn es ist für uns eine Lehre aus unserer Geschichte, dass Selbstbestimmung besser ist als Fremdbestimmung, dass unsere eigenen Interessen besser von Saarbrücken aus vertreten werden als von Mainz, Wiesbaden, Stuttgart oder anderswo. Wir im Saarland wissen besser als die übrigen Bundesländer, was es bedeutet, gerade nicht Herr im eigenen Haus zu sein, nicht selbst bestimmen zu können. Ich rate uns allen, diese Lehren der Geschichte sehr, sehr ernst zu nehmen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Jedem hier in diesem Land muss klar sein, dass der Verlust der Eigenständigkeit für unser Land und die Menschen keinerlei Vorteile bringt, sondern Nachteile - von der Wirtschaftsförderung und den Ansiedlungen über die öffentliche Infrastruktur bis hin zur Versorgung mit sozialen Einrichtungen, Schulen und Hochschulen. Deshalb müssen und werden wir für unsere Eigenständigkeit kämpfen. Wir müssen unser Land für die Herausforderungen der Zukunft aufstellen. Es geht darum, dass wir uns als Land und als Region so fortentwickeln, dass wir die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Veränderungen in diesem Jahrhundert aus eigener Kraft bestehen, darüber entscheiden und dabei unsere eigenen Interessen wahren können.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in unserem Land seit einiger Zeit intensive Diskussio-

nen über die Ausrichtung und den Umfang der verschiedenen Solidarsysteme zwischen Bund und Ländern. Sie betrifft in erster Linie, aber bei Weitem nicht nur, die Konstruktion des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Auch der Solidarpakt, die Förderung der wissenschaftlichen Exzellenz, der Krippenausbau oder die Finanzierungsanteile des Bundes an den Soziallasten der Länder und Kommunen spielen bei der Ausgestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen immer wieder eine Rolle. Sie berühren den Kernbestand dessen, was bündische Solidarität bedeutet und was auch in Zukunft für unser Land elementar notwendig ist. Das gilt insbesondere für den Länderfinanzausgleich, für den eine verfassungskonforme Neuregelung für die Zeit - das betone ich ausdrücklich - ab 2019 gefunden werden muss.

Die Landesregierung wird sich - wie bisher - konstruktiv in diese Diskussion einbringen - mit Selbstbewusstsein, vor allem aber mit eigenen Konzepten. Sowenig wir steuer- und finanzpolitische Entscheidungen auf Bundesratsebene mittragen, die negativ auf unsere Einnahmesituation durchschlagen, so wenig werden wir auch bei Reformen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mitmachen, die unserer Interessenlage als Konsolidierungsland zuwiderlaufen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das gilt ganz besonders für das Problem der Altschulden. Wir werden uns dafür einsetzen, das Thema in den nächsten Jahren auf die Tagesordnung der Bundespolitik zu bringen. Wir werden dort für unsere - das betone ich - legitimen Interessen kämpfen. Möglichkeiten dazu bieten sich wahrscheinlich schon im Zuge der Diskussion um den Fiskalpakt und die damit verbundene Forderung nach Einführung sogenannter Deutschlandbonds.

Klar ist aber auch: Wir können, dürfen und werden die Solidarität des Bundes und der Länder nicht als Ruhebetten begreifen, auf dem sich bequem die weitere Zukunft abwarten lässt. Es ist nicht zu übersehen, dass bei den Geberländern das Verständnis für finanzschwache Bundesländer immer mehr abnimmt. Deshalb kommt es mehr denn je darauf an, die Schuldenbremse im Sinne der Vorgaben des Stabilitätsrates konsequent umzusetzen, Jahr für Jahr weniger neue Schulden und am Ende der Konsolidierungsphase überhaupt keine Schulden mehr zu machen. Nur so können wir nachhaltige Politik betreiben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist nämlich klar: Politik auf Pump führt früher oder später unweigerlich in den Ruin.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir dürfen uns und vor allen Dingen den Saarländerinnen und Saarländern nichts vormachen: Wenn die Sanierungsschritte und die Sanierungserfolge von Konsolidierungsländern hinter den vereinbarten Zie-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

len zurückbleiben, dann werden diese Länder einen schweren Stand haben - und zwar nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in der politischen Arena. Was diesen Ländern dann ins Haus stünde, kann man heute schon an Diskussionen über die Stabilisierung und Unterstützung überschuldeter Euro-Staaten ablesen.

Die Einsicht in die Begrenztheit der bündischen Solidarität ist das eine, die gemeinsame Verantwortung für die Zukunftschancen unserer Kinder und eine generationengerechte Finanzpolitik das andere. Sie ist das, was aus meiner Sicht noch sehr viel schwerer wiegt. Beides zusammen genommen lässt uns keine andere Möglichkeit, als die Vorgaben der Schuldenbremse Punkt für Punkt zu erfüllen. Die Regierungskoalition bekennt sich daher klar und deutlich zu dem Ziel, bis 2016 jährliche Konsolidierungsbeiträge von durchschnittlich mindestens 65 Millionen Euro zu erwirtschaften. Einsparmaßnahmen sind dazu unausweichlich. Schon in wenigen Wochen - also noch vor der Sommerpause - werden wir den Haushalt für das Jahr 2013 in einer Regierungsklausur beraten und uns über die entsprechenden Maßnahmen verständigen. Diese Maßnahmen werden Ihnen nach der Sommerpause zur Beratung hier im Landtag vorgelegt werden.

Die Konsolidierung betrifft vor allem den größten Ausgabentitel, die Personalausgaben für den Landesdienst. Mit Blick auf die demografische Entwicklung, aber auch die digitalen Informationstechniken gibt es hier durchaus Spielräume für Anpassungsmaßnahmen. Erstens führt bei sinkender Bevölkerungszahl ein kleinerer Personalkörper nicht zwangsläufig zu Leistungseinbußen oder zu unzumutbarer Leistungsverdichtung. Zweitens werden bis 2020 circa 7.000 Beschäftigte im Landesdienst in den Ruhestand treten. Das erlaubt es uns, diesen Prozess sozialverträglich zu gestalten und auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aus diesem Grund haben die Koalitionspartner vereinbart, von den derzeit rund 24.000 Stellen im öffentlichen Dienst des Landes mindestens zehn Prozent, also rund 2.400 Stellen, einzusparen. Wir werden etwa jede dritte frei werdende Stelle nicht mehr besetzen oder wiederbesetzen. Dabei betone ich ausdrücklich: Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften angehen. Wir wollen die Interessen der Beschäftigten so weit wie möglich berücksichtigen. Dass dies durchaus möglich ist - es gibt hierfür nämlich eine Blaupause -, zeigt die Polizeireform. Hier wurde gemeinsam mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften ein Reformpaket geschnürt, das in den nächsten Jahren etwa 300 Polizeistellen einspart, und zwar ohne Einbußen bei der öffentlichen Sicherheit. Was in der Polizei gelungen

ist, werden wir auch im übrigen öffentlichen Dienst schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir werden uns bereits in wenigen Wochen - die Terminabstimmungen laufen - mit den Arbeitnehmervertretungen und den Gewerkschaften zu Gesprächen treffen. Dabei müssen wir auch über Fragen wie die Übernahme der Regelaltersgrenze im Beamtenbereich, die Wiederbesetzungssperre oder die Verschiebung oder Deckelung von Besoldungserhöhungen sprechen. Ich weiß, das werden keine einfachen Gespräche sein. Dennoch hoffe ich auf die Einsicht, dass wir uns alle den finanziellen und demografischen Veränderungen stellen müssen, und zwar jetzt! Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das den Beschäftigten in den nächsten Jahren Sicherheit und Verlässlichkeit garantiert, und zwar vor allem im Hinblick auf faire Arbeitsbedingungen und gerechte Vergütungsstrukturen.

Mir ist klar, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und insbesondere die Beamtinnen und Beamten bereits in der Vergangenheit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Haushaltslage und damit auch zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes geleistet haben. Deshalb können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung darauf verlassen, dass wir mit Blick auf die Gehaltsentwicklung keine dauerhafte Abkoppelung von anderen Bundesländern zulassen werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Hier stimme ich dem Landesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Arthur Folz, Wort für Wort zu: „Um die Eigenständigkeit des Landes zu erhalten, brauchen wir eine handlungsfähige (...) und mutige Landesregierung, aber genauso auch einen funktionierenden Verwaltungsapparat.“ Beides werden wir in den fünf Jahren beweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wichtig ist auch: Wir werden nicht blindlings mit dem Rasenmäher über die Stellenpläne hinwegfahren. Wir wollen zu einem bedarfsgerechten Personalentwicklungskonzept kommen. Das kann in einzelnen Fällen sogar zu personellen Aufwüchsen führen, wenn dies zur Aufgabenerfüllung notwendig ist. In der Gesamtheit allerdings müssen die Personalreduzierungen in der genannten Größenordnung zusammenkommen. Damit dies gelingt, werden wir die Organisationsstrukturen in den Ministerien, den nachgeordneten Behörden und den Landesbeteiligungen systematisch analysieren und anpassen, und diesen Prozess werden wir unverzüglich angehen. Unser Ziel ist es, Vorschläge für diese angepasste Struktur so zu erarbeiten, dass sie spätestens im Haushaltsjahr 2014 umgesetzt werden können. Ich bin mir si-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

cher, dass durch Verschlankung und Zentralisierung von Organisationseinheiten ebenso wie durch verstärkten Einsatz moderner technischer Hilfsmittel vor allem im IT-Bereich viele Arbeitsprozesse effizienter gestaltet werden können. Hier sind die Grenzen der Einsparmöglichkeiten noch nicht erreicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Und natürlich werden wir auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, insbesondere mit dem Nachbarland Rheinland-Pfalz, vorbehaltlos prüfen. Unter Kooperation verstehen wir allerdings Zusammenarbeit unter Gleichen und auf Augenhöhe. Das einfache Wegverlagern aus dem Saarland werden wir auf keinen Fall mitmachen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Zu diesem Thema wird es bereits am 04. Juni 2012 in Kusel eine gemeinsame Sitzung der Staatssekretäre von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes geben. Und denen, die sich fragen, warum auf rheinland-pfälzischer Seite, antworte ich: weil die im Anschluss stattfindende gemeinsame Kabinettsitzung hier bei uns stattfinden wird. So ist das richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Einsparmaßnahmen sind nur vermittelbar, wenn niemand davon ausgenommen wird. Das gilt insbesondere auch für uns selbst, das gilt für die politische Führung, von der zu Recht erwartet wird, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht. Einen ersten Schritt haben wir getan: Wir haben die Zahl der Minister und Staatssekretäre deutlich verringert und haben heute die kleinste Regierung aller Bundesländer. Zudem werden wir in den Führungsspitzen der Ministerien dadurch Stelleneinsparungen erzielen, dass künftig Staatssekretäre eine Abteilung und die Abteilungsleiter ein Referat zusätzlich übernehmen. Wir werden aber auch die Versorgungsansprüche von Ministern und Staatssekretären kritisch überprüfen und die notwendigen Anpassungen an das Versorgungsniveau anderer Bundesländer vornehmen. Einen entsprechenden Regierungsentwurf werden wir bis zur Sommerpause erarbeiten und danach zügig in das Parlament einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur der Landeshaushalt bedarf der nachhaltigen Konsolidierung, sondern auch die Haushalte der Städte und Gemeinden. Der Gesamtbetrag der Kassenkredite der saarländischen Kommunen betrug Ende vergangenen Jahres rund 1,8 Milliarden Euro. Das jährliche Haushaltsdefizit der saarländischen Kommunen beträgt rund 200 Millionen Euro. Das Land - dies will ich an dieser Stelle ganz klar und unmissverständlich sagen - hat nicht die finanziellen Möglichkeiten, den Kommunen diese Schuldenlast

in Gänze abzunehmen. Wir können nur dazu beitragen, die Last dieser Schulden ein Stück weit zu mildern mit dem Ziel, auch auf kommunaler Ebene eine Haushaltssanierung zu erreichen, sodass vom Jahr 2020 an keine neuen Schulden und Kassenkredite mehr aufgebaut werden müssen, sondern dass allmählich eine Rückführung gelingt. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen und werden wir tun, denn wie der Bund gegenüber dem Land, so steht das Land gegenüber den Kommunen in einer solidarischen Verpflichtung.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir werden uns - das möchte ich nachdrücklich betonen - dieser Verpflichtung nicht entziehen. Das Land stellt deshalb im Konsolidierungszeitraum in einem Fonds einen jährlichen Sanierungsbeitrag von 17 Millionen Euro zur Verfügung, und zwar unter der Voraussetzung, dass sich die kommunale Seite mit einem Finanzierungsanteil in gleicher Höhe beteiligt, beispielsweise über eine entsprechende Beteiligung aus dem kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, um hier keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen: Dieser Vorschlag, den wir in der Koalitionsvereinbarung aufgegriffen haben, ist ein Vorschlag, der im vergangenen Jahr vom Saarländischen Städte- und Gemeindetag eingebracht worden ist. Deswegen werden wir über diesen Vorschlag auch mit dem Städte- und Gemeindetag sprechen, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir dies in einem konstruktiven Dialog tun können, ohne uns vorher wechselseitig in der Presse zu bezichtigen, wir würden uns hier nicht ausreichend anstrengen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Aber wir wollen einen atmenden Fonds. Sollten sich deshalb im Laufe des Sanierungszeitraums durch strukturelle Mehreinnahmen neue Handlungsspielräume ergeben - wir haben ja gerade eine durchaus erfreuliche Steuerschätzung erhalten -, sind wir bereit, ihn aufzustocken. Wir wollen mit diesem Fonds den Kommunen dabei helfen, ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten. Wie dies im Einzelnen geschehen soll, darüber wollen wir schon in den nächsten Wochen mit der kommunalen Seite auf der Grundlage einer paritätisch besetzten Kommission sprechen. Es geht insbesondere um die Frage, wie der Solidarpakt zwischen Land und Kommunen inhaltlich und technisch ausgestaltet werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen und mir ist es sehr wohl bewusst: Allein mit Sparen werden wir die Eigenständigkeit dieses Landes auf Dauer nicht sichern können. Wir brauchen im Saarland eine attraktive und eine zukunftsfähige Infrastruktur. Deshalb werden wir einerseits Saarbrücken als einzige Großstadt des Saarlandes und



**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

als Motor unseres Landes darin unterstützen, diese Leitfunktion zu übernehmen. So wollen wir eine rasche Entscheidung über die Realisierung des Projektes „Stadtmitte am Fluss“ herbeiführen, und zwar auf der Basis der dazu abgeschlossenen Vereinbarungen und mit Blick auf die zur Verfügung stehenden Fördermittel, wobei - auch dies sage ich ausdrücklich - über die sogenannte Tunnellösung erst nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens im Jahr 2014 entschieden wird. Ich halte es im Übrigen für absolut notwendig, dass diese Entscheidung erst fällt, wenn klar ist, wie die Förderkulisse aussieht, wie hoch die Kosten sind, wie das Verkehrskonzept für die Stadt und das Umland aussieht. Das sind wichtige Faktoren, und erst auf dieser Grundlage kann man eine wirklich gesicherte Entscheidung treffen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Darüber hinaus wird sich das Land für die Neupositionierung der Stadt Saarbrücken als Kongress- und Messestandort einsetzen. Ich darf aus aktuellem Anlass sagen, dass ich mich sehr darüber freue, dass das, was Stadt und Land, was die Oberbürgermeisterin und ich persönlich in den vergangenen Wochen miteinander und unter Einbeziehung der Partner aus Berlin besprochen und verhandelt haben, gestern Abend in Saarbrücken in einer entsprechenden Beschlussfassung seinen Niederschlag gefunden hat. Ich denke, dass wir damit eine gute Grundlage für ein Konzept haben, das den Kongress- und Messestandort Saarbrücken sichert und attraktiver macht, und dies ist nicht nur für die Stadt Saarbrücken von großer Bedeutung, sondern für den Wirtschaftsstandort Saarland insgesamt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Genauso wie für die Landeshauptstadt, werden wir uns aber auch für die Infrastruktur und insbesondere die Verkehrsinfrastruktur in den ländlichen Räumen und den anderen Räumen einsetzen. Dazu gehören der Erhalt des hohen Standards des Straßennetzes und wichtige Projekte wie etwa die Umgehung im Zuge der B 423 bei Homburg, die Verbesserung des Autobahnanschlusses Homburg/Bexbach und die Fortsetzung des Projektes „Nordsaarlandstraße“ durch den Bau der Nordumfahrung Merzig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Neben diesen Leitinvestitionen gibt es noch einen weiteren Bereich, der nicht den gleichen Sparvorgaben unterliegt wie der öffentliche Dienst, das ist der Bereich von Bildung und frühkindlicher Erziehung. Die wegen des Schüllerrückgangs frei werdenden Mittel, verringert um die ebenfalls zurückgehenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, also die echte demografische Rendite verbleibt im Bildungssystem. Das heißt: Da die Zahl der Schülerinnen und Schüler bis 2020 um rund 24.000 bezie-

hungsweise 20 Prozent zurückgehen wird, werden wir in den nächsten Jahren im Schul- und Vorschulbereich, insbesondere bei den Ganztagschulen und Krippen, aber auch für die Qualität des Unterrichtes in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel bereitstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist für ein Haushaltsnotlageland keine Selbstverständlichkeit. Es ist auch keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich andere Bundesländer anschaut. Unsere Nachbarn in Rheinland-Pfalz nutzen die demografische Rendite auch für Verbesserungen im Schulsystem, aber eben nur zum Teil. Der übrige Rest geht in die Konsolidierung des Haushaltes. Wir im Saarland gehen hier einen anderen Weg - und das ist auch richtig so.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unsere Zielsetzung ist ehrgeizig, aber die Rahmenbedingungen haben sich in letzter Zeit nicht verschlechtert, sondern verbessert. Sie geben deshalb auch Anlass zur Hoffnung, dass wir dieses Ziel erreichen können. Schon die vorletzte Steuerschätzung vom November 2011 hat uns höhere Steuereinnahmen vorhergesagt als die vom Mai des vergangenen Jahres. Auf dieser Steuerschätzung vom Mai 2011 baut das saarländische Sanierungsprogramm auf. Erst von letzter Woche stammt die Nachricht, dass die jüngste Steuerschätzung weitere Steuermehreinnahmen für das laufende und die nächsten Jahre erwarten lässt. Im Übrigen - das sei angemerkt - mit mehr Verbesserungen für die kommunale Seite als für den Landeshaushalt. Hinzu kommt, dass sich die Zinssätze weiterhin auf einem niedrigen Niveau bewegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer allerdings daraus ableiten möchte, dass wir in unseren Konsolidierungsbemühungen nachlassen sollen oder können, der weiß über unsere Haushaltslage nicht wirklich Bescheid.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das stimmt.)

Diese positiven Entwicklungen ergeben keinerlei Spielraum für zusätzliche Ausgaben, aber sie erhöhen die Chancen für die Umsetzung der Schuldenbremse. Deshalb müssen wir an diesem Konsolidierungspfad festhalten und konsequent weiterarbeiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werden wir mit allem Nachdruck tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir stehen mit diesem Konsolidierungsdruck nicht allein. Die innerstaatliche Umsetzung des europäischen Fiskalpakts, über die derzeit zwischen Bund und Ländern verhandelt wird, wird auch anderswo eine entsprechende Wirkung entfalten. Auch andere Länder werden wohl schneller auf einen Konsolidierungskurs eingeschworen, als sie es bisher gewohnt

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

sind. Maßnahmen, die zu weiteren Belastungen für die Länderhaushalte führen, werden deshalb zukünftig deutlich unwahrscheinlicher. Der Block der Länderinteressen hat sich dadurch verstärkt und das kann für uns nur gut sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist nicht nur eine finanzpolitische, sondern auch gerade eine wirtschaftspolitische Aufgabe. Wirtschaftspolitik ist aktive Zukunftssicherung, denn Wirtschaftskraft bringt Steuerkraft, die wir brauchen, um die Aufgaben in unserem Land erledigen zu können. Um die Eigenständigkeit des Saarlandes nachhaltig zu sichern, müssen wir weiter für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung sorgen. Daher werden auch in Zukunft Investitionen und Projekte, die für unser Land von besonderer Bedeutung sind, nicht an mangelnden Fördermitteln oder Bürgschaften scheitern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Moderne Industriebetriebe und leistungsstarke mittelständische Unternehmen - das sind die beiden Herzkammern der Saarländischen Wirtschaft. Daher steht die Landesregierung zum Industrie- und Energiestandort Saarland. Das Saarland ist ein führender Industriestandort Deutschlands und muss es bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Saarindustrie hat - trotz nicht zu leugnender Rückschläge - beste Perspektiven. Die Stahl- und Automobilindustrie, die Gesundheitswirtschaft, der Energiebereich, die Informationstechnologie und die Werkstoff- und Materialwissenschaften, sie alle bedienen die Märkte der Zukunft. Sie alle versprechen für das Saarland auch in Zukunft Wachstum und für seine Menschen gute Arbeit.

Die Saarindustrie hat einen hohen Anteil an energieintensiven Branchen und Unternehmen. Ich nenne stellvertretend die Stahlindustrie mit ihren rund 13.000 Beschäftigten und einem Umsatzvolumen von über 3 Milliarden Euro. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für die Belange unserer Stahlindustrie ein, vor allem in der Diskussion um Klima- und energiepolitische Regulierungen. Wettbewerbsnachteile durch Klimaschutzinstrumente wollen und werden wir durch Initiativen auf europäischer und nationaler Ebene so weit wie möglich verhindern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Unser Ziel ist und bleibt eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Deshalb unterstützen wir auch den Erwerb von VSE-Anteilen durch Stadtwerke, Kommunen und das Land. Diesen Erwerb wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten noch vor der Sommerpause abschließen.

Unsere Stärken wollen wir weiter ausbauen. Wir werden den Technologietransfer und die wirtschaftsnahe Forschung gezielt fördern. Organisatorisch werden wir dies durch eine Bündelung der Fördermittelstrukturen und die Erweiterung des ZEMA, des Zentrums für Mechatronik und Automatisierungstechnik, zu einem Ausbildungs- und Entwicklungszentrum für Ingenieure und Innovationen erreichen. Wir wollen so die Wissenschaft und Forschung stärker an den Belangen der heimischen Wirtschaft ausrichten. Den Masterplan Industrieflächen werden wir konsequent weiter umsetzen, denn zusammenhängende Industrieflächen sind ein wichtiger Standortfaktor und Basis einer aktiven Industriepolitik.

Fest im Blick haben wir selbstverständlich auch die mittelständischen Betriebe im Handel und Handwerk. Wir werden im Dialog mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern das Mittelstandsförderungsgesetz aus dem Jahr 1976 an die sicherlich von allen anerkannten veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Um die Innovationskraft des Mittelstandes zu stärken, wollen, werden und müssen wir die Kontakte zwischen Wirtschaft und Hochschulen intensivieren. Diese Transfer- und Schnittstelle muss besser ausgebaut werden. Sie muss reibungsloser funktionieren, als das in der Vergangenheit der Fall war. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung, gerade für den Mittelstand, sind gute Finanzierungskonditionen für Investitionen. Deshalb wollen wir eine wettbewerbsfähige Sparkassen- und Bankenlandschaft. Dazu gehören eine dauerhaft tragfähige Gesellschaftsstruktur und ein nachhaltiges Geschäftsmodell für die SaarLB. Neben klassischen Instrumentarien wie Bürgschaften, Garantien sowie Innovations- und Wagnisfinanzierungen sind wir aber auch offen für neue Finanzierungsquellen wie sogenannte „Bürgerschaftliche Innovationsfonds“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung in ihrer Gesamtheit unter meiner Führung, aber natürlich an erster Stelle das zuständige Wirtschaftsministerium, wir alle werden der Saarländischen Wirtschaft ein zuverlässiger und jederzeit hilfsbereiter Partner sein. Vor allem werden wir den Unternehmen auch dann zur Seite stehen, wenn es schwierig wird. Denn genau so, wie wir uns um Existenzgründungen und Ansiedlungen kümmern, werden wir Unternehmen helfen, die in existenzielle Schwierigkeiten geraten sind. Eines unserer Instrumente wird dabei das „Zentrum für Existenzsicherung sowie für Wirtschafts- und Standortförderung“ sein. Neben den bisherigen ZPT-Aufgaben wird das sogenannte ZEWIS als gemeinsame Organisation von Saarländischer Wirtschaft und Landesregierung in Zukunft auch Aufgaben des Saarland-Marketings sowie der Innovations- und Technologieförderung wahrnehmen, eine ver-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

nünftige Bündelung, die in der Zukunft sicherlich Vorteile bringen wird.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Gerade ein offensives Saarland-Marketing ist im zunehmend härter werdenden Wettbewerb der Standorte und im Wettstreit um die besten Köpfe und die besten Hände unverzichtbar. Ich sage hier ausdrücklich: Es geht nicht darum, welches Schild an der Autobahn steht, es geht nicht darum, welches Plakat irgendwo hängt oder welche Anzeige irgendwo regional oder überregional geschaltet wird. Es geht um wesentlich mehr. Saarland-Marketing heißt für uns, innerhalb wie außerhalb des Saarlandes die Menschen von den Stärken unseres Landes zu überzeugen und sie für dieses Land zu begeistern. Daher werden wir - gemeinsam mit den bisherigen und zukünftigen Partnern aus dem Bereich der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerorganisationen - dafür so schnell wie möglich die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist zweifellos eine der größten Herausforderungen und eine gemeinsame Aufgabe aller Wirtschafts- und Sozialpartner. Aufbauend auf der im Oktober vergangenen Jahres beschlossenen Allianz zur Sicherung des Fachkräftebedarfes möchten und werden wir das vorhandene Potenzial der Fachkräfte fördern und erhalten und die Vermittlung und Eingliederung Arbeitssuchender in Arbeit deutlich verbessern.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Allianz ist eine Allianz, die beispielhaft ist für das, was uns im Saarland besonders stark macht. Wir halten zusammen. Dieses partnerschaftliche Miteinander prägt die Bereitschaft der Landesregierung zur Kooperation mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern bei der Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben.

Dazu gehört nicht zuletzt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die betriebliche Weiterbildung. Das lebenslange Lernen muss in der Berufs- und Lebenswirklichkeit noch tiefer verankert werden als bisher. Sich weiterzubilden muss und soll dabei auch attraktiver werden. Bei der Bildungsfreistellung streben wir deshalb eine Regelung an, bei der die beiden ersten Tage nicht auf den Urlaubsanspruch angerechnet werden. Und wir wollen es künftig allen Unternehmen möglich machen, den Anspruch auf Bildungsfreistellung auf der Basis betrieblicher Lösungen zu erfüllen. Ich glaube, das ist eine Fortentwicklung, die sowohl im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch im Interesse der Unternehmen selbst liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wir wollen die Attraktivität des Saarlandes als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort erhöhen und gleichzeitig die Wahrnehmung von Bildungs- und Teilhabechancen verbessern. Dazu gehören nicht zuletzt schnelle Internetverbindungen. Wir werden uns insbesondere auf der Ebene des Bundes für eine Ausweitung der Förderkulisse zur Verbreitung der Netzinfrastruktur der nächsten Generation einsetzen. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Internetverbindungen über 50 Mbit/s schaffen. Wir streben an, hierfür auch europäische Fördermittel zu verwenden; denn auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein wichtiger Beitrag zu einem modernen Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der saarländische Arbeitsmarkt ist insgesamt in einer guten Verfassung. Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung hat dazu geführt, dass sowohl die registrierte Arbeitslosigkeit als auch die Unterbeschäftigung gesunken sind. Allerdings - und auch das gehört zur Wahrheit - profitieren von dieser positiven Gesamtentwicklung noch nicht alle in ausreichendem Maße. Unser Ziel lautet daher: Wir wollen Beschäftigung schaffen und sichern, die allen ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen garantiert. Wir wollen nicht minderwertige Jobs für viele, sondern gute Arbeit für alle. Wir wollen produktive Arbeitsplätze mit fairen Löhnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

So positiv die Aussichten auf dem ersten Arbeitsmarkt auch sind - wir wissen, dass es eine Gruppe von Menschen gibt, die den Sprung auf diesen ersten Arbeitsmarkt nur mit dauerhafter Unterstützung oder auch gar nicht schaffen. Gerade für diese Menschen wollen wir etwas tun, denn das ist eine Frage der Menschenwürde. Deshalb werden wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einrichten. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden sowie den Maßnahmeträgern werden wir ein Landesarbeitsmarktprogramm „Arbeit für das Saarland“ entwickeln. Dafür werden wir neben ESF- und BA-Mitteln in dieser Legislaturperiode eigene Landesmittel in Höhe von 15 Millionen Euro bereitstellen. Angesichts unserer Haushaltslage ist das ein starkes, ein wichtiges Zeichen mit Blick auf diejenigen, denen bisher Teilhabe am Arbeitsmarkt versagt geblieben ist.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Die Landesregierung ist sich einig, dass Lohndumping verhindert werden muss. Wir werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um atypische Formen von Beschäftigung so weit wie möglich einzu-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

dämmen. Wir werden - auch hier in Abstimmung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern - einen Index zur Beurteilung der Arbeitsqualität im Saarland einführen und das Projekt „Betriebsbarometer“ unterstützen.

Aber auch auf Bundesebene werden wir vorurteilsfrei alle Initiativen zur Festlegung von Lohnuntergrenzen unterstützen, die zu einer Verbesserung des Status quo führen. Dazu gehört auch der gesetzlich festgelegte flächendeckende Mindestlohn. Eine dazu nach der Bundestagswahl - aller Voraussicht nach wird das eine der Fragen sein, die in der Bundestagswahl mit entschieden werden - durch Bundestagsmehrheit beschlossene Regelung wird diese Landesregierung im Bundesrat mittragen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Aha.)

Damit übernimmt das Saarland eine pragmatische und konstruktive Rolle bei der bundesweiten Debatte über den Mindestlohn. An uns - und das ist das Signal, das von hier ausgeht - sollen und werden sachgerechte Lösungen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch im Interesse des Bestandes von Unternehmen nicht scheitern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wer glaubwürdig für faire Löhne eintritt, muss sie auch dort durchsetzen, wo er direkten Einfluss hat.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das stimmt.)

Deshalb wird die Landesregierung das bestehende Tariftrüegesetz unter Berücksichtigung der EU- und wettbewerbsrechtlichen Bedingungen weiterentwickeln. Ein neues Vergabe- und Tariftrüegesetz wird eine verbindliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro festlegen. Es soll ab einem Auftragswert von 25.000 Euro greifen. Eine entsprechende Initiative werden die Regierungsfractionen noch vor der Sommerpause in den Landtag einbringen.

Wir werden uns nicht nur gegen Lohndumping durch Niedriglöhne stellen, sondern auch gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit. Dazu wird die Landesregierung - nach ausführlicher Diskussion in den Gremien des Landtages - eine Bundesratsinitiative einbringen, die das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit einfordert. Außerdem werden wir unsere Förderrichtlinien am Ziel der Begrenzung von Leiharbeit orientieren. So werden künftig Unternehmen, in denen der Leiharbeitsanteil durchschnittlich 30 Prozent der Gesamtbelegschaft überschreitet, von der Förderung ausgeschlossen. Unternehmen mit einem Leiharbeitsanteil zwischen 10 und 30 Prozent müssen Abstriche bei der Förderung hinnehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich halte dies - ich will dies ganz offen sagen - auch für vertretbar, weil es die Unternehmen schützt, die mit dem Instrument der Leiharbeit, wie

es einmal gedacht war, verantwortungsbewusst umgehen, weil es auch schützt vor einem verantwortungslosen Wettbewerb bei Missbrauch dieses Instrumentes.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Was wir hier im Saarland und was insbesondere unsere Industrie und Wirtschaft in Zukunft benötigen wird, ist Energie. Deswegen ist die Energiewende heute eine der großen Herausforderungen für die Politik insgesamt und natürlich auch für die Politik in diesem Land. Die Ethikkommission der Bundesregierung hat die Energiewende völlig zu Recht als ein Gemeinschaftswerk bezeichnet. Und angesichts der Diskussion an der einen oder anderen Stelle darüber, wer die Verantwortung für das Tempo der Energiewende trägt, will ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen: Zum Gelingen der Energiewende können und müssen alle beitragen. Unabhängig davon, was auf Bundesebene für den Ausbau von Leitungen und Netzen entschieden wird, gibt es auch regionale Verantwortlichkeiten und vor denen darf man sich nicht drücken. Diese Verantwortlichkeiten werden wir, wo sie sich uns stellen, auch im Sinne des Ganzen wahrnehmen.

Die Landesregierung ist bereit und entschlossen, ihren Beitrag zu leisten. Denn für unser Land steht mehr auf dem Spiel als eine sichere Energieversorgung, die verlässlich und klimaverträglich ist. Die Energieversorgung der Zukunft, gerade mit Blick auf das Saarland, muss genauso sozial- und wirtschaftsverträglich sein. Und wenn wir die Aufgabe erfolgreich stemmen, die Energieversorgung grundlegend umzubauen, haben wir - gerade im Saarland - Technologien und Know-how anzubieten, die bereits heute in der ganzen Welt nachgefragt werden. Dadurch wird ein Beitrag geleistet, dass hier gute und ausreichende Arbeitsplätze auch in Zukunft zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben ohne Weiteres das Potenzial, um im Saarland im Jahr 2020 - also in nur acht Jahren - mindestens jede fünfte verbrauchte Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Allein bei der Windkraft gibt es derzeit Genehmigungsanträge oder Planungen für neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 300 Megawatt. Das ist doppelt so viel wie bisher und entspricht einem Investitionsvolumen von mehreren Hundert Millionen Euro. Weitere Windräder allein werden aber nicht reichen. Die eigentliche Herausforderung der Energiewende liegt darin, den Umbau unserer Stromversorgung intelligent zu synchronisieren. Mit jedem Windrad, mit jeder Solaranlage wachsen die Anforderungen an die Stromnetze. Deshalb muss der Aufbau von Erzeugungskapazität einhergehen mit der Ertüchtigung der Netze und dem Ausbau von Spei-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

cherkapazitäten. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die eigentliche Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Saarland als Energieland hat dieses Know-how und das werden wir nutzen. Wir werden deshalb in Fortentwicklung des geltenden Masterplans Energie konkrete und gemeindescharfe Ausbaupfade für die Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse erarbeiten. Eine solche Planung ist Voraussetzung für den Ausbau der Netze. Um diese komplexe Aufgabe zu steuern, werden wir einen Energiebeirat einberufen, in dem die Verknüpfungsarbeit begleitet und geleitet werden soll. Erneuerbare Energien müssen in Zukunft in viel stärkerem Maße gespeichert werden als bisher. Deshalb wird die Bedeutung von Stromspeichern erheblich zunehmen. Auch hier haben wir gute Voraussetzungen, um von den Veränderungen der Energiewende zu profitieren. Wir haben hier in den alten Schächten des Bergbaus, aber auch über der Erde - denken Sie nur an die Bergehalden - einiges an Möglichkeiten. Die Unternehmen des Bergbaus entwickeln dieses Potenzial bereits. Mit einem Speicherkataster wird die Landesregierung auch weitere Möglichkeiten zur Stromspeicherung systematisch darstellen und so die Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Investitionen schaffen, die wir dringend benötigen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die saarländische Industrie, aber auch der Mittelstand und das Handwerk sind auf die Energiewende bestens eingestellt und aufgestellt. Die Dillinger Hütte zum Beispiel liefert Qualitätsstahl, ohne den leistungsfähige Turbinen nicht aufgestellt werden können. Die Saarschmiede produziert aus hochlegierten Stählen unverzichtbare Bauteile für hoch effiziente Kraftwerke. Und der Windturbinenbauer VENSYS in Neunkirchen liefert erfolgreich Blaupausen und Technologie für Tausende von Windturbinen in China, Indien, Brasilien und Kanada.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beste Energie ist jedoch die Energie, die gar nicht erst verbraucht wird. Deshalb werden wir einen weiteren Schwerpunkt auf die energetische Sanierung legen. Unser Landesprogramm werden wir in Abstimmung mit den Programmen auf Bundesebene so optimieren, dass möglichst viele Menschen davon profitieren. Unsere Handwerksbetriebe verfügen über eine große Kompetenz, wenn es um die energetische Sanierung privater und öffentlicher Gebäude geht. Wir wollen und wir müssen hier als öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden deshalb einen konkreten Sanierungspfad für unseren eigenen Gebäudebestand entwickeln. Dabei werden wir auch prüfen, inwieweit Kooperationen mit privaten Anbietern in Frage kommen. Meine sehr geehrten

Damen und Herren, für mich steht fest: Richtig angepackt ist die Energiewende eine große Chance, auch und gerade hier für uns im Saarland.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Moderne Umweltpolitik ist aber weit mehr als klimaverträgliche Energieversorgung. Unser Land mag klein sein, aber es ist ein Land mit großer natürlicher Vielfalt. Wir wollen dieses Naturerbe, diese in Jahrhunderten entstandene Kulturlandschaft, bewahren. Denn sie ist Teil der hohen Lebensqualität, die unser Land auszeichnet. Deshalb werden wir auch die naturnahe Waldwirtschaft im Staatswald fortführen. Für uns ist dabei klar: Gerade die Forstwirtschaft kann beispielhaft aufzeigen, dass Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit keine Gegensätze sein müssen. Wir werden zeigen, dass höchste Umweltstandards keineswegs im Widerspruch stehen zu einem ausgeglichenen Betriebsergebnis bei der Waldbewirtschaftung. Und wir werden bei der Überarbeitung des Jagdgesetzes zeigen, dass ein fairer Interessenausgleich zwischen Jagd sowie Natur- und Tiererschutz auf der einen Seite und den berechtigten Anliegen von Waldeigentümern und der Landwirtschaft auf der anderen Seite möglich ist.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie alle kennen das Bibelwort, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Ich möchte dieses Bibelwort etwas abwandeln: Unsere Landwirtschaft liefert nicht nur unser tägliches Brot, nein, sie tut viel mehr für uns und unser Land. Sie ist der Garant für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft mit ihren Wiesen, Äckern und Weiden; sie macht mit dieser Landschaftserhaltung unser Land lebens- und lebenswert. Deshalb ist uns eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft ein Herzensanliegen. Wir werden daher die Regionalvermarktung weiter fördern. Im Übrigen sind wir in der Landwirtschaft bisher ohne Gentechnik gut ausgekommen. Und wir wollen dafür sorgen, dass das so bleibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Veränderungen und Investitionen in Prozesse, Strukturen und Infrastruktur sind notwendig. Der größte Schatz aber, den wir in unserem Land haben, sind die Menschen in diesem Land. Jeder Einzelne soll nach besten Kräften an der Gestaltung des Landes mitwirken, er muss es aber auch können. Deshalb ist Bildung der Schlüssel dafür, dass wir niemanden zurücklassen, dass jeder seine Potenziale und Talente bestmöglich nutzen kann. Deshalb hat Bildung Priorität. Diese Priorität spiegelt sich auch im Landeshaushalt wider. Während die Ausgaben praktisch überall zurückgeführt werden, wird der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt Jahr für Jahr prozentual ansteigen. An der Zielmarke 30 Prozent der Ge-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

samtausgaben für Bildung und Wissenschaft halten wir fest.

In diesem Jahr werden wir mit dem Start der Gemeinschaftsschule flächendeckend das in der Verfassung festgeschriebene Zwei-Säulen-Modell bei den weiterführenden Schulen umsetzen. Die bereits vorbereitete Änderung des Schulordnungsgesetzes werden wir in den nächsten Wochen im Landtag beraten und verabschieden. Eltern und Schüler werden damit künftig im Saarland die Wahl haben zwischen der Gemeinschaftsschule mit einem Abitur nach neun Jahren und dem Gymnasium mit dem Abitur nach acht Jahren. Die Einführung der Gemeinschaftsschule stellt natürlich eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Deswegen werden wir in der Einführungsphase dieser neuen Schulform zusätzliche Stunden zur Verfügung stellen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir einen Prozess in Gang setzen, mit dem hoffentlich für lange Zeit Schulfrieden in diesem Land herrschen wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir werden in den nächsten Jahren aber auch dafür sorgen, dass die Klassen kleiner werden, dass die Betreuungsrelation zwischen Lehrern und Schülerinnen und Schülern kontinuierlich verbessert wird. Dafür werden wir schrittweise die Personalzuweisungen an die Gymnasien und Gemeinschaftsschulen verbessern. In den Klassenstufen 5 und 6 wird dann eine Klassengröße von 25 die Richtschnur sein, in den höheren Klassenstufen eine Klassengröße von 27 Schülerinnen und Schülern.

Wir werden aber auch einen Schwerpunkt auf den Unterricht in den Schulen legen. Diesbezüglich werden wir zügig ein Handlungspaket zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls und zur Verbesserung der Unterrichtsbedingungen vorlegen. Im Hinblick auf die Sicherung von Schulstandorten wollen und müssen wir einen vernünftigen Kompromiss zwischen der Sicherung der Unterrichtsqualität auf der einen Seite und den Interessen der Regionen mit geringem Schüleraufkommen auf der anderen Seite finden. Eine weiterführende Schule hat demnach Bestand, wenn mindestens 220 Schülerinnen und Schüler von Klassenstufe 5 bis 9 die Schule besuchen. Ich glaube, das ist eine mit Blick auf die Zukunft gute Maßgabe.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Schülerinnen und Schüler brauchen eine schulische Ausbildung, die ihnen auch die Perspektive des direkten Einstiegs in den beruflichen Ausbildungsmarkt ermöglicht. Die Landesregierung bekennt sich daher nachdrücklich und ausdrücklich zum System der dualen Berufsausbildung. Es kommt nicht von ungefähr, dass das deutsche duale System ein Exportschlager ist, dass es sich in Ge-

samteuropa auch mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit positiv von anderen abhebt - gerade auch jetzt, in einer Zeit, in der man in Europa die unterschiedliche Entwicklung bei der Jugendbeschäftigung beziehungsweise der Jugendarbeitslosigkeit so deutlich sieht. Das duale System wird daher auch künftig eine starke Säule in unserem Bildungssystem sein. Das sage ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Blick auf die ausbildenden Betriebe, aber auch - gerade auch - mit Blick auf die dazugehörigen schulischen Systeme.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen, dass Familien in Freiheit entscheiden können, wie sie ihr Familienleben gestalten. Diese Feststellung, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit wiedergibt, muss angesichts dessen, was in der bundespolitischen Debatte an der einen oder anderen Stelle geäußert wird, noch einmal ausdrücklich betont werden: Es darf und soll keine Zwangsbelegung vonseiten des Staates geben,

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das ist doch ein Unwort!)

Eltern sollen auch weiterhin frei entscheiden können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Rahmenbedingungen. Wer seine Kinder in den ersten Lebensjahren allein erziehen und betreuen möchte, soll dies tun können. Eltern, ob zusammenlebend oder alleinerziehend, sollen aber auch die Möglichkeit haben - und das wollen die allermeisten Eltern in diesem Land -, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, dies in der Gewissheit, dass ihre Kinder in der Zeit der Berufstätigkeit gut aufgehoben sind, gut betreut und gut gebildet werden. Deshalb werden wir die Betreuungsangebote ausbauen. Schon im kommenden Jahr wollen wir für 35 Prozent der Kinder ein Krippenangebot bereithalten. Das sind im Saarland 7.500 Plätze.

Ich sage hier aber ausdrücklich: Sollte das nicht reichen, weil beispielsweise eine Versorgungsquote von bis zu 40 Prozent angenommen werden muss, um dem Rechtsanspruch zu genügen, so lässt sich dies nur mit einer weiteren gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen umsetzen. In diesem Fall muss der Bund stärker mit ins Boot, Länder und Kommunen allein können diese Kosten nicht stemmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Ausbau der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote, und zwar von den Kindergärten über die Grundschulen bis hin zum Sekundarbereich, ist auf alle Fälle ein zentrales Element unserer Bil-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

dungspolitik, aber auch unserer Sozialpolitik. Das Angebot der Freiwilligen Ganztagschule, das inzwischen flächendeckend und auf hohem Niveau im ganzen Land verankert ist, soll im Sinne der Wahlfreiheit ergänzt werden. In fünf Jahren soll es - und wir werden alles daransetzen, dass das auch so kommen wird - deshalb landesweit insgesamt 25 zusätzliche Gebundene Ganztagschulen geben, den Großteil davon im Grundschulbereich, denn es macht keinen Sinn, einen ganztägigen vorschulischen Betrieb zu haben, danach aber bei den Grundschulen eine Versorgungslücke zu lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir wollen hier in einer wirklich intelligenten Art und Weise den Ausbau vorantreiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Bildung endet nicht mit dem Abgang aus der Schule. Leistungsstarke Ausbildungsbetriebe, leistungsstarke Hochschulen, exzellente Wissenschaft und Forschung - das sind entscheidende Zukunftsfaktoren für unser Land. Unsere Universität ist forschungstark, sie bietet ein breites Studienangebot und sie ist in der Region fest verwurzelt. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft hat sich geradezu phänomenal entwickelt; die Zahl junger Menschen, die dort studieren wollen, wächst Jahr für Jahr. Unsere beiden künstlerischen Hochschulen genießen weit über die Landesgrenzen hinaus einen hervorragenden Ruf; die Deutsch-Französische Hochschule weist uns als Wissenschaftsstandort mit Frankreich-Kompetenz aus. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz- und der Helmholtz-Gemeinschaft bieten exzellente Wissenschaft und Forschung. Dieses hervorragende Profil zu sichern und weiter zu schärfen, auch und gerade in finanziell schwieriger Zeit - das ist unser Ziel. Das Erreichen dieses Ziels ist absolut notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Damit wir dieses Ziel auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse erreichen können, benötigen wir ein abgestimmtes und intelligentes Vorgehen. Deshalb werden wir einen Hochschulentwicklungsplan vorlegen, er wird die Grundlage neuer Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen sein. Das Land engagiert sich in sehr hohem Maße für seine Hochschulen. Wir wenden derzeit jährlich weit über 240 Millionen Euro für die Hochschulen auf. Das bedeutet bei einem Haushalt von gut dreieinhalb Milliarden Euro eine gewaltige Kraftanstrengung.

Zu einer fairen Zusammenarbeit gehört es aber auch, den Hochschulen Folgendes ehrlich zu sagen: Diese Summe wird auch für die kommenden Jahre die finanzielle Grundlage sein. - Ich sage den Hoch-

schulen allerdings zu, die aus den wegfallenden Studiengebühren resultierende Finanzierungslücke auch über das Jahr 2013 hinaus zu füllen. Gerade diese Mittel werden ja zur Verbesserung der Studienbedingungen und des Lehrbetriebs an der Universität eingesetzt und kommen insoweit den Studierenden unmittelbar zugute.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Gleiches gilt auch für die Finanzierung der im Hochschulpakt vereinbarten Komplementärmittel. Auch sie betreffend steht das Land zu seinen Verpflichtungen. Allerdings werden die für die Zeit bis 2013 bereitgestellten Mittel aus dem Sondervermögen Zukunftsinitiative III wie geplant auslaufen. Um das daraus resultierende Delta zu schließen, bedarf es, und das sage ich heute ganz bewusst, verstärkt der gemeinsamen Anstrengung mit dem Ziel, mehr Bundesmittel und mehr Drittmittel für die Hochschul- und Forschungsfinanzierung einzuwerben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dies alles wird nur gelingen, wenn wir hier und in anderen Bereichen noch besser zusammenarbeiten, noch besser kooperieren, als dies bislang schon der Fall ist. Nur so können wir Effizienzreserven mobilisieren, die beispielsweise nach wie vor in Doppelstrukturen stecken.

Die Landesregierung stellt dabei - das möchte ich ausdrücklich betonen - die Profile der Hochschulen nicht infrage. Doch ich bin überzeugt, dass es sinnvoll ist zu prüfen, ob beispielsweise die für uns alle und insbesondere für unsere Wirtschaft so wichtige Ausbildung von Ingenieuren an Universität und HTW - denn wir brauchen beide Profile - in einer hochschulübergreifenden Struktur gebündelt werden kann. Und warum soll nicht eine gemeinsame Promotionsplattform es jungen Fachhochschulabsolventen erleichtern, ihre Qualifikation durch eine Doktorarbeit weiter zu verbessern? Ich bin mir sicher, dass in einer noch engeren Zusammenarbeit innerhalb des Saarlandes und der Großregion noch ein erhebliches Potenzial schlummert, das wir wecken können. Unser Ziel ist im ersten Schritt ein „Campus Saar“, der hier die Zusammenarbeit verbessert. Den gesamten Prozess werden wir mit allen Beteiligten gehen, wir werden ihn aber, wo es notwendig ist, auch von Expertisen begleiten lassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, die Sicherung der Eigenständigkeit des Saarlandes macht aus meiner Sicht nur dann Sinn, wenn wir auch in Zukunft ein Land sind, in dem jeder seine Chance hat. Wir können und wir wollen auf niemanden verzichten, nur weil er angeblich zu alt oder zu jung ist, eine andere Herkunft hat, oder weil er mit Einschränkungen und Behinderungen leben muss. Die UN-Konvention verpflichtet uns zur Inklusion.

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

(Sprechen bei einzelnen Abgeordneten der Opposition.)

Ich finde es erstaunlich, dass gerade bei diesem Thema, das die Menschenwürde so berührt wie kaum ein anderes, hier aufseiten der Opposition auffälliges Desinteresse besteht, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch das ist ein Zeichen an die Menschen mit Behinderungen in diesem Land.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das macht deutlich, dass die UN-Konvention in all ihren Fassetten für manche nur ein Pflichtprogramm, für uns aber ein Herzensanliegen ist. Deshalb werden wir diese Verpflichtung zur Inklusion, die wir eingegangen sind, mit einem Aktionsplan Schritt für Schritt umsetzen. Dabei wollen wir für jeden das passende Angebot bereithalten. Die Landesregierung wird zur konzeptionellen Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention die Integrationsverordnung überarbeiten und ein echtes Wahlrecht etwa zwischen Regelschulen und Förderschulen sichern. Auch das hat etwas mit selbstbestimmtem Leben zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein eigenständiges Land macht aus meiner Sicht nur dann Sinn, wenn es ein Land ist und bleibt, in dem die Menschen zusammenhalten. Kernzelle dieses Zusammenhaltes ist und bleibt auch in Zukunft die Familie. Daher wollen wir den Familien in unserem Land mit den zahlreichen „Lokalen Bündnissen für Familie“ helfen. Über unsere Service-Stelle werden wir das bereits bestehende Netz dieser Einrichtungen weiter ausbauen und ihre Arbeit intensivieren. Ebenso werden wir unser Landesprogramm „Frühe Hilfen - Keiner fällt durchs Netz“ von nun an auch mit Bundesmitteln flächendeckend weiterentwickeln. Gerade in haushalterisch schwierigen Zeiten müssen wir uns auf das besinnen, was nachhaltig positiv wirkt. Deswegen müssen wir alles daran setzen, diese Strukturen auch für die Zukunft erhalten zu können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

All das, was ich eben angesprochen habe, der Ausbau der Kinderkrippen, der Tagesangebote in Kindergärten, der Ganztagschulen, dient nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Deckung des Arbeitskräftebedarfs, es ist auch und in vielen Fällen sogar in erster Linie aktive Sozialpolitik, ist konkrete Bekämpfung von Kinderarmut. Dort, wo Familien zur Kindererziehung nicht imstande sind - und auch diese Familien haben wir im Saarland -, oder dort, wo zum Beispiel gerade Alleinerziehende wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, muss der Staat einspringen, dort müssen wir präventiv tätig

werden. Und das wollen wir auch in Zukunft weiter in diesem Land gewährleisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeitsbedingungen verändern sich rasant durch technische Neuerungen in einer globalisierten Wirtschaft. Gleichzeitig steigen die Herausforderungen durch den demografischen Wandel: die Menschen müssen länger arbeiten, flexibler arbeiten und gleichzeitig familiäre Aufgaben mit Kindern und Pflegebedürftigen bewältigen. Das bedeutet ein immer komplizierteres Leben und einen erhöhten Druck auf alle Beteiligten. Daher steigt die Bedeutung eines verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Beschäftigten. Das gilt für die Unternehmen, aber auch für die Beschäftigten im Landesdienst selbst. Hier besteht zunehmender Handlungsbedarf, gerade vor dem Hintergrund der von uns angestrebten Verschlinkung von Strukturen in der Landesverwaltung. Daher haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, den Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements auch und gerade im Landesbereich voranzutreiben.

Die öffentlichen Diskussionen im Bereich des Verbraucherschutzes haben gezeigt, welche Bedeutung diese Fragen für uns alle haben. Unabhängig davon, ob dies den gesundheitlichen, wirtschaftlichen, technischen Verbraucherschutz oder die Lebensmittelproduktion betrifft. Alle diese Fragen müssen in einer Hand gebündelt und miteinander vernetzt werden. Deshalb werden wir die Strukturen des Verbraucherschutzes im Saarland gründlich im Hinblick auf ihre Effektivität überprüfen und Vorschläge entwickeln, wie wir in Zukunft Synergien besser nutzen können. Es darf nicht mehr so sein, dass Verbraucherschutz an unklaren Zuständigkeiten und Schnittstellen verloren geht. Verbraucherschutz ist ein hohes Gut; wir müssen ihn so gut es geht gewährleisten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es ist eine unbestreitbare Tatsache: Im Zeichen der demografischen Entwicklung werden wir weniger an der Zahl, aber an Jahren immer älter. Das ist gut so, bringt aber Veränderungen mit sich. Die größte Aufgabe dabei - mit der wir im eigenen Kopf beginnen müssen -, ist: Wir müssen unser Bild vom Alter revidieren. Ältere Menschen sind heute rüstiger denn je. Auf ihre Erfahrung und ihr Wissen können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb werden wir die Teilhabe älterer Menschen beispielsweise in Form der Seniorenbeiräte stärken. Deshalb fördern wir Strukturen, die möglichst lange die Selbständigkeit von Älteren auch im eigenen häuslichen Umfeld gewährleisten. Und wir initiieren Projekte, die sowohl dem Bildungsbedürfnis als auch dem Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen gerecht werden. Es kommt auch nicht von ungefähr, dass gerade eine Organisation ausgezeichnet worden ist für ihre Anstrengun-



**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

gen im Hinblick auf ein gemeinsames Europa, die nicht nur darauf setzt, dass Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, sich für ein gemeinsames Europa einsetzen, sondern darauf, dass das die ältere Generation tut, die zum Teil noch am eigenen Leibe erlebt hat, wie es ist, wenn es kein einiges Europa gibt. Auch das ist eine große Verpflichtung. Für diese Initiativen sind wir sehr dankbar, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Aktives Handeln ist auch gefragt, wenn es um die Integration von Migrantinnen und Migranten geht. Viele Experten stimmen darin überein, dass sich diese Integration ganz wesentlich über den Arbeitsmarkt vollzieht - wie in vielen anderen Bereichen auch. Daher werden wir hier Hürden abbauen, die dieser Integration im Wege stehen, etwa anhand eines Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes. Was sich hinter diesem sperrigen Titel verbirgt, ist die Umsetzung von gesundem Menschenverstand: Das, was Menschen in ihren Herkunftsländern an Qualifikationen erworben haben, soll auch bei uns anerkannt werden. Die Menschen sollen gemäß ihrer Ausbildung auch hier die Möglichkeit haben zu arbeiten. Wir wollen auch den Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen, vor allem in den Bereichen Schule, Kindertagesstätten, Polizei, Soziales und Pflege. Auch werden wir hinsichtlich der doppelten Staatsbürgerschaft die strikte Optionspflicht bis zum 23. Lebensjahr einer Prüfung unterziehen mit dem Ziel, die Beibehaltung der doppelten Staatsangehörigkeiten zu erleichtern. Und schließlich werden wir gerade mit Blick auf die Erwachsenen und deren Integration in den Arbeitsmarkt unsere Anstrengungen zur Sprachförderung auf den Erwerb der Schrift- und insbesondere auch der Fachsprache konzentrieren, denn häufig stellen wir fest, dass gerade das Fehlen dieses spezifischen Vokabulars der Einstellung in den ursprünglich gelernten Beruf im Weg steht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir wollen aber auch die soziale und berufliche Entwicklungsmöglichkeit von Frauen verbessern. Wir wollen mit einer abgestimmten Förderpolitik den Frauenanteil in Führungspositionen und Gremien deutlich erhöhen. Dazu werden wir prüfen, inwieweit eine Änderung der Geschäftsordnung der Landesregierung ausreicht beziehungsweise inwieweit ein Landesgremiengesetz dazu beitragen kann. Wir werden das Landesgleichstellungsgesetz zeitnah und gemeinsam mit allen Frauenverbänden und Frauenvertretungen evaluieren, vor allem mit Blick auf verbindliche und sanktionsbewehrte Regelungen und mit einer festgelegten Quotenregelung. Bei der Novellierung werden wir auch die dazu bisher gemachten Erfahrungen einbeziehen. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, alle Fraktionen und alle Kol-

legen - vor allen Dingen alle Kollegen in diesem Hause - sind herzlich zu einer konstruktiven Diskussion über dieses Thema eingeladen. Mit Blick auf das Herzblut, das in diesem Thema steckt, können alle Kolleginnen und Kollegen vor allem in diesem Hause etwas zulegen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ohne das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf allen Ebenen werden wir diese auf unserem Weg in eine gute Zukunft nicht mitnehmen können. Das gilt insbesondere für die staatlichen Kernaufgaben der Inneren Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich gewiss sein können, dass überall gleiches Recht für alle gilt und dass dieses Recht auf der Grundlage unserer Gesetze auch überall und jederzeit durchgesetzt wird. Das heißt nichts anderes, als dass das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung unseres Landes und unsere Gesetze für alle und jeden zu gelten und zur Anwendung zu kommen haben, und zwar egal woher jemand kommt und was er glaubt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Insbesondere unsere Sicherheitskräfte müssen darauf bauen können, dass in Zeiten zunehmender Ordnungsverstöße und Gewaltbereitschaft auch und gerade gegenüber Polizisten und Vertretern anderer Sicherheitsdienste - traurige Beispiele gab es in den letzten Tagen und Wochen wahrlich genug - Staat und Bevölkerung geschlossen hinter ihnen stehen. Aus diesem Grund werden wir die technischen und einsatztaktischen Bedürfnisse unserer Polizisten fest im Auge haben, wenn wir unser Polizeigesetz an die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung anpassen. Wir werden mit einer Verschärfung der strafrechtlichen Mittel unsere Sicherheitskräfte besser als bisher vor Angriffen und Gewalt schützen.

Wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft ist eine unabhängige und leistungsfähige Justiz, um den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu gewährleisten. Das heißt, wir werden auch in Zukunft die Justiz ordnungsgemäß personell und sächlich ausstatten. Die Justiz kann jedoch die Augen nicht verschließen vor dringend erforderlichen Sparmaßnahmen, um die Existenz dieses Landes auch zukünftig sicherzustellen. Die Justiz - da bin ich mir ganz sicher - wird sich wie in der Vergangenheit dieser Verantwortung auch stellen.

Besonders besorgniserregend aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Extremismus, der sich an vielen Stellen unserer Gesellschaft in einem wachsenden Maße breitmacht. Die besonderen Formen des Rechtsextremismus, wie zum Beispiel die Terroranschläge der sogenannten NSU, haben ge-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

zeigt, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und die Ablehnung der Demokratie über den Personenkreis der organisierten Rechtsextremen hinaus vorgedrungen ist. Als überzeugte Demokraten sind wir aufgefordert, auf keinem Auge blind zu sein und jede Form des Extremismus offensiv zu bekämpfen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dies tun wir, indem wir einerseits Netzwerkstrukturen zwischen den Sicherheitsbehörden und anderen Bereichen wie dem Landesinstitut für Präventives Handeln, den Justizbehörden oder den Schulen ausbauen und andererseits entsprechende Projekte an den Schulen und in der Jugendarbeit initiieren und fördern. Extremismus-Bekämpfung ist eine Daueraufgabe und muss in den Schulen fester Bestandteil werden und bleiben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aufgaben, die vor uns liegen, sind nur zu schaffen, wenn alle daran mitwirken: Gewählte und Wähler, Bürgerinnen und Bürger, politisch Engagierte innerhalb und außerhalb von Parlamenten. Deshalb wollen wir - auf der Grundlage unseres repräsentativen parlamentarischen Systems - mehr Bürger unmittelbarer und direkter einbinden. Jede Fraktion kann auch im Rahmen ihrer parlamentarischen Arbeit einen Beitrag dazu leisten.

Dazu werden wir aber auch die direktdemokratische Teilhabe an politischen Prozessen verbessern. Wir werden deshalb das Verfahren der Volksgesetzgebung insgesamt vereinfachen, die Quoren absenken, den Finanzvorbehalt lockern und die Möglichkeit einer Verfassungsänderung aufnehmen. Über diese Fragen der Gesetzregelung hinaus werden wir prüfen, wie neue technologische und technische Möglichkeiten eingesetzt werden können, um auch die informelle Meinungsbildung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger frühzeitig zu gewährleisten. Die Staatskanzlei sieht sich dabei in einer besonderen Rolle. Unser Konzept einer offenen Bürgerkanzlei werden wir fortführen und weiterentwickeln.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum unverwechselbaren Profil unseres Landes gehört ein reichhaltiges kulturelles Angebot, sowohl im Bereich der Spitzenkultur als auch auf dem weiten Feld der Breitenkultur. Diesen kulturellen Schatz zu erhalten und zu entwickeln ist Teil der Sicherung eines eigenständigen und selbstbewussten Saarlandes. So werden wir das Saarländische Staatstheater als Drei-Sparten-Haus erhalten. Wir werden dabei allerdings prüfen, ob eine engere Verzahnung mit Spitzenakteuren wie etwa der Deutschen Radiophilharmonie oder der Hochschule für Musik zu erreichen ist. Auch die vielfältige Amateurkulturszene hat

für unser Land eine große Bedeutung. Die gute Arbeit der vielen Orchester, Chöre und Theatergruppen transportiert Kultur in die Breite und ermöglicht vielen Menschen erstmals einen Zugang zur Kultur. Deshalb werden wir die Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung und die ihr angeschlossenen Verbände weiterhin nachhaltig fördern.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn der Bergbau in diesem Jahr zu Ende geht, wird im Bereich der Industriekultur die Industriegeschichte sowie die Geschichte des Bergbaus und der Bergleute, der Saarlütten und Hüttenarbeiter einen inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Das Saarland ist ja in gewisser Weise aus der Kohle geboren; die Kultur und Tradition unseres Landes und die Wurzel unserer saarländischen Identität sind eng mit dem Bergbau verbunden. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Erinnerung an den Bergbau und die Anerkennung für die Menschen, die ihn betrieben haben, aber auch die Erinnerung an die Belastungen, die er ausgelöst hat, zu einem festen kulturellen Bestandteil der Lebenswirklichkeit unseres Landes werden. Als zentrales Element dieser Dank- und Erinnerungskultur werden wir im Herbst die Ausstellung „Das Erbe der Bergleute“ in Reden eröffnen. Aber auch die Industriekultur, die seit langem ein Eckstein unserer Kulturpolitik ist, wollen wir konzeptionell absichern und weiterentwickeln und dabei auch die Kommunen und die privaten Träger beteiligen. Dabei spielt insbesondere das Weltkulturerbe Völklinger Hütte eine große Rolle, denn es ist zu einem Anziehungspunkt weit über die Grenzen des Saarlandes hinaus geworden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Bei der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz werden wir die Probleme der Vergangenheit weiter transparent und systematisch aufarbeiten. Die Strukturen der Stiftung werden wir neu ordnen und auf eine neue Grundlage stellen. Dazu werden wir zum einen die Organisationsstruktur der Stiftung im Kontext der saarländischen Kulturlandschaft auf den Prüfstand stellen und zum anderen die Rechtsgrundlage der Stiftung grundlegend verändern. Zügig wollen wir hier die entsprechende Gesetzesnovelle auf den Weg bringen. Die Fertigstellung des Vierten Pavillons werden wir auf der Basis dieser neuen Projektstruktur unter Einbindung der Landeshochbauverwaltung gewährleisten - und zwar in einer angemessenen Qualität und soweit es irgend möglich ist ohne weitere Kostensteigerungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ehrenamt ist für mich und für uns alle ein unverzichtbarer Bestandteil einer Gesellschaft von mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wollen wir vor allem die Anerken-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

nungskultur im Ehrenamt in unserem Land weiter stärken. Ein weiterer Baustein dazu soll die sogenannte Ehrenamtskarte sein, die wir gemeinsam mit den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken, den Kommunen und der Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt landesweit einführen wollen. Das Projekt wird nach der Sommerpause in zwei Modell-Landkreisen erprobt und schrittweise ausgeweitet.

Nach der Sommerpause werden wir auch unsere Kampagne „Das Saarland zum Selbermachen“ starten. Die Initiative zur Haftungsbegrenzung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern treiben wir weiter voran. Eine Bundesratsinitiative zur Vereinfachung der steuerlichen Behandlung von Vereinen werden wir prüfen, und wenn sie mit Aussicht auf Erfolg eingebracht werden kann, auch einbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Saarland steht - es ist gerade an einem Tag wie dem heutigen wichtig, das zu sagen - wie kein anderes Bundesland für eine alltäglich gelebte, tiefe und funktionierende deutsch-französische Freundschaft. Frankreich-Kompetenz gehört zu unseren Markenzeichen, die wir künftig noch stärker nutzen wollen. Im Rahmen unserer Frankreich-Strategie planen wir ein ressortübergreifendes Maßnahmenpaket, das zwei Ziele verfolgt: Erstens die Stärkung der Frankreich-Kompetenz nach innen und zweitens die kommunikative Vermarktung unserer Frankreich-Kompetenz nach außen. Unsere Botschaft ist: Wir kennen Frankreich und wir können mit Frankreich. Daher unterstützen wir die Ziele der deutsch-französischen Agenda 2020 in Gänze und insbesondere zur Stärkung der Deutsch-Französischen Hochschule in Saarbrücken. Zur Förderung der studentischen Mobilität wird sich das Saarland für die Einführung eines gemeinsamen Studierendentarifs in der Großregion einsetzen.

Ich glaube, dass die Personalentscheidung am gestrigen Tage auf der französischen Seite, einen ausgesprochenen Kenner und Freund unserer Region und unseres Landes zum Premierminister zu machen, eine große Chance für die weitere Zusammenarbeit ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden diese Chance nutzen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir im Saarland leben und erleben im Kleinen, wie Europa im Großen aussehen kann. Im Saarland haben wir ein ausgeprägtes Bewusstsein für europäische Zusammengehörigkeit und die Möglichkeiten, aber auch die Probleme an der einen oder anderen Stelle der europäischen Zusammenarbeit. Das ist notwendig, denn immer mehr Entscheidungen, die unser Land betreffen, werden nicht in Berlin, sondern in Brüssel gefällt. Daher ist es eine gute Inve-

stition in die Zukunft unseres Landes, wenn wir dem Beispiel anderer Länder folgen und die Vertretung unserer Interessen gegenüber den europäischen Behörden und Institutionen in Brüssel politisch und protokollarisch aufwerten. Das ist ein notwendiger Schritt, damit wir auch in der Region, damit wir auch in Europa eine Stimme haben und gehört werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich habe eingangs davon gesprochen, was unsere Verantwortung für dieses Land umfasst, was unsere Aufgaben sind, und was die Menschen von uns als Politikerinnen und Politikern erwarten. In einer Kolumne, die mir dieser Tage in die Hände gefallen ist, sind diese Erwartungen meines Erachtens sehr zutreffend beschrieben.

Dort heißt es - ich darf auszugsweise zitieren - : „Die Wähler möchten Konzepte für sinnvolle, durchdachte Sparanstrengungen (...). Sie möchten Politiker (...), die beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen. (...) Sie möchten bei aller notwendigen Kontrolle durch die Opposition (...) kein parteitaktisches Gezerrere zur Eigenprofilierung (...). Sie wollen nichts weniger als den vollen persönlichen Einsatz ihrer Mandatsträger bei der Gestaltung eines zukunftsfähigen, lebenswerten Saarlandes.“ - Zitatende.

Genau das, meine Damen und Herren, soll der Anspruch sein, dem sich die neue Landesregierung in den nächsten fünf Jahren stellt. Es sollte aber auch der Anspruch für uns alle in diesem Hause sein.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Überschrift dieser Regierungserklärung - ebenso wie des Koalitionsvertrages - fasst diese Verantwortung zusammen unter dem Motto „Eigenständigkeit sichern, Chancen nutzen, Zusammenhalt wahren“. Wir haben dies ganz bewusst getan. Denn nur als eigenständiges Bundesland - das möchte ich noch einmal betonen - können wir die Geschicke unseres Landes selbst und selbstbewusst bestimmen, gegenüber dem Bund, aber auch in Europa. Eine bloße Region als Anhängsel in einem größeren Ganzen kann dies nicht.

Nur als eigenständiges Bundesland können wir unsere regionalen Interessen in Berlin und Brüssel zur Geltung bringen, nur als eigenständiges Bundesland können wir uns im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten behaupten und die Lebensqualität der Menschen verbessern. Daher sage ich: Der Ausstieg aus der Haushaltskonsolidierung wäre der Anfang der politischen Selbstaufgabe. Und: Politische Selbstaufgabe wäre der Anfang vom Ende des Saarlandes als eigenständiges Bundesland. Wollen wir das? - Ich und diese Landesregierung, wir wollen es nicht. Ich bin stolz auf dieses Land. Ich bin stolz auf die Menschen in diesem Land. Ich bin stolz dar-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

auf, eine Saarländerin in einem eigenständigen Saarland zu sein, und ich glaube an die Zukunft unseres Bundeslandes als ein starkes Stück Heimat in einem vereinten Europa. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

**Präsident Ley:**

Ich danke der Frau Ministerpräsidentin. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen auf eine Redezeit im Umfang vom zweifachen Redezeitmodul verständigt haben. - Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit - Herr Kollege Bierbaum will auch noch ein paar Bemerkungen machen - auf zwei wesentliche Punkte der Regierungserklärung beschränken. Dabei stelle ich an den Beginn meiner Ausführungen die selbstverständliche Bemerkung, dass wir vielen Ausführungen zustimmen können. Ich will das nicht alles wiederholen. Einige waren auch in ihrer Allgemeinheit so, dass nun wirklich niemand Einspruch erheben kann. Wir wollen uns aber auf die Themen beschränken, die nach unserer Auffassung die Schlüsselthemen sind.

In der Regierungserklärung wird die Eigenständigkeit des Landes als das Hauptziel genannt. Dem stimmen wir zu. Ich nehme an, jede Fraktion dieses Hauses stimmt diesem Ziel zu. Die Frage ist also, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Im Übrigen ist die Eigenständigkeit kein Ziel an sich, sondern die Eigenständigkeit zielt immer auf die regionale und kulturelle Besonderheit einer Region und auf ein Gefühl, das die Menschen mit dieser Region verbindet. Das haben Sie ja am Ende Ihrer Regierungserklärung angesprochen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Eigenständigkeit zunächst ein kulturelles Phänomen, nicht in erster Linie ein administratives Phänomen. Wir mussten feststellen, dass in der letzten Zeit das Bekenntnis der Saarländerinnen und Saarländer zur Eigenständigkeit gelitten hat. Hier ist meines Erachtens kulturell etwas falsch gelaufen. Das ist ein Argument, das man einmal bedenken muss. Ich will versuchen, das in wenigen Worten darzustellen.

Wir hatten einen langen Aufbau dieses Gemeinschaftsgefühls, das sozial und natürlich auch kulturell unterfüttert war. Dabei haben die Kulturschaffenden dieses Landes eine große Rolle gespielt. Dabei sind auch immer wieder Fehler gemacht worden und die Frage ist, ob in letzter Zeit auch Fehler gemacht worden sind. Ich will mal ein Beispiel nennen, das

mich schon in früheren Jahren geschmerzt hat. Als der für mich wichtigste Schriftsteller der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, Gustav Regler, an der Saar geehrt worden ist, geschah dies seitens der Landesregierung durch einen Ministerialbeamten und nicht durch den Regierungschef. Ich habe das lange Jahre als einen gravierenden Fehler angesehen, will das jetzt aber nicht weiter erläutern. Gustav Regler stand wie kein anderer für eine Tradition unseres Landes, zu der auch ich mich bekennen möchte. Er war in seinen Anfangsjahren Mitglied der Kommunistischen Partei wie viele andere renommierte Künstler Europas. Er kämpfte in Internationalen Brigaden in Spanien. Er fiel vom Kommunismus ab, lebte dann in Mexiko. Er war aber für mich eine große Figur dieses Landes, ich wollte daran erinnern. Das Bekenntnis zu diesem Teil unserer Tradition und Kultur ist dann auch später immer wieder aktiviert und fortgesetzt worden.

Eine ähnliche Bedeutung hatte Johannes Kirschweg, dem wir dann ein Denkmal gesetzt haben. Er stand für die andere Seite, für die eher konservative, christliche Tradition unseres Landes. Es war richtig, sich an diesen Schriftsteller wieder zu erinnern.

Wenn ich jetzt an die Zeiten erinnern möchte, in denen die Verbindung der Saarländerinnen und Saarländer zu ihrem Land besonders stark war, war dies in erster Linie ein kulturelles Phänomen, das vor allem über die Schaffenden vermittelt wurde, die in der Sprache und mit der Sprache gearbeitet haben. Ich erwähne hier ausdrücklich Alfred Gulden und die Mundart. Ich bin der Auffassung, dass Alfred Gulden mit seinen Mundartgedichten sehr viel zur kulturellen Identität dieses Landes beigetragen hat. Er hat als Schriftsteller sicherlich mehr dazu beigetragen als andere. Ebenso nenne ich Ludwig Harig, dessen Werke ich jetzt nicht alle aufzählen will. Und ich möchte auch den Lyriker Johannes Kühn erwähnen.

Wenn man an dieser Stelle zu wenig investiert, um die eigene kulturelle Tradition des Landes lebendig zu erhalten, dann hat dies für mich notwendigerweise zur Folge, dass das Bekenntnis der Saarländerinnen und Saarländer zu ihrer Region leidet und zurückgeht. Das ist die eine Komponente.

Die andere Komponente ist der Bergbau. Sie haben die Bedeutung des Bergbaus angesprochen für das Entstehen dieser Region überhaupt. Man kann sagen, der Bergbau mit seiner Kultur und Tradition ist schlechthin konstituierend für unser Land gewesen. Deshalb ist es gut - das ist die positive Seite Ihrer Regierungserklärung -, dass Sie die Erinnerungskultur pflegen wollen und dass Sie die Tradition in diesem Sinne aufrecht erhalten wollen. Aber für mich - das ist einer rationalen Diskussion nicht zugänglich, das ist eine Sache des Empfindens - war der abrupte Bruch mit dem Bergbau an der Saar in den letzten

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Jahren ein Element unserer sozialen Entwicklung, das dazu geführt hat, dass das Bekenntnis der Saarländerinnen und Saarländer zu ihrem Land zurückgeht. So weit und aus Zeitgründen nur kurz ein paar Anmerkungen zur kulturellen Tradition.

Die mehr administrative Frage der Erhaltung der Eigenständigkeit unseres Landes ist natürlich wichtig und steht im Vordergrund. Hier geht es dann um die Frage, ob es uns gelingt, die finanziellen Probleme dieses Landes zu bewältigen. Da sind wir dann beim Kern Ihrer Regierungserklärung, und an dieser Stelle ist Ihre Regierungserklärung absolut unzureichend. Sie reflektiert noch nicht einmal die Grundrechenarten, das will ich in wenigen Worten darstellen. Sie haben gesagt, dass Sie mindestens - auch für das Wort „mindestens“ bin ich Ihnen dankbar - pro Jahr 65 Millionen Euro an Ausgabenreduzierung vornehmen wollen. Die Diskussion vor der Wahl hat ja dann einen neuen Durchbruch der Erkenntnis gebracht, dass wir also nicht pro Jahr von oben herab 65 Millionen einsparen, sondern dass im zweiten Jahr die doppelte Zahl angesetzt werden muss bis hin zur fünffachen Zahl am Ende von fünf Jahren. Das sind dann nach Adam Riese 325 Millionen.

In Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie 40 Prozent für Personalausgaben angesetzt, das kann niemand bestreiten. Wenn Sie das ernst nehmen würden, müssten Sie 130 Millionen einsparen in diesen fünf Jahren. Das wären nach Ihren eigenen Rechnungen 2.600 Stellen in fünf Jahren und nicht 2.400 Stellen in zehn Jahren. Wie Sie mit dieser Frage umgehen wollen und wie Sie sich herausreden werden, werden wir ja sehen. Auf jeden Fall kann ich nach dem, was ich in der Dorfschule gelernt habe, nicht erkennen, dass die Grundrechenarten hier Anwendung gefunden haben.

(Beifall bei der LINKEN.)

Der zweite Punkt, den Sie ansprechen, ist die Einnahmeseite. Hinsichtlich der Einnahmeseite war Ihre Regierungserklärung durch Dürftigkeit geprägt. Vor der Lektüre des Koalitionsvertrages hatte ich eigentlich gedacht, es käme etwas mehr heraus. Sie haben allgemeine Ausführungen gemacht zum Bundesländer-Finanzausgleich, wer wollte dem widersprechen. Aber was ist denn nun mit der Einnahmeseite? Hier sieht man den Konstruktionsfehler der gesamten Regierung. Wenn man Ziele im Auge hat, dann muss man Koalitionen so schmieden, dass die Kernziele auch erreicht werden können. Hier haben Sie nun leider ganz Gravierendes übersehen. In dieser Konstellation werden Sie das Kernziel, die Sanierung des Landeshaushaltes, mit absoluter Sicherheit nicht erreichen können. Das wird Ihr Problem sein in den nächsten Jahren und das möchte ich begründen.

(Beifall bei der LINKEN und vom Abgeordneten Hilberer (PIRATEN).)

Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, dass die Einnahmeseite eine Schlüsselfrage ist, es sei denn, Sie würden sich an die Sparbemühungen anderer Länder anschließen. Dann müssten Sie 40 Prozent Personal einsparen - Frau Ministerpräsidentin, rechnen Sie das einmal aus, damit Sie die Dramatik überhaupt erkennen -, 40 Prozent wie Bremen beispielsweise in den letzten Jahren. Und die werden ja weitermachen. Auf der Einnahmeseite müssen Sie eben dann auf einen Betrag von mehreren Hundert Millionen pro Land kommen. Da können Sie nicht mit irgendwelchen Läppisheiten aufwarten. Ich habe nirgendwo auch nur einen ernst zu nehmenden Ansatz gesehen, der nachzurechnen wäre, einen leisen Hinweis, beispielsweise im Koalitionsvertrag oder in der Regierungserklärung, auf den Spitzensteuersatz. Wunderbar! Haben Sie mal nachgerechnet, was es für das Land an Entlastung bringen würde, wenn Sie zehn Punkte aufwerten würden? Es wäre schön gewesen, wenn Sie mal ein einziges Beiräglein genannt hätten, damit auch nicht ganz so schnell denkende Menschen wie wir mitbekommen, was Sie eigentlich meinen. Aber keinen einzigen Betrag zu nennen, ist eine sehr dürftige Angelegenheit.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich möchte aus Zeitgründen dieses Thema auch nur sehr kurz behandeln. Die Schlüsselfrage für die Sanierung der Länderhaushalte ist die Vermögenssteuer beziehungsweise die Millionärssteuer. Wenn man die Mengen kennt, die mit einzelnen Begriffen verbunden sind, ist dies der einzige Weg. Wenn Sie diesen Weg nicht beschreiten wollen, werden Sie nicht die geringste Chance haben, das Land zu sanieren. Wir werden nach fünf Jahren - das können Sie in fünf Jahren dann wieder vorlesen - den Schuldenurm immer weiter aufgebaut haben. Das ist das Problem Ihrer Regierung. Sie werden das zentrale Ziel verfehlen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen machen, warum Sie die Koalition völlig falsch konstruiert haben. Ich habe diese Bemerkung bereits gemacht, als es noch die Jamaika-Koalition gab. Nur an einer Stelle habe ich dem Kollegen Ulrich Recht gegeben, als es um die Verfassungsänderung zur Gemeinschaftsschule ging. Das muss man der Fairness halber sagen; was sachlich richtig ist, muss man auch ansprechen können. Ohne diese Konstellation hätte es die Verfassungsänderung nicht gegeben. Insofern können Sie sich das, Herr Kollege Ulrich, für Ihre Partei ans Revers heften. Aber Sie brauchten dazu natürlich eine Partei wie DIE LINKE, die nicht in der Beschränktheit eines möglichen Beleidigt-Seins

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

diese Verfassungsänderung abgelehnt, sondern ihr zugestimmt hat.

Das ist die Machtarithmetik von Koalitionen, die man kennen muss. Wenn man sie nicht kennt, verfehlt man sämtliche Ziele. Und was die Machtarithmetik angeht, ist nun wirklich nicht mehr nachvollziehbar, was den einen Teil der Koalition bewogen hat, diese Koalition überhaupt einzugehen. Weder auf der Einmenseite werden Sie Ihr Ziel erreichen noch auf der Seite des Arbeitsmarktes und in der Sozialpolitik. Das ist der Konstruktionsfehler dieser Koalition. Es ist ja grässlich, wenn man sich nur anhört oder nachliest, was da zur Sanierung des Haushaltes vorgebracht wird.

(Beifall bei der LINKEN.)

Nun zur Sozialpolitik, das ist ja nun wirklich erhebend. Vielleicht können Sie mir verraten, wem ich das Kompliment für die Formulierung, die ich jetzt vortrage, machen darf. Das zentrale Thema des Landtagswahlkampfes war der Mindestlohn. Es ist völlig uninteressant, ob das ein Thema des Landtagswahlkampfes war. Das zentrale Thema für acht Millionen Menschen in Deutschland und eine entsprechende Zahl hier an der Saar ist die Frage, ob sie einen Lohn bekommen, von dem sie und ihre Familien anständig leben können. Deswegen sagt meine Partei in aller Klarheit: Eine Regierungskonstellation, in der klar ist, dass da wieder nichts draus wird, ist für viele Menschen eine Zumutung - an der Saar und darüber hinaus.

(Beifall bei der LINKEN und vom Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Ich muss diese geniale Formulierung einmal vorlesen: Auf Bundesebene werden wir alle Initiativen zur Festlegung von Lohnuntergrenzen unterstützen, die zu einer Verbesserung des Status quo führen. Wenn ich diesen Satz lese, müsste ich eigentlich „Hurra“ rufen und sagen „Donnerwetter, was ist da für ein Durchbruch gelungen“. Alle Initiativen zur Verbesserung von Lohnuntergrenzen werden wir unterstützen, heißt es da. Wenn demnächst im Bundesrat eine Initiative kommt, um den gesetzlichen Mindestlohn flächendeckend durchzusetzen, werden Sie das unterstützen, weil das nach der Logik das Ziel ist. Jetzt kommt aber der nächste Satz: Dazu gehört unter anderem auch der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn. Da ist man noch mal begeistert von dieser Formulierung. Aber jetzt fängt man dann doch auf einmal an zu grübeln: Eine dazu nach der Bundestagswahl durch Bundestagsmehrheit beschlossene Regelung wird die Landesregierung im Bundesrat mittragen.

Wenn man so will, sieht man das ganze Kasperletheater, das an dieser Stelle aufgeführt worden ist, weil die CDU natürlich zu Recht darauf setzt, dass ihre Angela Merkel weiterhin Bundeskanzlerin bleibt.

Das wird man unterstellen dürfen, ohne sie zu kränken. Sie wird gesagt haben: Na gut, das schreiben wir rein, dann sind die Sozis zufrieden. Die Merkel wird das sowieso nicht machen. So haben Sie in der Großen Koalition den gesetzlichen Mindestlohn wieder beerdigt. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall von der LINKEN. - Sprechen.)

Dasselbe ist zur Leiharbeit zu sagen. Zur Leiharbeit haben wir vernommen, dass Sie da etwas tun wollen, und zwar eine Begrenzung der Leiharbeit auf 30 Prozent Anteil an einer Belegschaft. Das ist die entscheidende Zahl. Das ist eine Zahl, die auch in anderen Bundesländern gehandelt wird und die wir als Minimum bezeichnet haben, als wir die Initiative eingebracht haben, um die Debatte überhaupt einmal auf dem Weg zu bringen. Sie setzen 30 Prozent ein. Das ist natürlich besser als gar nichts. Es ist klar: Wenn ein Betrieb 50 Prozent Leiharbeit hat, dann ist das schrecklich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch aber eine Herangehensweise, die einen wirklich engagierten Kampf gegen die Leiharbeit vermissen lässt.

(Abg. Jost (SPD): Dann mach' es doch selber.)

Wir sagen: Leiharbeit gehört gesetzlich verboten. Das ist unsere Position.

(Beifall und Zurufe von der LINKEN. - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das ist die zentrale Aussage. - Sprechen.)

Die Herangehensweise an die Leiharbeit ist eine äußerst bescheidene. Ihr Zwischenruf ist völlig richtig: Wir haben hier einen Initiativantrag eingebracht, um die CDU überhaupt einmal in Bewegung zu bringen. Herr Kollege Jost, Sie haben sich diesem Antrag angeschlossen. Insofern sollten Sie hier nicht so wichtigtuerisch dazwischenrufen.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Genau! - Sprechen.)

Wir haben begrüßt, dass Sie sich diesem Antrag angeschlossen haben. Das ist etwas Gutes.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Jost (SPD).)

Der dritte Punkt, der im Landtagswahlkampf eine Rolle gespielt hat und von dem ich nichts mehr gehört habe, betraf die Verbesserung der Rentenformel. Daher müssen wir an zwei Punkten ein wirkliches Desaster feststellen. Obwohl seit 2005 der gesetzliche Mindestlohn ein zentrales Thema von Millionen Arbeitnehmern ist, wird sich an dieser Stelle zumindest durch diese Landesregierung nichts bewegen. Die Rentenformel kommt hinzu. Altersarmut, Hungerlöhne - das ist das, was mit Ihnen nach Hause gehen wird. Deswegen ist ein bescheidenes Verwalten keine Veränderung. Entscheidend sind Veränderungen, die die Lebensbedingungen der Menschen wirklich verbessern.

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

(Beifall bei der LINKEN.)

Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie die Gewerkschaften einladen wollen - wie bei der Polizeireform -, bei dem Personalabbau mitzuwirken. Die Zahlen habe ich Ihnen genannt. Sie haben gesagt: mindestens 2.400. Das steht an einer Stelle. Ich habe Ihnen gesagt, wie die Grundrechenarten sind. Wir werden da gespannt sein. Aber ein Problem möchte ich den Kollegen Gewerkschaftern außerhalb und innerhalb des Raumes einmal nennen. Wenn bei der Bahn 500 Stellen abgebaut werden sollen, dann gibt es ein großes Protestgeschrei und an der Spitze stehen engagierte Gewerkschaftskollegen. Da stellt sich natürlich die Frage, wie man im gleichen Atemzug einen viel größeren Stellenabbau befürworten kann. Das wird ein Problem werden, das auch öffentlich diskutiert werden muss. Wenn man also dem ökonomischen Argument Rechnung trägt, dann gilt das überall. So hat man keine Grundlage mehr, um sich gegen irgendetwas zu wenden. Wir sollten aber die Glaubwürdigkeit der Politik nicht dadurch untergraben, dass wir an dieser zentralen Stelle mit unterschiedlichen Maßstäben messen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das zentrale Thema ist die Erhaltung der Eigenständigkeit des Landes. Ich habe es als ein kulturelles Phänomen angesprochen. Auf die Bedeutung der Kultur und auf die Bedeutung der Industrie bin ich eingegangen. Das zentrale Thema ist ebenfalls die finanzpolitische Sanierung. Sie haben weder auf der Ausgabenseite noch auf der Einnahmeseite irgendwie überprüfbare und nachrechenbare Zahlen vorgelegt. Insofern ist diese Regierung von Anfang an eine Fehlkonstruktion, denn aufgrund der Programmatik der Parteien auf Bundesebene ist eine solche Konstellation nicht in der Lage, ihre zentralen Ziele zu erreichen, denn in den zentralen Zielen widersprechen sich die Bundesparteien in ihrer Programmatik. Das ist der Fehler, auf den ich aufmerksam machen möchte. Wenn man wirklich die Interessen des Landes in den Vordergrund schiebt, hätte man nach einer Zusammenarbeit suchen müssen, die auf Bundesebene - dort wird die Musik gemacht, nicht hier im Landtag - in der Lage ist, die zentralen Ziele der Sanierung des Landes durchzusetzen.

(Sprechen. - Zurufe: Ah!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Zum Schluss ein versöhnliches Wort. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben den Kohl-Satz wiederholt, dass der größte Schatz, den wir in diesem Land haben, seine Menschen sind. Das heißt, Sie haben die Opposition mit diesem Satz umarmt. Das ist nun wirklich ein besonderes Erlebnis, dass wir als Opposition von einer Regierungschefin als Schatz bezeichnet werden. Das heißt, Sie wollen dazu beitragen - ich greife das gerne auf -, das Klima in diesem

Hause zu erhalten. Das wird uns allerdings nicht davon abhalten können, Sie darauf hinzuweisen, dass in Ihrer Regierung erhebliche Konstruktionsfehler eingebaut sind und dass Sie mit Sicherheit - das können Sie nach fünf Jahren zitieren - die zentralen Ziele Ihrer Regierungsarbeit verfehlen werden.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Klaus Meiser.

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regierungserklärung von heute ist der Start der Koalition von CDU und SPD, um die kommenden Jahre in unserem Land zu gestalten. Ich will zu Beginn unserer gemeinsamen Arbeit allen Fraktionen hier im Parlament eine gute Zusammenarbeit anbieten. Herr Kollege Lafontaine, erlauben Sie mir den Zusatz: im Menschlichen eine gute Zusammenarbeit. In der Sache ist es wie immer klar: Die Menschen sind der Schatz des Landes. Ob Sie ein politischer Schatz sind, ist eine andere Frage.

(Heiterkeit.)

Ich habe eben beeindruckt Ihre Bewerbungsrede um den Bundesvorsitz der LINKEN zur Kenntnis genommen. Es wurde das volle Programm abgefahren. Insofern hat das viel Freude gemacht.

(Lachen und Beifall.)

Sie erlauben mir - anknüpfend an eine alte Debatte, in der ich einmal als Dorfökonom zu einem Weltökonom sprechen durfte -, heute darauf hinzuweisen, dass wir in diesem Hause schon froh sind, wenn wenigstens einer den kosmopolitischen Überblick hat. Das war wieder beeindruckend.

(Sprechen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu den landespolitischen Rahmenbedingungen und Fragen kommen, über die wir heute eigentlich diskutieren wollen, und zu unseren Möglichkeiten, dieses Land in den kommenden Jahren zu gestalten. Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach - das wissen wir alle. Die Städte und Gemeinden klagen über hohe Verschuldung. Wir sind Haushaltsnotlageland. Wir erhalten Konsolidierungshilfen. Wir haben ein jährlich kumulatives Sparvolumen von 65 Millionen zu bestreiten. Der Bund hat eine hohe Verschuldung und der Euroraum ist in Gefahr. Ich nenne nur das Stichwort Griechenland. Die Folge dieser vor allem globalen Rahmenbedingungen ist, dass die Menschen zunehmend verunsichert sind und dass sie diese Welt im Großen und Kleinen nicht mehr verstehen.

(Abg. Meiser (CDU))

Aber wir sollten auch nicht vergessen, dass die Entwicklung der letzten Jahre zu einer Bewusstseinsveränderung geführt hat. Schauen Sie sich Wahlanalysen an. Vor 20 Jahren - ich übertreibe jetzt etwas, aber es war in der Tendenz schon so - hat die Menschen eine Verschuldung kaum interessiert. Das hat mich kommunal und im Lande immer umgetrieben. Dieses Bewusstsein hat sich gewandelt. Die Menschen vollziehen nach, dass wir nicht das Geld kommender Generationen ausgeben und zu deren Lasten leben dürfen. Das sind die Rahmenbedingungen, die deutlich machen, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht. Große Anstrengungen sind notwendig. Angesichts unserer Rahmenbedingungen sage ich, Bescheidenheit ist zwar geboten, aber es gibt auch durchaus Anlass zu Selbstbewusstsein und Zuversicht, so, wie es auch in der Regierungserklärung zum Ausdruck gekommen ist.

Und wir haben zwei Grundvoraussetzungen zueinanderzubringen: eine sparsame Haushaltspolitik und gleichzeitig Wachstumskräfte, die über eine gute Wirtschaftsentwicklung, gute Arbeitsplätze und entsprechende Steuerkraft freigesetzt werden. Ich will am Rande bemerken: Wenn wir die alltägliche Diskussion beispielsweise über Griechenland erleben, dann besteht das Fatale darin, dass diese Kräfte dort kaum in Gang gesetzt werden können. Das Saarland beispielsweise hat Wachstumskräfte, weil wir einen starken industriellen und gewerblichen Kern haben, und ich denke, wir haben selten so gut wie heute erkannt, was dies für Wohlstand und Arbeit in einem Land bedeutet.

Ich habe gesagt, die Ausgangslage für unsere Anstrengungen ist nicht schlecht. Kollege Lafontaine, es ist nun einmal so, dass wir in diesem Land die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 30 Jahren haben. Ich erinnere an das Jahr 1999; da hatten wir weit über 50.000 Arbeitslose. Gegenwärtig bewegen wir uns unter 35.000, mit großen Hoffnungen darauf, dass die Arbeitslosenzahl noch weiter sinkt. Sie wissen, was damit verbunden ist: Mit weniger Arbeitslosigkeit ist Wirtschaftswachstum verbunden, ist Steuerentwicklung verbunden. Ich werde später darauf zurückkommen. Das ist das eigentlich einfache und gleichzeitig geniale Programm, um Probleme der Zukunft zu bewältigen: indem beitragsfinanzierte Kassen entlastet werden, indem Sozialausgaben zurückgehen, indem Steuerkraft wächst und indem insgesamt der Staat konsolidiert, und zwar positiv, das heißt mit Wachstumskräften und nicht mit bremsenden Wirkungen, wie Sie sie eben wieder dargestellt haben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Parallel dazu - das ist angesprochen worden - wollen wir deutlich machen, dass wir mit der nunmehr kleinsten Landesregierung in Deutschland sparen.

Die letzte war immerhin eine der kleinsten; die gegenwärtige ist die kleinste. Wir wollen Anreize für Sparprogramme der Kommunen schaffen, und zwar in Kooperationen, die allerdings dann strukturell positiv wirken. Und wir wollen den öffentlichen Dienst weiterhin in die Pflicht nehmen, aber auch positive Anreize für ihn setzen. Ich denke, niemand in diesem Hause wird bestreiten, dass angesichts der demografischen Entwicklung dort ein Potenzial vorhanden ist, das wir heben können, und ich sage ganz offen: Wenn die Ministerpräsidentin „mindestens“ sagt, dann ist das aus meiner Sicht eine kluge Aussage. Die kommenden Jahre müssen zeigen, ob wir in der Lage sind, Strukturen zu verändern und gleichzeitig demografische Entwicklungen zu nutzen, die ein großes Sparvolumen möglich machen.

Wenn ich eben davon gesprochen habe, dass wir Wachstumskräfte brauchen, dann sind wir uns, wie ich meine, alle einig, dass es der richtige Weg ist, Wirtschaft, Industrie und Mittelstand zu fördern, Ziele und Instrumentarien der Wirtschaftsförderung auszubauen. Das wurde dargelegt; ich muss es nicht wiederholen. Ich will heute nur einen Akzent noch einmal betonen: Entscheidend für die Firmen sind neben dem Geschäftsklima vor allem Liquidität und die Möglichkeit zu investieren. Deswegen sprechen wir nicht abstrakt über eine Bankenlandschaft, sondern über Hilfe für den Mittelstand durch die Banken. Deshalb ist es so wichtig, dass es uns weiterhin gelingt, mit den Sparkassen, den Volksbanken, der SaarLB und anderen Banken im Saarland diesen Kreislauf in Schwung zu halten. Ich könnte jetzt konkrete Beispiele dafür nennen, wo über Konsortialkredite in der jetzigen Bankenlandschaft für unser Land - relativ gesehen - große Projekte voran gekommen sind, etwa am Bostalsee oder in Bezug auf das Thermalbad. Das brauchen wir auch in Zukunft für den Mittelstand und die Industrie. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe, die Bankenlandschaft im Saarland weiterhin gut aufzustellen und zu entwickeln. In diesem Zusammenhang haben wir entsprechende Erwartungen an die Banken, die es angesichts von Basel III natürlich schwer haben, sich aufzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, SPD und CDU haben sich im Koalitionsvertrag insbesondere zum Industrieland Saarland bekannt. Ich füge ausdrücklich hinzu: natürlich im Einklang mit dem Ziel der Reduzierung von CO<sub>2</sub>. Wir sind jedoch ein Industrieland, und ich habe es dargelegt: Dies ist die Basis für Arbeit und Wohlstand bei uns. Deshalb, meine ich, müssen wir die Energiewende hier richtig gestalten. Wir müssen CO<sub>2</sub>-Ziele im Verbund mit allen Ländern betrachten und dürfen sie nicht auf ein kleines Land fokussieren. Dies wäre nicht zu leisten; das will ich heute hier wiederholen. Wir haben die Debatte schon geführt. Die Ministerpräsidentin hat die Stahl- und die Automobilindustrie, die Gesundheitswirt-



(Abg. Meiser (CDU))

schaft, die Informationstechnologie sowie die Werkstoff- und Materialwissenschaften genannt. Wir wollen auch den Energiebereich nicht vergessen. Wir haben hier die Grundsatzdebatte über Daseinsvorsorge geführt. In diesem Zusammenhang haben wir darauf hingewiesen, dass wir den wirtschaftlichen Sitz von Unternehmen im Saarland beziehungsweise erhalten müssen und darum kämpfen müssen. Deshalb ist es unsere Linie, gerade in der Energiepolitik den Akzent zu setzen, gemeinsam mit den Kreisen, den Städten, den Gemeinden und der VSE zu versuchen, die Energiestandorte zu erhalten. Ich erinnere an den Standort Ensdorf; ich erinnere an STEAG. Ich denke, das ist die richtige Linie; sie wollen wir weiterhin verfolgen. Und ich unterstreiche, was die Ministerpräsidentin gesagt hat: Im Rahmen der Energiewende müssen wir nicht erst, wenn neue Netze zu bauen sind und gebaut werden, sondern schon heute sagen: Wer keine Atomenergie und keine Kohle mehr will, der muss deutlich machen, wie er die übrige Energie auffangen und verteilen kann, und auch infrastrukturelle Maßnahmen befürworten. Das mahne ich heute gegenüber den Saarländerinnen und Saarländern wieder an.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will an diesem Morgen beim Thema Energie neben der Industrie und den Wirtschaftsunternehmen, die natürlich sichere und bezahlbare Energie brauchen, die Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen. Wir haben in diesem Hause mehrmals hervorgehoben, dass die künftige Energieversorgung nicht die neue soziale Frage werden darf. Deshalb muss die Energiewende so gestaltet werden, dass die Energiepreise nicht explodieren. Ich denke, dort liegt eine sehr große Zukunftsaufgabe. Lassen Sie mich im Rahmen der erneuerbaren Energien auch die Bergbauflächen erwähnen. Ich will deutlich sagen: Ich erwarte von der RAG, dass sie nach langer Industriegeschichte im Saarland, die den Menschen viel gebracht hat - allerdings auch zu Belastungen geführt hat -, auch ihre Verantwortung für die Zukunft sieht und investiert. Gute Ansätze sind ja heute schon sichtbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist heute Morgen auch angesprochen worden, dass wir bei der guten Entwicklung des Arbeitsmarktes in unserem Lande gemeinsam nicht aus dem Auge verlieren dürfen, dass es Menschen gibt, die am ersten Arbeitsmarkt nicht mitgenommen werden, dass es Menschen gibt, die auch sogenannte einfache Arbeiten verrichten können und wollen, bei denen es jedoch für Fort- und Weiterbildung nicht reicht. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir gemeinsam verabredet haben, ein Programm aufzulegen, das die Träger in diesem Bereich stabilisiert. Wir nehmen die Arbeitsverwaltung, die Städte, die Gemeinden und die Kreise mit in die Pflicht und tun so an

dieser Stelle etwas für die Menschen. Wir sollten nämlich gemeinsam daran denken, dass es nicht nur darum geht, Arbeit und Brot zu haben, sondern auch darum, gebraucht zu werden, in die Familie eingebunden zu sein, ein Stück dieses Landes zu sein. Gebraucht zu werden, das ist das Stichwort, das halte ich für ungeheuer wichtig. Kollege Lafontaine, Sie haben in diesem Zusammenhang den Mindestlohn und die Leiharbeit angesprochen. Ich denke, es ist heute nicht der Tag, die Debatte zum siebzehnten Mal zu führen, aber zwei oder drei Sätze müssen dazu gesagt werden. Mindestlohn, Lohnuntergrenze, fairer Lohn: Darüber besteht inzwischen - dafür bin ich sehr dankbar - gesamtgesellschaftliche Einigung.

(Zurufe von der LINKEN: Hört, hört!)

Gestritten wird darüber, wie diese Dinge erreicht werden können. Das sollte keiner dem anderen in Abrede stellen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Sie wissen, dass sich diesbezüglich in allen Parteien auch inhaltlich wirklich vieles bewegt hat. Man kann der CDU vorwerfen: etwas zu spät, etwas zu detailliert, für die Menschen zu wenig verständlich. Ich erinnere an das Entsendegesetz. Aber in der Sache beschreibt doch der Koalitionsvertrag genau diesen Weg, auf dem wir uns befinden. Deshalb finde ich es klug, zu sagen: Wir wissen, dass es dort nach der Bundestagswahl - diese Prognose wage ich - Lösungen geben wird, in welcher politischen Konstellation auch immer. Wir wissen: Vorher wird es keine geben. Auch das weiß jeder. Das ist ein pragmatischer und ehrlicher Ansatz. Deshalb ist die Antwort des Koalitionsvertrages für mich eine logische Antwort.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will ein Zweites sagen. Es klingt ja populär, populistisch und ganz toll, wenn man sagt, man wolle Leiharbeit gesetzlich verbieten. Man schaue sich aber einmal an, wie auch im Saarland die Unternehmen aufgestellt sind. Man kann sagen, bis auf einige Missbrauchsfälle, die ich nicht in Abrede stellen will, wird Leiharbeit bei uns durchaus so in Szene gesetzt, dass sie den Menschen hilft. Bei Hydac beispielsweise hat Leiharbeit dazu geführt, dass 60 Prozent der Leiharbeiter Schritt für Schritt Dauerarbeitsplätze erhalten haben. Ich nehme das Schokoladenunternehmen Ludwig als Beispiel. Dort wird Leiharbeit dazu genutzt, um Spitzen an Weihnachten und Ostern abdecken zu können. Das könnte man anders nicht leisten.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Das Ganze geschieht mit Blick darauf, dass es absolute Spitzen gibt, die über das Jahr nicht verteilt werden können. Ich könnte viele andere Beispiele nennen. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortli-

(Abg. Meiser (CDU))

chen: Selbstverständlich muss man bei Leiharbeit gegen jeden Missbrauch vorgehen, man sollte aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wenn Leiharbeit erstens angemessen und mit Augenmaß eingesetzt wird, wenn wir zweitens erreichen, dass es einen fairen Lohn gibt, dann ist es meiner Meinung nach ein Instrument, das insgesamt trägt. Das Thema ist im Koalitionsvertrag auch sehr fair und zielführend vereinbart.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich habe eben schon angesprochen, welche Wirkungen es hat, wenn wir neue Arbeitsplätze schaffen. Dies hat Wirkungen für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Alle positiven Faktoren kumulieren. Wir haben dann geringere Sozialkosten und die Menschen werden gebraucht. Wir haben höhere Gewerbe- und Einkommenssteuern, die beitragsfinanzierten Kassen werden entlastet. Deshalb ist es richtig, wenn diese Regierung auf die Kräfte setzt, die wir beeinflussen können, und nicht nur auf Themen, die in Berlin diskutiert werden, die wir aber nicht beeinflussen können. Deshalb sage ich, wir wollen nicht nur gemeinsam in den Städten und Gemeinden für diese positiven Effekte sorgen, die dort schon entlastend wirken. Wir wollen natürlich auch einen Solidarpakt schließen, wie er im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Meine herzliche Bitte an die kommunale Seite ist, den Dialog aufzunehmen und genau hinzuschauen, was dieses Angebot, das ja auf einem Vorschlag des Städte- und Gemeindetages basiert, inhaltlich bedeutet.

Wenn es uns erstens gelingt, neben Schlüsselzuweisungen und Umlage einen kleinen dritten Finanzausgleich hinzubekommen, in dem 17 Millionen aus der Schlüsselmasse in den Topf kommen, wenn es uns zweitens gelingt - was noch Finanzminister Jacoby zugesagt hat -, dass wir bis zum Jahr 2020 120 Millionen zur Verfügung stellen, also jährlich 17 Millionen vom Lande, und wenn es drittens weiterhin gelingt, was begonnen ist, dass der Fonds Kommunen 21, in dem die Städte und Gemeinden 51 Millionen Euro zu tilgen hätten, abgestimmt mit dem Stabilitätsrat komplett vom Land übernommen wird, dann haben wir über 170 Millionen Euro Entlastung für die Städte und Gemeinden aus eigener Kraft des Landes plus die 7 mal 17 Millionen, die die Städte und Gemeinden aus der Schlüsselmasse drauflegen. Das sind nach Adam Riese weit über 200 Millionen, fast 300 Millionen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wenn Sie das in Beziehung zu den Defiziten stellen, dann wird deutlich, dass es kein Tropfen auf den heißen Stein ist. Bei 1,8 Milliarden Defizit haben Sie beim derzeitigen Zinsniveau, das hoffentlich noch lange so bleibt, mit Blick auf die Städte und Gemeinden in etwa 30 Millionen Zinsen pro Jahr. 34 Millio-

nen wären nach unserem Modell im Topf. Das wäre eine riesengroße Entlastung. Dieser Topf könnte zumindest derzeit die Zinsen komplett bedienen.

Die Ehrlichkeit gebietet es, klar zu sagen - was auch die Ministerpräsidentin ausgeführt hat -, dass wir mit einer weit höheren Pro-Kopf-Verschuldung als die Städte und Gemeinden nicht auch die Tilgung in hohem Maße bedienen können. Aber unterschätzen Sie bitte nicht, wie wichtig es für die Städte und Gemeinden ist - gerade in Jahren, in denen die Konsolidierung voranschreitet -, auf dieser Seite entlastet zu werden, indem die Zinszahlungen zu einem großen Teil übernommen werden können. Ich glaube, die Kommunalpolitiker wissen, wovon ich rede, wenn ich die bilanzielle Überschuldung erwähne. Deshalb wollen wir mit dem Entlastungsfonds dafür sorgen, dass die Städte und Gemeinden gemeinsam mit uns den Kampf um Entschuldung aufnehmen können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dies geschieht ganz klar vor dem Hintergrund, dass ein Land handlungsfähige Kommunen braucht, um attraktiv zu sein und um eine gute Infrastruktur für die Menschen zu haben. Es beginnt bei den Kleinsten. Das ist angesprochen worden. Ich brauche nicht alles zu wiederholen. Wer wie wir Krippenplätze zur Verfügung stellt und klar sagt, dass das Familienbild nicht von uns vorgegeben wird, sondern dass die Menschen sich frei entscheiden können, wer wie wir - ob sozial indiziert oder nach eigenem Lebensbild - Familien unterstützt, wenn beide Elternteile arbeiten wollen und deshalb ein gutes Betreuungsangebot brauchen, der, Herr Lafontaine, wird auch sehen, dass wir hier Millionen ausgeben, die in Ihrer Zeit überhaupt nicht im Haushalt vorhanden waren. Damals gab es umgerechnet pro Kommune etwa fünf Krippenplätze. Wir bewegen uns jetzt auf 7.500 Krippenplätze zu. Wir tragen unserer sozialen Verantwortung also Rechnung. Wir sagen, dort ist das Geld richtig ausgegeben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Deshalb gehört hierhin auch das Stichwort von der demografischen Rendite. Ich will es heute in aller Deutlichkeit der Öffentlichkeit und allen Fraktionen in diesem Hause sagen. Ich muss aber wiederholen, dass der Ausdruck für mich schlimm ist. Denn er bedeutet ja eigentlich, dass das Wort Rendite mit zu wenigen Kindern verbunden wird, aber wir nennen es nun einmal so. Wir haben ganz klar gesagt, wenn die Schülerzahlen zurückgehen und wir von der Lehrer-Schüler-Relation her Lehrerstellen abbauen könnten, wollen wir dieses Geld nicht zum Sparen nehmen, sondern es im Gesamtspektrum der Bildung belassen. Dazu gehört nach unserem Verständnis, von den Kleinsten ausgehend, Ü 3, Grundschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium, also alle

(Abg. Meiser (CDU))

Bildungsbereiche. Es ist der richtige Weg, offen zu sagen, dass wir nicht den Stellenplan der Lehrer unverändert lassen werden, dass wir aber das gesamte Geld in die Hand nehmen, um es im Bildungssystem zu belassen und insgesamt Qualität zu schaffen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Dazu gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir als Land auf die Kirchen bauen können. Ich möchte das heute nicht vergessen. Ich will die kirchlichen Vertreter aber nicht nur erwähnen, weil sie hier anwesend sind, sondern ich tue es gerne. Wir sollten nicht vergessen, wie viele Aufgaben die Kirchen heute - Gott sei Dank - bei uns immer noch wahrnehmen. Sie tun dies gerade bei den Kindergärten, den Sozialverbänden und in der sozialen Arbeit. Das ergänzt unsere Arbeit. Es ist eine gute Zusammenarbeit, die wir in den kommenden Jahren fortsetzen wollen. - Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Bei der Bildung, begonnen bei den Kleinsten, kommen wir nun zur Grundschule. Auch dort ist klar: Wir wollen in den Grundschulen Wahlfreiheit. Ich erwähne wiederum das Familienbild. Wir haben viele Freiwillige. Wir wollen gebundene Schulen schaffen, rund 25 in den nächsten fünf Jahren. Wir wollen also ein gutes Angebot in den Landkreisen aufbauen. Nach den Grundschulen folgt das Zwei-Säulen-Modell der weiterführenden Schulen, einschließlich der Berufsschulen. Wir haben hier als Bundesland genau den richtigen Weg eingeschlagen. Bei uns können Eltern und Kinder sagen, dass die Kinder nach acht oder nach neun Jahren Abitur machen sollen. Bei uns können sie wählen zwischen Ganztags- oder Halbtagschule, zwischen freiwilliger oder gebundener Ganztagschule. Genau das ist unser Bild von toleranter Politik, die Angebote schafft, die Akzente setzt, aber die Menschen nicht bevormundet. Das ist uns im Bildungsbereich mit unserer Verfassungsänderung und mit dem Schulordnungsgesetz, das jetzt kommen wird, gelungen. Das ist Schulfrieden, wie wir ihn immer angestrebt haben und den wir jetzt wirklich erreichen können.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eines will ich in dem Zusammenhang nicht vergessen. Auch dies formuliere ich durchaus ein Stück weit fordernd und als Erwartung. Wenn die Schule abgeschlossen ist, geht es in eigener Verantwortung weiter in die Ausbildung, die Hochschulen und später in den Beruf.

Deshalb wollen wir sowohl im Ausbildungsbereich als auch im Hochschulbereich erreichen, dass junge Menschen die Freiheit haben, den Weg zu gehen, den sie gehen wollen; wir haben aber auch die Verantwortung, ihnen zu sagen, wo Berufe der Zukunft

sind, damit nicht ausgebildet wird für eine Zukunft ohne Beruf. Es ist deshalb, denke ich, legitim zu sagen, wir wollen im Bereich der Ausbildung mit beeinflussen, in welche Richtung verstärkt ausgebildet wird, wir wollen an den Hochschulen gerade die Fächer stärken, die wir in diesem Lande brauchen. Das große Stichwort ist, auch mit Blick auf unsere Unternehmen, dass wir den Fachkräftebedarf decken wollen, und das muss übereinkommen. Das ist ein großes Ziel, aber ich denke, dieses Ziel ist erreichbar und es wird unser Land erheblich weiterbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, ich muss nur kurz erwähnen - denn es ist in der Regierungserklärung ausführlich angesprochen -, dass wir selbstverständlich alle Generationen mitnehmen wollen, auch die ältere Generation. Am besten aktiv und gesund, deshalb müssen wir für diese Bereiche etwas tun. Hier sind die Stichworte Prävention und Wellness zu nennen, aber in der Gesundheitswirtschaft geht es weiter. Wir wollen eine medizinische und pflegerische Grundversorgung in allen Regionen. Wir werden den Krankenhausbedarfsplan weiterentwickeln müssen, aber mit dem klaren und bleibenden Ziel eines flächendeckenden Netzes der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Wir wollen auch eine menschenwürdige Pflege, und wir wollen dies alles ganzheitlich etwas stärker zusammenführen. Sie kennen das Problem der Schnittstellen in diesen Bereichen. Auch das ist eine große Aufgabe.

Gerade mit Blick auf die älteren Menschen, aber natürlich auch auf die Bevölkerung insgesamt muss man an einem solchen Tag auch daran denken, dass die innere Sicherheit für die Menschen ein hohes Gut ist, ein großes Stück Lebensqualität. Deshalb meine ich: Wir haben Verantwortung im Bereich der Polizei, aber auch der Rettungsdienste - ob THW, ob DRK, ob Feuerwehr oder Katastrophenschutz. Diese Bereiche haben es verdient, dass wir hinschauen. Hier dürfen wir nicht nur sagen, wir haben Visionen, sondern müssen das, was besteht, was unser Land ausmacht, pflegen.

Dieser Bereich hat auch sehr viel mit der Frage Ehrenamt zu tun. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass das Ehrenamt in der Regierungserklärung als wichtiger Eckpfeiler genannt ist. Denken Sie bitte daran: Je weiter die Globalisierung voranschreitet und umso weniger durchschaubar für die Menschen die Zukunft wird - die Bankenlandschaft, was wird mit Arbeitsplätzen, was wird mit den Rahmenbedingungen -, umso stärker wird das Bedürfnis nach einer gewissen Geborgenheit und nach Zusammenhalt.

Genauso ist es in der Regierungserklärung auch beschrieben. Lassen Sie uns deshalb jedes Element, ob im Kultur-, Sport-, Sozial- oder Umweltbereich, lassen Sie uns alle, die dort ehrenamtlich tätig sind, weiterhin fördern. Ich bin dabei, Herr Lafontaine, wenn wir dort deutlich ansprechen, dass ein Großteil

(Abg. Meiser (CDU))

unserer Kulturlandschaft in der Breite ist. Wir haben aber auch kulturelle Spitzen. Das ist die Identität des Landes, das ist Zusammenhalt und nicht zuletzt - das will ich heute wieder betonen -, ein großer Teil von Prävention. Wenn gerade junge Menschen auf gutem Weg begleitet werden, wenn Menschen in der Gesellschaft eine Anbindung haben, geraten sie am wenigsten auf die schiefe Bahn. Deshalb wollen wir an den Dingen anknüpfen, die bereits sehr positiv auf dem Weg sind.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich will einen letzten Bereich nicht aussparen, weil ich meine, dass auch dort eine wichtige Botschaft von dieser Großen Koalition ausgehen muss: Ein Land wird in seiner Attraktivität sehr stark von der Infrastruktur bestimmt. Gerade junge Menschen, aber auch Menschen, die beruflich ins Saarland kommen sollen und wollen, schauen sich hier um und fragen sich: Was finde ich in diesem Land neben dem Berufsleben an attraktiven Angeboten vor? Wir wissen, dass wir dort vieles zu bieten haben. Wir haben das Staatstheater. Ich spreche bewusst auch den Pavillon an, den wir bauen wollen. Wir wollen die Entwicklung dort noch einmal ins Positive kehren und den Menschen deutlich machen, dass wir große kulturelle Schätze haben, die wir zeigen wollen. Wir wollen eine Messe. Deshalb ist die Botschaft in diesem Punkt „Nicht jahrelang reden, sondern sehr schnell handeln“ eine sehr positive Botschaft für mich. Wir wollen eine Infrastruktur mit einem Stadion. Nach zwölf Jahren des Redens soll in einem Jahr gehandelt werden. Das sind Botschaften, die deutlich machen, dass wir in die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden - und da will ich das ganze Land einbeziehen und nicht nur Saarbrücken erwähnen - investieren, dass bei allem Sparen die Infrastruktur erhalten und gestärkt wird.

Dabei ist ein Ansatz, den ich heute nicht vergessen will, der, zu sagen, lasst uns mit den Städten und Gemeinden reden: Dort wo ihr Infrastruktur nicht fünfmal vorhältet, sondern bereit seid, sie zusammenzuführen, aber dann qualitativ hochwertig, sollen Anreize durch das Land geschaffen werden, helfen wir euch. Auch das ist ein Bereich, wo wir intelligent sparen und Infrastruktur trotzdem weiterentwickeln können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, eine Koalition funktioniert dann am besten, wenn es keine Gewinner und Verlierer gibt und wenn kein Partner den anderen überfordert. Das trägt vielleicht an dem Tag des Sieges, aber nicht darüber hinaus. Ich bin überzeugt davon, dass es gelungen ist, einen Koalitionsvertrag auszuhandeln, der in diesem Sinne fair und ausgewogen ist, der in diesem Sinne Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist. Ich glaube, in den Zielen sind wir uns einig, nämlich für ein eigenständiges Land einzutreten - das ist die klare Bot-

schaft aller heute Morgen - mit attraktiven Städten und Gemeinden, mit toleranten und weltoffenen Bürgerinnen und Bürgern, die aber gerne im Saarland leben und arbeiten. Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam an die Arbeit gehen! - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfraktionen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Fraktion der PIRATEN Herr Fraktionsvorsitzender Michael Hilberer.

**Abg. Hilberer (PIRATEN):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Werte Regierung! Ich muss zugeben, wir PIRATEN müssen das noch üben. Ich bin weder Dorfökonom noch globaler Ökonom, ich bin Naturwissenschaftler. Deshalb habe ich das getan, was ein Naturwissenschaftler tut: Ich habe mir den Koalitionsvertrag durchgelesen, ich habe mir die Regierungserklärung angehört und habe mir meine Gedanken dazu gemacht. Dabei habe ich ein paar Widersprüche festgestellt, auf die ich jetzt hinweisen möchte.

Ein Punkt, der mich ein bisschen stört, ist dieser Punkt der demografischen Dividende.

(Zuruf.)

Rendite, Dividende, wie auch immer. Ich bin wie gesagt kein Ökonom. - Ich bin 1979 geboren, das heißt, ich komme noch aus einem geburtenstarken Jahrgang. Wir leisten derzeit das Wirtschaftswachstum, von dem wir profitieren. Die Jahrgänge nach uns werden dieses Wachstum aber nicht mehr erbringen. Das heißt, jetzt darauf zu hoffen, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln, wenn wir älter werden, wenn wir weniger werden, ist ein bisschen gefährlich.

Wir haben jetzt eine Große Koalition, und das Motto scheint so ein bisschen zu sein: Alles ist wie immer, nur schlimmer. Wenn die Regierung die Ziele, wie sie hier formuliert sind, so umsetzt, wird das zu großen Belastungen in der Bevölkerung führen. Das Einhalten der Schuldenbremse und die Verantwortung, in allen Bereichen zu sparen, wird im Alltag nahezu jeden Bürgers klare Einschnitte bringen, also einmal auf kommunaler Ebene - die Lebenswirklichkeit der meisten spielt sich dort ab -, aber natürlich auch auf Landesebene. Wir haben im Saarland eine recht hohe Staatsquote. Wenn wir die Zahl der öffentlich Beschäftigten herunterfahren, wird sich das auch auswirken, und zwar in allen sozialen Netzen, die wir kennen. Ich habe Zweifel, dass wir mit dieser demografischen Dividende die Möglichkeit hätten, das Geld einzusparen. Das heißt, es wird woanders eingespart werden müssen.

**(Abg. Hilberer (PIRATEN))**

Wenn es Ihnen bei all den Anstrengungen hier nicht gelingt, die Bevölkerung mitzunehmen, dann geraten wir in eine sehr gefährliche Lage. Wenn wir die Bevölkerung nämlich über Gebühr belasten, ohne sie abzuholen, ohne uns zu erklären, wo wir eigentlich hinwollen, dann untergraben wir das Vertrauen und das Funktionieren unserer demokratischen Strukturen. Das ist sehr gefährlich. Wir sehen das momentan in Europa, in erster Linie in Griechenland, wo Radikale in die Parlamente kommen, wo es schwierig oder gar unmöglich scheint, Regierungen zu bilden, die nur noch aus Demokraten bestehen. Wenn wir uns eine solche Dividende aufladen, werden wir in Zukunft große Probleme haben.

Im Moment ist unsere Ausgangslage natürlich noch ungleich besser. In unserem Parlament sitzen Demokraten und das müssen wir als Chance begreifen. Wir haben das Angebot gemacht, konstruktiv mitzuarbeiten und dazu stehen wir auch in den nächsten fünf Jahren. Wir werden uns sicher über Details streiten und wir werden uns über Inhalte streiten und ich glaube auch, dass das gut ist. Vielleicht noch ein Wort zu der Bemerkung von vorhin. Ich habe versucht, der Regierungserklärung komplett zu folgen. Ich muss aber zugeben, dass ich zwischendurch auch einmal geistig abgeglitten bin und mich nicht konzentrieren konnte. Ich habe mich kurz mit den Kollegen unterhalten. Das war aber an dem Punkt, an dem Sie gesagt haben, dass Sie eine UN-Konvention umsetzen wollen. Das erwarte ich einfach. Wir sind hier nicht in Nordkorea, wir sind im Saarland und UN-Konventionen sollten bitte umgesetzt werden.

Nichtsdestotrotz begrüßen wir es sehr, dass auch Sie mehr Bürgerbeteiligung anstreben und dass Sie Ihre Entscheidungsfindung transparenter machen wollen. Bei diesen Punkten können Sie definitiv auf unsere größte Unterstützung bauen. Politik muss sich heute erklären. Politiker haben die Bringschuld, die Bürger aktiv in die Meinungsbildung einzubeziehen. Es bringt nichts, wenn wir hier Politik hinter verschlossenen Türen machen und irgendwann ein Ergebnis nach draußen dringt. Das funktioniert heute einfach nicht mehr. Wir haben eine viel mündigere Gesellschaft, eine Gesellschaft, die viel mehr mitdiskutiert als das früher der Fall war. Die Gesellschaft möchte aber auch abgeholt werden, sie möchte die Themen herangetragen bekommen und das müssen wir tun, gerade - aber nicht nur - bei großen Infrastrukturprojekten. Dort tritt das immer am deutlichsten zutage, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Dann gibt es eine Diskussion und man fragt sich, kann man überhaupt noch große Infrastrukturprojekte machen? Natürlich kann man das, aber man muss die Leute dann auch mitnehmen. Wenn wir die Karten offen auf den Tisch legen und mit allen Beteiligten ergebnisoffen diskutieren, dann kann am Ende auch eine Abstimmung stehen, vor

der sich die politischen Akteure nicht fürchten müssen.

Noch ein Wort zur effizienteren Verwaltung. Hier sehen Sie große Einsparpotenziale und ich glaube, das ist weitestgehend Konsens. Aber bitte lassen Sie auch die Betroffenen zu Wort kommen. Personalvertretungen und Gewerkschaften mit einzubeziehen ist gut, aber es ist bei Weitem nicht ausreichend. Wir müssen in der Breite mit den Beteiligten Lösungen finden. Wir müssen auch die Möglichkeiten nutzen, die die Menschen haben, die die Arbeit machen. Denn die wissen, wie die Arbeit zu tun ist und sie wissen auch, wie sie effizienter zu tun ist. Das heißt, wir müssen darüber ins Gespräch kommen und sollten nicht auf zu enge Schnittstellen gehen. Entscheiden wir nicht über die Köpfe der Leute hinweg, sondern entscheiden wir mit den Leuten. Bitte beachten Sie auch, dass Transparenz und Bürgerbeteiligung nicht das neue Opium fürs Volk sind. Es sind Werkzeuge, die wir dringend benötigen, um die Herausforderungen der Zukunft und die Krisen, die vor unserer Tür stehen, zu meistern. Wenn wir uns alle sehr anstrengen, können wir die Veränderungen in diesem Land in Kooperation mit seinen Einwohnern gestalten.

Sie haben jetzt eine breite und bequeme Mehrheit im Landtag und dabei - so scheint es - gibt es kaum Dissens in der Koalition. Sie zeigen Anzeichen, mehr mit dem Bürger als über ihn regieren zu wollen, und über 65 Prozent der saarländischen Wählerinnen und Wähler haben dieser Regierung in einer Momentaufnahme vor fast zwei Monaten ihr Vertrauen geschenkt. Sie haben damit die Exekutive und die Legislative mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet. Die Bürger dieses Landes haben Ihnen damit großes Vertrauen geschenkt und sie erwarten jetzt auch einen großen Wurf, um dieses Land voranzubringen. Leider lehrt uns die Erfahrung aber auch, dass wir dies von großen Koalitionen im Allgemeinen nicht erwarten dürfen. Sie konnten sich ja nicht einmal zu einem richtigen Ja zum Mindestlohn durchringen - Herr Kollege Lafontaine hat das ja schon deutlich ausgeführt -, obwohl das, wie Sie ausgeführt haben, Kollege Meiser, eigentlich Konsens ist.

Erwarten uns also jetzt fünf Jahre langweilige und ideenlose Politik mit einem minimalen Kompromiss? Ich glaube, wir können uns das nicht leisten und ich möchte daher an Sie appellieren, ein bisschen mutiger zu sein in dieser Richtung. Vor allem in einem Punkt sehe ich einen schweren Mangel sowohl im Koalitionsvertrag als auch jetzt in der Regierungserklärung. Es fehlt tatsächlich an einer Vision, wie die Zukunft denn in diesem Land aussehen soll. Sie erklären, wie Sie den Mangel bewirtschaften wollen und wie man versucht, es nicht schlimmer werden zu lassen. Aber worauf sollen wir Saarländer denn

**(Abg. Hilberer (PIRATEN))**

hinarbeiten? Lediglich die Eigenständigkeit des Saarlandes zu erhalten, ist ja an sich kein Selbstzweck. Wir wollen uns davon etwas versprechen. Wieso sollen wir hart arbeiten, um in diesem Saarland zu leben, das wir erhalten wollen? Das Ziel muss ein besseres Saarland sein, das Ziel muss ein lebenswerteres Saarland sein und es muss auch ein gerechteres Saarland sein. Wir wollen, dass alle Bürger die Möglichkeit haben, gleichberechtigt teilzuhaben am gesellschaftlichen Leben hier im Saarland.

In der Bildung sehen wir die richtigen Weichen teilweise gestellt. Die Wissensgesellschaft von heute braucht den mündigen, gut gebildeten Bürger und sie braucht den informierten Bürger. Es freut mich deshalb auch von Herzen, dass die CDU endlich Abstand vom Irrsinn der Studiengebühren nimmt. Das war mir ein sehr wichtiges politisches Anliegen. Das gefällt mir sehr gut. Konservative sind lernfähig. Das ist ein gutes Zeichen. Wie einige von Ihnen wissen, war ich früher selbst in der Jungen Union und kann daher sagen, ich bin ein lebendes Beispiel dafür, dass man auch als Konservativer über sein Weltbild hinauswachsen kann.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Wenn wir es jetzt noch schaffen, angesichts steigender Studentenzahlen die Finanzierung der Hochschulen zu sichern, dann haben wir wenigstens ein Schäfchen im Trockenen. Nein, ich verlange jetzt nicht von Ihnen, dass Sie unser Weltbild annehmen, aber wir können bestimmt zu einem Konsens kommen. Da bin ich mir ziemlich sicher.

Ein Problem, das ich noch sehe, ist diese Fixierung auf die Erwerbsarbeit. Wir sehen, dass durch die technologische Entwicklung weniger Lohnarbeit zur Verfügung steht. Vor allem bei sozialversicherungspflichtigen Jobs haben wir seit Jahren die Tendenz, dass wir immer weniger davon haben. Es gibt aber verschiedene Möglichkeiten, die Menschen trotzdem in Beschäftigung zu bringen. In den letzten Jahren wurde da einiges ausprobiert und vonseiten der SPD auf Bundesebene einiges mit der Agenda 2010 auf den Weg gebracht, aber vieles davon funktioniert nicht so, wie man sich das vorgestellt hat. Vieles davon führt tatsächlich dazu, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefördert werden. Und es führt dazu, dass Druck ausgeübt wird auf die Arbeitnehmer, die in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sind. Ich denke, wir müssen uns langsam eingestehen, dass die Zeit der Vollbeschäftigung vorbei ist, und neue Modelle entwickeln. Wir müssen die gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von der Erwerbsarbeit ermöglichen. Wir bauen aktuell im Sozialsystem eine ungeheuerer Hypothek auf. Diese prekären aufgestockten Beschäftigungsverhältnisse werden uns auf die Füße fallen, denn diese Leute zahlen nicht in die Sozialkassen

ein. Die Zeit, in der wir diese Hypothek abbezahlen müssen, ist wahrscheinlich gar nicht mehr so fern. Diese Probleme lassen sich natürlich nicht allein hier im Saarland lösen; das ist klar.

Wir müssen das Saarland fit machen für diese Veränderungen, die sich bereits abzeichnen, für eine Zukunft in einer komplett veränderten Gesellschaft. Ziel muss es sein, eine mobile und durchlässige Gesellschaft zu erreichen. Die Lebensrealitäten vieler Mitbürger sind bereits heute durch gebrochene Lebensläufe gekennzeichnet. Das heißt, es ist gar nicht mehr normal, dass man jahrelang beim selben Arbeitgeber ist. Es gibt immer wieder Phasen dazwischen, wo gar nicht gearbeitet wird, wo man vielleicht nur ehrenamtliche Tätigkeiten ausübt und auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen ist. Die moderne Gesellschaft fordert deshalb von ihren Bürgern Anpassungsfähigkeit und Mobilität. Dafür muss die Gesellschaft aber auch ein Netz aufspannen, um trotz ständiger Veränderungen eine vernünftige Lebensplanung zu ermöglichen. Und das sehe ich momentan in der Verwaltung des Mangels nicht gegeben. Wir müssen die produktiven Kräfte freisetzen, die wir so dringend benötigen. Die Innovation, die wir so gerne möchten und die uns voranbringt, braucht einen vernünftigen Rahmen. Im Saarland hätten wir theoretisch die Möglichkeit, ein Land der kurzen Wege zu machen. Im Saarland haben wir die Chance, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die produktiven Kräfte entfalten können. Wir sind hier tatsächlich im Herzen Europas. Wir haben eine starke Hochschul- und Forschungslandschaft. Wenn wir es schaffen, offene Schnittstellen anzubieten und den Menschen die Möglichkeit geben, all dies zu nutzen, dann kann das Saarland vielleicht wirklich ein Vorreiterland werden für die Wissensgesellschaft, die vor der Tür steht. Ich bitte Sie daher herzlich, diese Chancen zu nutzen und gestalterisch tätig zu werden. Wie Sie vielleicht wissen, sind wir PIRATEN dafür, dass gute Ideen kopiert werden. Gerade in einer innovativen Gesellschaft leistet Kopieren und ständiges Verbessern einen aktiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft. Falls Ihnen also Teile unserer Vision gefallen, fühlen Sie sich bitte frei, diese zu kopieren und zu nutzen. - Vielen Dank!

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Pauluhn.

**Abg. Pauluhn (SPD):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Wir alle wussten mit dem Ausgang der Landtagswahl vor knapp zwei Monaten, dass dieses Par-

(Abg. Pauluhn (SPD))

lament anders aussehen würde als zuvor. In allen Zeitungen war davon die Rede: Die PIRATEN ziehen ein und nach der Regierungsbildung wird eine Große Koalition die Regierung stellen.

Ich erlebe aber heute in diesem Haus auch eine andere Debatte, verglichen mit den Debatten bei Regierungserklärungen in den Vorjahren.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Das stimmt.)

Ich habe mir vorhin die Frage gestellt: Warum ist Kollege Lafontaine so getrieben? Dieser Parforceritt von der Kulturpolitik bis zur Makroökonomie in einer Schnelligkeit, die eine Wahrnehmbarkeit kaum ermöglicht hat, hat mich gewundert. Ich fragte mich: Wohin will er? Ist er noch da? Ist er schon weg?

Und dann eben gerade das Gegenteil: die PIRATEN, in sachlicher Ruhe und mit der Aussage: „Wir müssen auch noch üben“. Das unterscheidet uns, Kollege Hilberer, übrigens ganz explizit: Wir haben keine Zeit mehr zum Üben, wir müssen jetzt arbeiten, wir müssen die Probleme dieses Landes angehen. Es bleibt uns keine Zeit mehr zum Üben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Ministerpräsidentin hat gleich zu Beginn ihrer Regierungserklärung völlig zu Recht darauf hingewiesen, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen die Große Koalition aus CDU und SPD, die nun, nach der Wahl am 25.03., vor wenigen Tagen ihre Arbeit aufgenommen hat, sich der Kärneraufgabe der heutigen wie der zukünftigen saarländischen Politik stellen muss. Das ist eine Kärneraufgabe dieser Regierung, der sie tragenden Parteien und dieses gesamten Parlamentes, wie sie größer nicht sein kann. Ja, es geht um nicht weniger als um den Erhalt der Eigenständigkeit dieses Bundeslandes!

Es geht um die Frage der Eigenständigkeit nicht etwa deshalb, weil sie von der Politik zum Thema hochstilisiert würde. Nein, es geht um diese Frage, weil sich unser Land in einer existenziellen Schuldenkrise befindet, die seine Eigenständigkeit infrage stellt. Es geht auch um diese Frage, weil andere Bundesländer und der Bund nicht auf Dauer dafür aufkommen wollen und können, die durch politische Weichenstellungen der Vergangenheit sowie auch als Folge anderer Einflüsse auf die Finanzkraft unseres Landes angehäuften Schulden und Haushaltsdefizite zu begleichen. Unser vordringlichstes Ziel muss sein, durch Rückführung der Haushaltsdefizite die Last der Sanierung nicht allein auf die Schultern zukünftiger Generationen zu verlagern. Das Projekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, beginnt heute!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es führt kein Weg daran vorbei: Bei mittlerweile mehr als 12 Milliarden Euro an Schulden muss mit

dem Sparen unmittelbar begonnen werden. Wir tun dies sicherlich nicht, weil wir daran Freude hätten. Ganz im Gegenteil: Geld auszugeben, das ist leichter als Geld zu sparen. Wir tun dies, weil unser Bundesland ohne Frage seine Daseinsberechtigung in der föderalen Struktur unserer Republik hat, als das älteste unter den „neuen Bundesländern“ diese Daseinsberechtigung aber auch immer wieder aufs Neue beweisen muss.

Bei dieser Rettungsaktion geht es nicht darum, dass auch in Zukunft in diesem Haus 51 erhitzte Gemüter miteinander debattieren können. Nein, es geht darum, dass die saarländischen Interessen, die Interessen der Menschen, die uns in dieses Haus entsandt haben, doch von keinem anderen besser vertreten werden können als von Saarländerinnen und Saarländern selbst. Wer wollte das bezweifeln?

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es geht beispielsweise auch darum, dass die Rahmenbedingungen zur Sicherung der Industriearbeitsplätze an der Saar doch wohl von niemandem besser gestaltet werden können als von den Saarländerinnen und Saarländern selbst. Es geht darum, dieses so schöne Land, dieses Land mit so vielen Kompetenzen eigenverantwortlich, und nicht von außen bestimmt, in eine gute Zukunft zu führen. Denken Sie dabei an unsere Geschichte, an das Hin und Her zwischen Frankreich und Deutschland, an die daraus gewachsene tiefe Freundschaft zwischen den beiden Ländern, an die Selbstverständlichkeit, mit der die Saarländerinnen und Saarländer auch im tagtäglichen Handeln „über die Grenze denken“, an unsere Lage mitten im Herzen Europas. Wir wollen all dies in die föderale Struktur einbringen, damit das Ganze, die Republik, davon profitiert. Wir wollen nicht auf Dauer und für immer nur nehmen, wir wollen auch geben. Das ist der Anspruch dieser Koalition, einer Koalition in die Zukunft gerichteter grundsätzlicher Politik.

Und es geht darum, durch ein verantwortbares und an der Lösung von Problemen orientiertes politisches Handeln den Glauben der Saarländerinnen und Saarländer an die Zukunftsfähigkeit ihres Heimatbundeslandes zu stärken, im ein oder anderen Fall den Saarländerinnen und Saarländern diesen Glauben auch wieder zurückzugeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist völlig normal und liegt in der Natur der Sache, dass sich sowohl die CDU als auch meine Partei, die SPD, andere Konstellationen im Regierungshandeln wünschen. Primär wünscht man sich wohl am ehesten eine Alleinregierung.

(Amüsierte Zurufe von der LINKEN.)

Aber in Zeiten, in denen das Parteienspektrum auseinanderdriftet, ist dies wohl nur ein hehrer Wunsch.

**(Abg. Pauluhn (SPD))**

Die SPD ist in diese Verantwortung gegangen, gewiss, weil es der Wählerwille war, aber vor allem auch, weil wir als Volkspartei, als saarländische SPD, unseren Beitrag dazu leisten wollen - und ihn leisten werden -, dass durch gemeinsames Handeln mit unseren Partnern von der CDU Probleme gelöst werden, nicht aber neue entstehen. Probleme lösen, keinen neuen Probleme entstehen lassen - das ist unser Anspruch.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In den zurückliegenden beiden Jahren hatte man beim ein oder anderen Akteur nicht immer den Eindruck, dass dies die oberste Maxime war. Die Große Koalition muss daher Vertrauen in die Politik, das in dieser Zeit verloren ging, zurückgewinnen. Sie muss Vertrauen nicht nur in der saarländischen Bevölkerung zurückgewinnen, sondern weit über das Saarland hinaus, bei unseren Nachbarn, aber auch in Berlin. Wenn dies gelingt, und es kann gelingen, wird die saarländische Politik auch gute Chancen haben, im Wettstreit der Bundesländer um einen neuen Finanzausgleich und in der Auseinandersetzung der Bundesländer mit dem Bund betreffend die zukünftige Gestaltung der Steuerpolitik sowie die Frage der Altschuldentilgung zu bestehen und damit die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Wir kehren zuerst vor der eigenen Haustür und werden uns anschließend auf den Weg machen, gemeinsam mit Verbündeten die Zukunft der Menschen in unserem Bundesland positiv gestaltend in die Hand zu nehmen.

Ich möchte die Sätze aus der Regierungserklärung unterstreichen, die hier heute Morgen vorgetragen wurden. Diese Sätze sind zutreffend. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich; die Ministerpräsidentin sagte: Es „(...) entspricht einer guten Tradition in unserem Land, (...) im Angesicht großer Herausforderungen Gegensätze [zu] überwinden und in Gemeinsamkeit Verantwortung [zu] tragen (...). Es ist nun das Gebot der Stunde, diese gemeinsame Verantwortung auch wahrzunehmen.“ SPD und CDU wollen dies tun.

Gerechtes, vernünftiges Sparen ist für das Saarland als Haushaltsnotlageland leider unumgänglich. Dies wird einerseits auch zwingend Auswirkungen auf den Personalbestand im öffentlichen Dienst haben. Der demografische Wandel, sinkende Fallzahlen und die Optimierung der Landesverwaltung machen einen Stellenabbau andererseits aber auch möglich. Wir gehen davon aus, dass die abschließende Benennung einer Zielgröße zum notwendigen und möglichen Stellenabbau erst nach Abschluss einer Benchmark-Analyse möglich sein wird. Als vorläufige Zielgröße wird rechnerisch ein Abbau von mindestens zehn Prozent der Stellen bis 2020 anzustreben sein.

So zwingend notwendig wie der Personalabbau als solcher ist für dessen Organisation aber ein Konzept, das wir gemeinsam in Gesprächen mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen entwickeln wollen. Nur gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen können wir hier verantwortlich auch im Sinne der Beschäftigten handeln. Ich nehme dies sehr ernst!

Das Beispiel der Polizeireform hat gezeigt, dass ein solches Vorgehen, bei Wahrung der Interessen der Beschäftigten gleichzeitig die Aufgabenwahrnehmung auf hohem Niveau zu garantieren und den Landeshaushalt deutlich zu entlasten, möglich ist. Klar ist aber, dass wir weiterhin qualifizierte Bewerber für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst gewinnen wollen und müssen. Dafür brauchen wir attraktive Gehaltsstrukturen sowie ausreichende Entwicklungs- und Beförderungsoptionen im Landesdienst. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen wollen wir Verantwortung dafür übernehmen, dass sich die Rahmenbedingungen für öffentlich Bedienstete im Saarland keinesfalls schlechter entwickeln als das durchschnittliche Niveau der übrigen Bundesländer und des Bundes. Die Maßgabe ist: Nicht nur nehmen, sondern gemeinsam gestalten - mit Verdi, den anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und den Personalvertretungen zusammen. Lassen Sie uns diese Aufgabe gemeinsam angehen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich bin froh, dass die große Familie der Gewerkschaften sich im Prozess der Sicherung von Zukunftsfähigkeit konstruktiv einbringt. Sozial- und arbeitsmarktpolitische Hoffnungen setzt der DGB Saar beispielsweise in den angekündigten Aktionsplan zur Eindämmung von Armut und die Schlussfolgerungen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht, der im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Dazu gehören die teilweise verbesserten Freistellungsmöglichkeiten beim Saarländischen Bildungsfreistellungsgesetz. Ein besonderes Augenmerk will die Gewerkschaftsfamilie darauf richten, dass das angekündigte Projekt eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose realisiert wird. Wir wollen das gemeinsam tun.

Wir wollen unser Ziel aber nicht allein durch das Nutzen zukunftssichernder Sparpotenziale erreichen, sondern auch durch eine gute Bildungspolitik. Jedes Jahr soll es fünf neue Ganztagschulen geben und dabei kleinere Klassen. Das sind zwei unserer gemeinsamen Projekte. Der Bildungsbereich wird der Bereich im Haushalt sein, der auch in Zukunft kontinuierlich anwachsen wird. Die Zukunft dieses Landes liegt in den Köpfen unserer Kinder - dieser in Wahlkampfzeiten so oft zitierte Satz bleibt Leitlinie unseres politischen Tuns.



(Abg. Pauluhn (SPD))

Wir wollen unsere Ziele auch in einer länderübergreifenden Hochschulkooperation erreichen. Das Saarland ist mit seinen Hochschulen bereits jetzt gut aufgestellt. Unsere zentrale Lage im Herzen Europas und somit inmitten unserer Großregion SaarLorLux ermöglicht uns nicht nur, sondern verpflichtet uns geradezu, internationale und interregionale Kooperationen zu intensivieren. Davon profitieren nicht nur Forschung und Lehre, sondern durch einen entsprechenden Technologietransfer auch direkt die saarländische Wirtschaft. Erfolgreiche Ansätze werden hier bereits mit der Universität der Großregion geschaffen. Darüber hinaus werden wir jetzt die Kooperationen innerhalb der Großregion weiter verstärken.

Wir müssen wirtschaftliche Potenziale der Großregion nutzen. Das Saarland kann aufgrund seiner Lage im Herzen der Großregion SaarLorLux wirtschaftlich stark profitieren. Daher wird sich die Große Koalition für eine deutliche Stärkung der Großregion einsetzen. Dabei werden wir in Gesprächen mit unseren Partnern aus Rheinland-Pfalz, Lothringen, Wallonien und Luxemburg nicht nur besprechen, welche Möglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen bestehen, sondern wir werden im Anschluss auch konkrete Maßnahmen einleiten. Interregionale Zusammenarbeit darf keine Worthülse sein, wir müssen sie vielmehr mit Leben füllen. Davon profitieren alle Partner, vor allem aber auch die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Region.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Daneben wird es die vorrangige Aufgabe der Politik sein, die politisch-regulatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmen in die Lage zu versetzen, in Zukunft zu investieren. Mit meiner immer noch starken emotionalen Verbundenheit aufgrund meiner zwanzigjährigen beruflichen Tätigkeit im Bereich der Telekommunikation erlauben Sie mir, auch hier auf einige Punkte hinzuweisen. Der Aufbau der Zugangsnetze der nächsten Generation - NGA - lässt sich nur in einem engen Schulterschluss von Politik und Wirtschaft bewältigen. Dies ist aber eine Zukunftsaufgabe, die mittelfristig über die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen mit entscheiden wird. Wir wollen dabei sein, ja wir müssen dabei sein, wenn Zukunft gestaltet werden soll! Das Saarland muss und wird sich die flächendeckende Grundversorgung sowie den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen mit zukunftsweisender Qualitätsentwicklung als Ziel setzen müssen, sonst koppel wir uns ab von einer Entwicklung, die immer stärker über Ansiedlung und Verbleib von Industrie und Mittelstand entscheidet. Infrastrukturpolitik ist Standortpolitik! Unser Ziel ist es, die technologische Infrastruktur dafür zu schaffen, dass das Saarland auch auf diesem Feld attraktive Angebote für Wirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltung

vorhalten kann. Das ist Zukunftssicherung im Wirkbetrieb! Wir wollen uns daranmachen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Bereich der Familienpolitik. Wir haben gemeinsam die Einrichtung der Servicestelle für Familien im Koalitionsvertrag fixiert. Mittlerweile gibt es rund 300 verschiedene Fördermöglichkeiten für Familien - da kann man zugegebenermaßen schon einmal den Überblick verlieren, wenn man nicht gerade ein Sozialexperte ist. Was bedeutet das eigentlich für saarländische Familien, gerade für die sozial Schwächeren? Es ist doch ganz klar: Viele Menschen nehmen die für sie möglichen Unterstützungsleistungen gar nicht in Anspruch. Sie wissen oftmals gar nicht, dass es entsprechende Leistungen überhaupt gibt oder sie einen Anspruch darauf hätten. Hier wird die Große Koalition Abhilfe schaffen! Wir werden den Familienratgeber aktualisieren und dabei explizit auf die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten für Familien hinweisen. Aber noch wichtiger: Gemeinsam mit den Landkreisen, dem Regionalverband, den Städten und Gemeinden werden wir eine Servicestelle für Familien einrichten. Hier werden Familien eine umfassende Beratung erhalten. Vor allem Kinder aus sozial schwachen Familien werden so eine deutlich bessere Unterstützung erhalten können als bisher. Das ist doch auch ein Wert an sich!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu den Vorhaben im Bereich der Volksgesetzgebung ist ja schon einiges gesagt worden. Ich will es nicht wiederholen, ich will nur darauf hinweisen, dass das wichtig ist, dass wir in diesem Zusammenhang auch mehr Teilhabe wollen über E-Demokratie - das wollen wir fördern und umsetzen. Man muss nicht unbedingt ein Pirat sein, um mit Kraft hinter einer solchen Idee zu stehen.

Ich möchte einige Sätze zu dem Solidarpakt sagen. Auch da sind ja die Rahmenbedingungen genannt worden. Wir wollen ihn in der Großen Koalition gemeinsam mit den Kommunen machen. Wir wollen der kommunalen Familie die Hand reichen und bieten ihr diesen Solidarpakt an als zukunftsorientiertes Modell. Ich verstehe den Wunsch der kommunalen Seite nach einer besseren Ausstattung dieses Fonds sehr gut. Gerne würden wir auch vonseiten des Landes noch mehr Geld geben. Aber es ist ja in der Tat so, wie der Saarländische Städte- und Gemeindetag in seiner Presseerklärung festgestellt hat. Er sagt: Die knappe Bestückung des Fonds ist letztlich der eigenen Finanznot des Landes geschuldet. Der Beitrag des Landes stellt die Ausschöpfung des Haushalts bis zur maximalen Grenze dar. Zur Umsetzung hoffen wir jetzt auf konstruktive Gespräche. - Ja, konstruktive Gespräche, das will ich unterstreichen, und dann kann daraus auch etwas erwachsen.

(Abg. Pauluhn (SPD))

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Lassen Sie mich zusammenfassen. Bei der heutigen Debatte - genau wie in den letzten Tagen seit Veröffentlichung des Koalitionsvertrages der Großen Koalition - wird deutlich, dass an der Aufgabe, dieses Land in eine gute und für nächste Generationen lebens- und liebenswürdige Zukunft zu führen, viele konstruktiv mitwirken. Das geht weit über den Kreis der Koalitionäre hinaus. Die Menschen erwarten von der Politik, dass sie die Probleme, die sich stellen, endlich angeht, dass Lasten gleich und gerecht verteilt werden und dass man auch in der Politik bereit ist zu verzichten. Einer der ersten Beschlüsse im Erweiterten Präsidium dieses Hauses betraf die Reduzierung der Fraktionsfinanzierung. Eines der ersten Gesetzesvorhaben wird sein, die Versorgung der Minister und Staatssekretäre zu überprüfen und auf das Niveau des Bundesdurchschnitts abzusenken. Wir haben bereits die kleinste Regierung in einem Bundesland.

Rund 66 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben vor sieben Wochen, am 25. März 2012, mit ihrer Wahlentscheidung ihre Stimme zwei Parteien gegeben, die bereits vor der Wahl gesagt haben, was sie nach der Wahl tun wollen.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Die Koalition ist aber Wagemut!)

Frau Spaniol, erscheint das so außergewöhnlich?

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das ist eine abenteuerliche Konstellation, Herr Kollege!)

War das verwerflich, wie uns manche - und auch Sie mit Ihrem Zwischenruf gerade eben - glauben machen wollen?

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Es ist nicht auszuhalten!)

Muss nicht gerade dies wieder zur Regel in der Politik werden und nicht zur Ausnahme: Vor der Wahl sagen, was man nach der Wahl tun will? Das ist unser Anspruch.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zurufe der Abgeordneten Spaniol (DIE LINKE) und Enschede (DIE LINKE).)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen diese Aufgabe an und setzen sie um.

(Andauerndes Sprechen und Unruhe bei der LINKEN.)

Ich verstehe die Unruhe auf der von mir aus gesehen linken Seite nicht. Ist das so außergewöhnlich, das zu tun, was man vorher gesagt hat? Ich verstehe überhaupt nicht, dass man dabei so nervös werden kann!

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Mindestlohn, Leiharbeit!)

Wir ducken uns nicht weg vor den Herausforderungen dieser Zeit. Wir bleiben stehen und arbeiten, vielleicht nicht immer laut, aber aufrecht und beständig.

(Oh-Rufe bei der LINKEN. - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Ich sage nur: Mindestlohn!)

Wir wissen, wo unsere Wurzeln sind und wo unser Weg hingehen soll. Wir sind weder auf der Suche, noch sind wir auf der Flucht. Wir sehen unsere Aufgabe im Hier und Jetzt, denn dieses Land hat eine gute Zukunft, wir wollen sie gemeinsam gestalten. Glück auf! - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zentrale Aussage der Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer war: Die Eigenständigkeit des Landes muss gesichert werden. Ich glaube, das ist eine Formel, auf die wir uns alle hier in diesem Hause problemlos einigen können; Oskar Lafontaine und Kollege Hilberer haben es bereits gesagt. Dieser Satz ist nicht besonders neu. Ich bin seit den Neunzigerjahren Mitglied in diesem Haus, und alle Ministerpräsidenten, die ich erlebt habe - es waren schon ein paar, angefangen mit Oskar Lafontaine -, haben immer wieder diesen Satz in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Er muss auch dort stehen, denn es ist eine zentrale Aussage. Es ist aber keine neue Aussage, keine neue Erkenntnis. Wenn man diese Aussage zum Projekt für seine Koalition erhebt - wie ich Kollege Pauluhn eben verstanden habe, hat diese Koalition auch ein Projekt -, dann ist das schon eine etwas altbackene Grundlage, es ist keine neue Grundlage.

Das Hauptproblem, das wir vor dem Hintergrund dieser Debatte um die Eigenständigkeit des Landes haben, ist das Problem der Verschuldung. Diese Verschuldung - das kennen wir noch aus unserer Regierungszeit der letzten zweieinhalb Jahre - ist für jede Regierung in diesem Land ein großes Problem, weil sie bedeutet, dass man in seinem politischen Handeln bestimmte Schwerpunkte setzen muss, dass man den Menschen im Land sagen muss, wo gespart und investiert wird. Allerdings muss man gerade vor dem Hintergrund der Großen Koalition die Frage stellen dürfen, warum wir denn heute eine so große Verschuldung in diesem Land haben. Ich

glaube, die haben wir, weil die beiden Parteien, die heute die Koalition bilden, wechselweise diese Schulden in den Achtziger- und Neunzigerjahren in diesem Land aufgebaut haben.

(Beifall von B 90/GRÜNE und dem Abgeordneten Hilberer (PIRATEN).)

Die Große Koalition oder besser gesagt die heutigen Exponenten, Frau Kramp-Karrenbauer und Herr Maas, dürfen genau die Suppe auslöffeln, die sie nicht in Person, aber die ihre eigenen Parteien ihnen in den letzten 20, 25 Jahren eingebrockt haben. Natürlich ist es so, dass auf dieser Großen Koalition eine große Verantwortung lastet. Ich glaube, viele Menschen haben bei ihrer Wahlentscheidung auch den beiden großen Volksparteien im Saarland diese Verantwortung überantwortet. Sie müssen damit aber entsprechend umgehen. Ich hoffe, zumindest für uns GRÜNE, dass Ihnen das auch gelingt im Sinne des Landes.

Weder im Koalitionsvertrag noch in Ihrer Regierungserklärung, die Sie gerade abgegeben haben, Frau Ministerpräsidentin, ist jedoch ein wirklicher Ansatz erkennbar, wie Sie die Eigenständigkeit des Landes sichern wollen, wie wir aus der Krise herauskommen sollen. Die Hauptthese, die ich wahrgenommen habe, ist die: Wir wollen bis zum Jahre 2020 im Landeshaushalt 2.400 Stellen streichen. Keiner erfährt allerdings, wo genau das geschehen soll, man kann es nur vermuten. Dann wurde in den letzten Wochen als Neuerung gesagt, nur jede dritte Stelle soll neu besetzt werden. Aber genau das - das muss man hier noch mal erwähnen - ist bereits unter der Jamaika-Landesregierung so umgesetzt worden. Auch wir haben die Schuldenbremse eingehalten in diesem Land, auch wir haben nur jede dritte Stelle neu besetzt. Deshalb frage ich mich, wo ist daran das Neue, was uns einen Schritt nach vorne bringen soll?

Wir haben allerdings die Befürchtung, dass es einen massiven Stellenabbau geben wird im für die Zukunft des Landes so wichtigen Bildungsbereich. Das ist im Koalitionsvertrag, aber auch hier in Ihrer Regierungserklärung bereits deutlich geworden. Denn niemand kann mir erklären, wie man so viele Stellen in diesem Land abbauen will, ohne ganz elementar an den Bereich der Lehrerinnen und Lehrer heranzugehen. Ich sage Ihnen, das ist genau der falsche Weg. In diesem Bereich darf zumindest in den nächsten Jahren in diesem Land nicht gespart werden, aber genau das werden Sie tun! Das ist genau das Gegenteil von dem, was insbesondere die Sozialdemokraten - allen voran der heutige Bildungsminister Commerçon - in ihren Oppositionszeiten immer wieder gefordert haben, im Übrigen zu Recht. Sie machen aber genau das Gegenteil. Herr Pauluhn, das ist das Gegenteil von eingehaltenen Wahlversprechen, was Sie eben so groß postuliert haben.

(Beifall bei den Oppositionsfraktionen.)

Mir ist ein Begriff aufgefallen, der mal wirklich neu ist. Sie reden nämlich mittlerweile nicht mehr von der demografischen Rendite, die wir ja in die politi-

**(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))**

werden, um das weiter zu tun. Das war die erste Auswirkung Ihrer Art von Bildungspolitik.

(Beifall von B 90/GRÜNE und den PIRATEN.)

Natürlich sagen Sie, es bleibt bei dem Ziel, dass 30 Prozent der Ausgaben im saarländischen Landeshaushalt Bildungsausgaben sein sollen, also die Bildungsquote soll nach wie vor bei 30 Prozent liegen. Allerdings gibt es auch hier einen erkennbaren und sehr bedeutenden Unterschied zu dem, was wir in der Jamaika-Koalition darunter verstanden haben. Sie weiten nämlich den Bildungsbegriff einfach enorm aus, Sie setzen den Rahmen weiter, was natürlich in der Folge bedeutet, dass auch hier ganz klar in den nächsten Jahren erkennbar sein wird: Bildung im Saarland wird unter dieser Großen Koalition zurückgefahren.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Es kommt noch dazu, dass Ihre 30 Prozent Bildungsquote nicht im Jahre 2014 erreicht werden sollen, wie wir das im Koalitionsvertrag mit den Christdemokraten noch festgeschrieben hatten, nein, diese abgespeckten 30 Prozent werden erst 2017 erreicht. Das heißt, noch einmal mehr wird im Bildungsbereich eine Menge Geld gespart. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein klar erkennbarer Bildungsabbau unter der Großen Koalition von Annegret Kramp-Karrenbauer und Heiko Maas in diesem Lande.

(Beifall von B 90/GRÜNE und den PIRATEN.)

Als Vergleich: Unter Klaus Kessler stiegen in nur zweieinhalb Jahren die Bildungsausgaben von 24 auf 26,3 Prozent. Das sind jetzt nicht irgendwelche grün zusammengerechneten Zahlen, das sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus Wiesbaden. Das heißt, mit dieser Vorgehensweise, die Sie hier als Große Koalition an den Tag legen, ist in der Zukunft die Eigenständigkeit des Landes infrage gestellt, denn die Bildung ist ein wichtiger, ganz zentraler Punkt, um unser Land wirklich selbstständig zu halten.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Aber auch viele andere große Ankündigungen der Sozialdemokraten wurden nicht eingehalten. Insbesondere mit denen will ich mich jetzt auseinandersetzen, weil Sie immer zu unseren Regierungszeiten und auch jetzt im Wahlkampf ganz große Forderungen gestellt haben. Beispiel Klassenteiler.

(Zuruf des Abgeordneten Jost (SPD).)

Da wird einfach nur jetzt anders berechnet. Der von Ihnen angestrebte Klassenteiler wird gar nicht erreicht. Große Klassen bekommen in Zukunft einfach ein paar Lehrerstunden dazu. Das gab es im Prinzip bisher unter Klaus Kessler auch. Hier hat sich gar

nichts verändert. Sie machen also genau das weiter, was Klaus Kessler getan hat.

Gebundene Ganztagschulen. Auch das ist eben groß herausgestellt worden. Fünf Gebundene Ganztagschulen sollen in Zukunft pro Jahr hinzukommen. Da sage ich Ihnen, das ist gut, das ist richtig, aber das ist genau dasselbe, was in der alten Koalition vereinbart und auch umgesetzt wurde mit einem kleinen Unterschied. Aber der ist nicht ganz unwichtig. Sie reduzieren die Gebundenen Ganztagschulen nur noch auf die Grundschulen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Nein! - Weitere Zurufe aus den Regierungsfractionen.)

Das ist ein bildungspolitischer Rückschritt. Auch das muss man hier ganz deutlich sagen. Aber es gibt eine ganze Reihe von weiteren Projekten, bei denen Sie einfach - -

**Präsident Ley:**

Herr Kollege Ulrich, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klaus Meiser?

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Aber natürlich.

**Abg. Meiser (CDU) mit einer Zwischenfrage:**

Herr Kollege Ulrich, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Aussage falsch war, dass die Gebundenen Ganztagschulen auf den Grundschulbereich beschränkt werden? Es steht im Koalitionsvertrag ausdrücklich auch „Gemeinschaftsschule“.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Gut. Wir werden es sehen.

(Lachen bei den Regierungsfractionen.)

Wir werden es sehen und überprüfen, ob das in den nächsten Jahren so ist. Es ist gut, Herr Meiser, dass Sie darauf hingewiesen haben. Dann werden wir das auch in guter Erinnerung behalten und werden uns die Umsetzung an dieser Stelle ganz genau betrachten. Aber es gibt eine ganze Reihe weiterer Projekte, die einfach auslaufen. Das wichtige Projekt: „Fördern statt Sitzenbleiben“, eine alte sozialdemokratische Forderung, Herr Commerçon. Wo ist er denn? - Er sitzt jetzt wieder hier, eben habe ich ihn dort gesehen.

(Abg. Meiser (CDU): Er ist überall.)

Er ist überall, aber nirgends so richtig erkennbar. Das ist das Problem.

(Oh-Rufe aus den Regierungsfractionen. - Abg. Jost (SPD): Aber im Gegensatz zu Ihnen ist er zu gebrauchen!)

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Auch dieses Projekt fahren Sie zurück. Die Einrichtung weiterer bilingualer Grundschulen haben Sie nicht vor. Auch das sollte nicht unerwähnt bleiben. Die Stundentafel des G-8-Gymnasiums und die Lehrpläne werden nicht reformiert unter dieser Großen Koalition. Die Abschlussprüfungen der erweiterten Realschulen und der Gemeinschaftsschulen werden ebenfalls nicht reformiert. Das Pilotprojekt: „Inklusive Schule“ ist nicht weiter geplant und so weiter und so fort. Auch von der Gleichwertigkeit der Säulen, die von der Sozialdemokratie immer so hochgehalten wurde, ist nicht mehr die Rede. Gleichwertigkeit der Unterrichtsverpflichtung, gleiche Besoldung, alles das gibt es nicht mehr. Man muss es einmal sagen an dieser Stelle, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Und das immer wieder zu Recht von Ihnen thematisierte und debattierte Kooperationsverbot, vom Herrn Kollegen Commerçon, jetzt Minister Commerçon, immer wieder zu Recht ins Feld geführt, das spielt überhaupt keine große Rolle mehr in Ihrem Koalitionsvertrag. Dort steht einfach nur noch, es soll gelockert werden. Von Abschaffung, was Ihre eigentliche Forderung war, ist dort keine Rede mehr.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Dieser Bildungsbereich macht eigentlich klar, Herr Maas, Herr Commerçon, wie sehr Sie am Verhandlungstisch - es war ja wohl ein sehr großer Verhandlungstisch - von den Christdemokraten gerade im Bildungsbereich über den Tisch gezogen worden sind. Dieser Koalitionsvertrag ist der bildungspolitische Offenbarungseid der Sozialdemokratie im Saarland. Die Messlatte, die wir als GRÜNE, und Klaus Kessler als ehemaliger Bildungsminister, gelegt haben, liegt deutlich höher als das, was Sie hier real am umsetzen sind, und was Sie real vereinbart haben. Das gilt aber auch für andere Bereiche.

Mir ist in Ihrer Regierungserklärung aufgefallen, Frau Ministerpräsidentin, dass bei Ihnen anscheinend immer noch Beton vor Politik geht. Sie haben nämlich zuerst einmal darüber gesprochen, dass - was mich gewundert hat - die Eigenständigkeit des Saarlandes auch mit gesichert wird, indem wir bestimmte Straßenbauprojekte machen. Die Bildung kam erst viel weiter hinten. Vor allen Dingen frage ich mich, vor welchem Hintergrund wir bei unserem Straßennetz im Saarland in diesem Bereich noch so enorme Summen investieren wollen, sollen und können, wie das geplant ist.

Beispiel die Nordumfahrung Merzig, die ja beide Koalitionspartner im Wahlkampf aus wahltaktischen Gründen noch einmal zum großen Thema gemacht haben. Mittlerweile wird in Merzig, glaube ich, das Verkehrskonzept aus dem Hause Simone Peter umgesetzt, was jetzt dazu führt, dass der Stau in Merzig mittlerweile so gut wie erledigt ist, womit sich auch diese Umgehungsstraße eigentlich erledigt hat.

Aber Sie sagen immer noch, diese Straße muss gebaut werden, obwohl Sie ganz genau wissen, es gibt keine verkehrliche Begründung für diese Straße. Es gibt große ökologische Probleme, Zerstörung eines Waldgebietes und so weiter und so fort. Das muss man immer bei der ganzen Straßenbaudiskussion hier im Saarland mit in die Diskussion nehmen.

Damit bin ich auch beim nächsten Thema, der Demografie im Saarland. Woher nehmen wir denn in Zukunft bei zurückgehender Bevölkerung noch die Gelder, um all die neuen Straßen zu unterhalten, die Sie hier noch bauen wollen, anstatt das Geld vernünftigerweise in eine Verkehrsentwicklung zu stecken, die hin geht zu mehr öffentlichem Personennahverkehr, wie dies die letzten zweieinhalb Jahre in diesem Lande gemacht wurde? Es gibt also ein doppeltes Problem: die Demografie und damit die Finanzierung solcher Projekte auf der einen und die ökologische Problematik auf der anderen Seite. Aber all diese Überlegungen wurden dem Popanz des Wahlkampfes geopfert; dies wird offenkundig jetzt auch noch weitergeführt.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Ebenfalls wundere ich mich über die Aufteilung der Ministerien. Wir haben in den letzten Wochen vernommen, dass es jetzt einen neuen Superminister im Saarland gibt mit einem Superministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr. Ich frage mich, was denn an diesem Ministerium super ist. Wie ich es in Erinnerung habe, ist es im Grunde das alte Ministerium des Herrn Georgi, der hatte noch die Wissenschaft. Wenn man von einem Superministerium reden wollte, dann war es das ehemalige Haus von Simone Peter. Das war ein echtes Superministerium, in dem all die Kompetenzen zusammengefasst waren, die man brauchte, um das Land neu auszurichten sowohl im energiepolitischen wie auch im verkehrspolitischen Bereich.

Mich wundert es auch, Herr Maas, wenn Sie sagen, Sie wollten der Infrastrukturminister, der Zukunftsmi-  
nister sein. Die wichtigen Bereiche Wissenschaft und Technologietransfer haben Sie an die Staatskanzlei abgegeben. Gerade diese beiden Bereiche brauchen Sie jedoch in der Wirtschaftspolitik, um dort zu einer echten Weiterentwicklung zu kommen. Die Bündelung mancher Bereiche ist ja richtig, nur ist das Ebengenannte leider im falschen Haus angesiedelt. Hinzu kommt noch - das hat mich auch noch mal gewundert -, dass Sie auch noch die Landesplanung abgegeben haben. Wie entwickle ich denn zum Beispiel eine Energielandschaft ohne Landesplanung im eigenen Haus? Das wird zu großen Abstimmungsproblemen führen. Ich glaube, hier ist viel Sachpolitik und Sachorientierung einfach auf dem Koalitionstisch geopfert worden, weil man aufgeteilt hat nach dem Motto: Wir bekommen das, ihr bekommt das. Kluge Lösungen sehen anders aus.

**(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))**

(Beifall bei B 90/GRÜNE und vereinzelt bei der LINKEN.)

Das Umweltministerium wiederum ist komplett degradiert. Es ist heute nur noch ein reines Naturschutzministerium, wie es mal unter Stefan Mörsdorf der Fall war. Damals war der Umweltschutz ebenfalls nur eine Randerscheinung in diesem Lande. Genau in diese Richtung scheinen wir heute wieder zu gehen.

**Präsident Ley:**

Herr Kollege Ulrich, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Sie haben außer Ihrer eigenen inzwischen auch noch fast sechs Minuten Redezeit aufgebraucht, die Sie von den PIRATEN übertragen bekommen haben.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Dann beeile ich mich und komme zum Schluss meiner Rede. - Alles, was man bis jetzt von der Großen Koalition wahrnehmen kann, trägt nicht dazu bei, wirklich die Probleme anzupacken. Es gibt keine Vision. Wir als Jamaika-Koalition hatten auch ein Spardiktat, wir haben auch gespart. Aber wir hatten zwei erkennbare Ziele. Das war einmal der Umbau der Energielandschaft und das war der Schwerpunkt im Bildungsbereich. Solche Ziele sind in dieser Großen Koalition nicht zu erkennen. Ich hoffe, dass Sie in Ihrer Regierungszeit an diesen Stellen zumindest ein paar neue, moderne Ideen auf den Weg bringen, um in der Tat die Eigenständigkeit des Landes zu sichern. Wir als GRÜNE wollen Sie dabei als konstruktive Opposition unterstützen. Aber wir werden Sie scharf an all den Stellen kritisieren, wo Sie zu kritisieren sind. Ich glaube, das sind viele. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/GRÜNE und vereinzelt bei der LINKEN und den PIRATEN.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Regierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Heiko Maas.

**Minister Maas:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir jetzt die Reden aller Oppositionsfraktionen angehört, ich kenne das ja noch. Insofern kann ich es vielleicht auch ganz gut beurteilen. DIE LINKE-Fraktion ist der Auffassung, der größte Konstruktionsfehler bei der neuen Landesregierung bestehe darin, dass sie nicht an der Regierung beteiligt ist. Das ist zwar legitim, aber nicht unbedingt originell.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und teilweise Heiterkeit.)

Die PIRATEN schauen sich das jetzt alles erst einmal an. Dass sie dies konstruktiv und offen tun wollen, empfinde ich durchaus als sympathisch. Sie haben gewisse Erwartungen an die Adresse der Landesregierung geäußert. Ich will Ihnen sagen - das muss auch möglich sein -: Auch wir haben einige Erwartungen an Sie.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir würden uns gerne auch mit Ihnen und Ihren Positionen auseinandersetzen - dies genauso offen und konstruktiv. Dafür müssen wir wissen, was Sie wollen. Was Sie, Herr Hilberer, eben hier dargelegt haben, ist das Bild einer Gesellschaft, die ich sehr sympathisch finde. Es gibt wahrscheinlich niemanden, der dies nicht sympathisch finden würde. Aber hier im Parlament werden wir die Dinge sehr konkret entscheiden müssen. Den Mut, den Sie uns gewünscht haben, wünsche ich Ihnen ebenfalls, dass Sie nicht den einfachen Weg suchen, sondern dass Sie bei Ihren Entscheidungen auch unbequemen Sachverhalten nicht aus dem Weg gehen. Dann würden wir uns auch gerne mit Ihnen offen und konstruktiv auseinandersetzen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben erklärt, dass die beiden großen Volksparteien ohnehin an allem schuld seien, egal in welcher Konstellation, weil einer von uns in den letzten Jahrzehnten immer an der Regierung gewesen sei. Herr Ulrich, ein Kompliment muss ich Ihnen machen: Sie können völlig übergangslos, nahtlos, ohne mit der Wimper zu zucken von Regierung auf Opposition umschalten und dann auch noch das kritisieren, was Sie selbst als Regierungspartei vor einiger Zeit gemacht haben.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Regierungsfractionen. - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Bei dem Begriff der demografischen Rendite, den Sie hier problematisiert haben, würde ich Ihnen mal empfehlen, in sich zu gehen. Das ist genau der Begriff, den wir aus der Mittelfristigen Finanzplanung der Jamaika-Regierung übernommen haben und der als solcher auch dem Sanierungsrat genannt worden ist.

**Präsident Ley:**

Herr Kollege Maas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hubert Ulrich?

**Minister Maas:**

Selbstverständlich.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:**

Herr Kollege Maas, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht den Begriff „demografische Rendite“ kritisiert habe, sondern den neuen Begriff „echteografische Rendite“? Das ist nämlich etwas ganz anderes.

**Minister Maas:**

Dann nehme ich das zur Kenntnis und weise darauf hin, dass zwischen demografischer Rendite und echter demografischer Rendite überhaupt kein Unterschied besteht.

(Heiterkeit bei den Regierungsfractionen. - Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Den gibt es sehr wohl!)

Ansonsten habe ich hier gehört, in Sachfragen seien wir nicht konkret, sowohl die Regierungserklärung als auch der Koalitionsvertrag seien zu schwammig, wir hätten uns verrechnet und das Ganze sei insgesamt dürrtig. Ich kann Ihnen sagen: Das alles sind Attribute, die ich früher auch verwendet habe, aber immer dann, wenn mir sonst nichts mehr eingefallen ist.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Deshalb ist die Kritik an einer Regierungserklärung und an einem Koalitionsvertrag schon mal heftiger ausgefallen. Sie ist verhalten, und das spricht eher für den Koalitionsvertrag und auch für diese Regierung.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich habe in den letzten Wochen auch einiges über die neue Regierung und die Koalition gelesen. Insbesondere habe ich gelesen, dass sie wenig Überraschungsmomente bietet und nicht so unterhaltsam sei. Es mag sein, dass dies etwas mit der persönlichen Enttäuschung des einen oder anderen zu tun hat, der das geschrieben hat, auch darüber, dass die letzten Wochen so glatt gelaufen sind zwischen den Koalitionspartnern. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Das wird auch so bleiben! Es gab in den letzten drei Jahren in diesem Land auf der Regierungsseite genug Überraschungsmomente und Unterhaltungseffekte. Die neue Regierung steht für Innovation und Gerechtigkeit. Wir stehen auch für Vernunft und Realismus und wir werden beweisen, dass das keine unterschiedlichen Dinge sind, sondern dass das zusammengehört. Wir stehen für Substanz in dieser Regierung und nicht für Klamauk.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage ist, wie es mit unserem Land weitergehen wird, und damit ist auch verbunden die Frage, wie wir die Eigenständigkeit des Landes sichern können. Selbstverständlich müssen wir in der Regierung dafür sor-

gen, dass die finanzielle Basis hierfür gelegt wird. Aber, Herr Lafontaine, ich stimme Ihnen zu, das ist nicht alles. Es geht auch um Identität und es geht auch um die kulturelle Identität. Sie haben insbesondere die künstlerische Identität angesprochen. Ich will mehr die kulturell-historische Identität unseres Landes ansprechen, die auch dazu geführt hat, dass wir uns heute als Teil einer Großregion verstehen. Und ich will auch noch einmal auf unsere Beziehungen zu Frankreich verweisen.

Dieses Land hat eine ganz spezielle deutsch-französische Vergangenheit. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass gestern der neue französische Präsident François Hollande erklärt hat, dass der nächste Premierminister in Frankreich Jean-Marc Ayrault wird. Er ist nicht nur Deutschlehrer; er ist auch Bürgermeister der Partnerstadt von Saarbrücken, nämlich Nantes. Er ist ein Kenner des Saarlandes. Er mag dieses Land. Das ist für uns eine außerordentlich große Chance. Wir wollen in Paris nicht nur wieder Gesicht zeigen. Wir wollen vielmehr eine Neuaufnahme der Beziehungen zu Frankreich, denn unser Land hat nicht nur eine deutsch-französische Vergangenheit, sondern vor allen Dingen auch eine deutsch-französische Zukunft. Die wollen wir mit Jean-Marc Ayrault als Premierminister in Frankreich nutzen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht alles wiederholen, was hier schon gesagt wurde. Ich will auf einige Dinge eingehen, die kritisch angesprochen worden sind. Dass wir 65 Millionen Euro in den nächsten Jahren einsparen werden, ist richtig. Das wird auch so bleiben. Es ist die Voraussetzung für 260 Millionen Euro Zinskostenhilfen. Wenn wir das nicht tun, kriegen wir dieses Geld nicht. Keine Regierung, egal welcher Couleur, würde es politisch überleben, wenn uns diese Finanzierung wegbrechen würde. Deshalb werden wir diesen Weg gehen. Wir werden ihn mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und den Personalvertretungen innerhalb des Landes gehen.

Wir reden dann nicht nur darüber, was es weniger an Personal gibt. Wir reden auch darüber, was wir tun können für die, die im öffentlichen Dienst sind und bleiben. Das betrifft das Beförderungsvolumen, die Leistungsanreize, familien- und altersgerechte Strukturen im öffentlichen Dienst. Wir reden außerdem mit ihnen darüber, wie wir den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsorganisation so aufstellen können, dass wir mit weniger Personal die Aufgaben, die wir erledigen müssen, genauso erledigen können. Das ist uns wichtig. Es ist ein Prinzip dieser Regierung, dass wir nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entscheiden, sondern dass wir das im Dialog mit ihnen tun wollen. Dass es unterschiedliche Rollen gibt und dass man sich nicht im-

**(Minister Maas)**

mer einig sein wird, liegt - so glaube ich - in der Natur der Sache. Das kennt Oskar Lafontaine sicherlich noch aus seiner Zeit, als er Ministerpräsident gewesen ist.

Meine Damen und Herren, auch das Folgende ist angesprochen worden. Wir glauben nicht, dass wir das Problem, das wir haben, nur auf der Ausgabenseite lösen können. Ja, wir brauchen auch auf der Einnahmeseite ein Konzept. Ich würde - Regierung oder Opposition hin oder her - einen Blick in den Koalitionsvertrag werfen. Wir sprechen uns für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes aus. Wir wollen dazu sogar eine eigene Bundesratsinitiative starten. Wir sprechen uns dafür aus, dass große Erbschaften höher besteuert werden. Diese Landesregierung spricht sich dafür aus, dass es in Deutschland und in Europa eine Finanztransaktionssteuer gibt. Wer das liest und behauptet, wir hätten die Einnahmeseite außer Acht gelassen, der muss das vielleicht so sagen, weil es dazugehört. Mit der Realität hat es überhaupt nichts zu tun. Lesen Sie das und dann werden Sie eines Besseren belehrt werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir werden außerdem finanzielle Perspektiven nicht nur über steuerliche Veränderungen haben. Vielmehr wird eine Voraussetzung dafür sein, dass wir weiterhin wirtschaftliches Wachstum haben werden. Das ist die Voraussetzung dafür, mehr Steuern einzunehmen. Die aktuelle Steuerschätzung hat in erster Linie etwas damit zu tun, dass die Wirtschaft gut - besser als prognostiziert - gelaufen ist. Vielleicht sind die Prognosen in Zukunft nicht mehr in der Höhe, wie wir sie jetzt haben, aber sie haben im europäischen Vergleich immer noch Spitzenwerte. Das brauchen wir auch im Saarland. Wir geben mit dieser Regierung neue Impulse für den Strukturwandel im IT-Bereich, bei der Energie, im Automotive-Bereich, für den Maschinenbau und die Gesundheitswirtschaft. Wir stehen zur Industrie; das ist kein bloßes Lippenbekenntnis. Wir werden sehr intensiv mit den Verantwortlichen in der Industrie darüber reden, wie wir ihre Wettbewerbsbedingungen verbessern können.

Ein Thema wird uns sehr nachhaltig beschäftigen. Das ist der jetzt schon gegebene Facharbeitermangel. Die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in Deutschland wird in Zukunft in erster Linie davon abhängen, wer die meisten und die bestausgebildeten Facharbeiter hat. Das wird eine Frage sein, der wir uns widmen werden. Das wird ein Thema in den Schulen sein, weil wir auch schon dort dafür sorgen müssen, dass möglichst viele - wenn es geht alle - die Schule mit Abschluss verlassen, damit sie eine Perspektive bekommen. Es wird sich bis zu den Universitäten fortsetzen, wo wir etwa bei der Ingenieurusbildung dafür sorgen wollen, dass die Bedarfe, die wir im Saarland haben, gedeckt werden. Unser

Konzept für den Standort Saar ist: Um wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben, muss man nicht unbedingt billiger werden. Wir wollen besser werden - mit Forschung und Entwicklung sowie gut ausgebildeten Mitarbeitern für die saarländischen Betriebe. Dann haben wir hier wirklich eine Perspektive.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, der Kollege Ulrich hat sich schon mit der Zusammensetzung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr auseinandergesetzt. Ich will Ihnen sagen, ich bin sehr froh darüber, dass die Themen Wirtschaft und Arbeit zusammen sind.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Dagegen hat keiner etwas.)

Man kann da durchaus eine andere Philosophie vertreten, aber es hat etwas damit zu tun, dass wir der Auffassung sind, zu guter Wirtschaft gehört auch gute Arbeit. Das muss zusammen erledigt werden. Das haben wir in einem Haus zusammengeführt. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie über die Ergebnisse noch staunen werden, denn im Koalitionsvertrag steht auch, dass gute Arbeit ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit wird.

**Präsident Ley:**

Herr Kollege Maas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hubert Ulrich?

**Minister Maas:**

Gerne.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:**

Herr Maas, ich muss mich leider noch einmal zu Wort melden. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, ich habe nicht kritisiert, dass der Bereich Arbeit in Ihrem Haus angesiedelt ist. Ich habe anderes kritisiert, nämlich, dass Sie ein sogenanntes Superministerium haben, was Sie meiner Meinung nach nicht haben. Dass der Bereich Arbeit bei Ihnen ist, finden wir positiv.

**Minister Maas:**

Gut. - Meine Damen und Herren! Es ist eben über den Mindestlohn gesprochen worden. Man muss sich ein Schmunzeln verkneifen, zumal der Koalitionsvertrag noch vorgelesen worden ist. Was steht denn da drin? Im Koalitionsvertrag steht genau das drin, was Oskar Lafontaine vorgelesen hat. Es steht sogar wörtlich drin, dass die Landesregierung dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zustimmen wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)



**(Minister Maas)**

Es steht ausdrücklich so drin. Es steht tatsächlich auch noch drin, dass wir das bei allen Bundesratsinitiativen, die es gibt, tun werden. Es steht tatsächlich drin, dass wir das vor allen Dingen nach der nächsten Bundestagswahl tun werden. Herr Kollege Lafontaine, wir gehen nämlich davon aus - wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihnen -, dass die nächste Bundesregierung eine ist, in der die SPD ein gehöriges Wort mitzureden hat. Wir wollen nicht jetzt bei Schwarz-Gelb den Entwürfen zustimmen, sondern denen nach der Bundestagswahl. Ich bin mir sicher, die SPD in dieser Regierung und die Große Koalition haben große Chancen daran mitzuwirken, dass es in Deutschland endlich einen Mindestlohn geben wird. Da lohnen sich alle Mühen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das Tariftrueugesetz werden wir ändern. Wir haben die Leiharbeit aufgeführt, weil das auch zum Thema gute Arbeit passt. Folgendes ist schon bemerkenswert. Es muss wahrscheinlich so sein, dass man sich darüber aufregt, dass wir in den Koalitionsvertrag die Anträge reinschreiben, die Sie hier im Haus eingebracht haben. Wir werden sogar eine Bundesratsinitiative zum Thema Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auf den Weg bringen, um Equal Pay zu gewährleisten. Sie haben gesagt, dass Sie gegen Leiharbeit sind und dass Leiharbeit verboten werden muss. Schauen Sie sich Folgendes an. Die IG Metall macht zurzeit eine Plakatkampagne zum Thema gute Arbeit. Auf diesen Plakaten steht nicht: Leiharbeit verbieten. Auf diesen Plakaten steht vielmehr: Faire Leiharbeit. Genau das ist auch unsere Linie. Wir wollen den Missbrauch verhindern. Wir wollen gesetzlich dafür sorgen, dass Leiharbeiter in Zukunft genauso wie die Stammbeschäftigten bezahlt werden. Da sind wir mit der IG Metall anscheinend auf einer Linie.

(Beifall bei den Regierungsfractionen. - Sprechen.)

Lassen Sie mich noch einen Punkt ansprechen, der in den Beiträgen der Opposition überhaupt gar keine Rolle gespielt hat. Das verstehe ich wirklich nicht. Hier wird darüber geredet, wie viele Beamtenstellen es hinter dem Komma 2020 im Saarland noch geben wird. Aber von den Oppositionsparteien wird kein Wort darauf verwandt, dass diese Regierung in ihrem Koalitionsvertrag drinstehen hat, dass wir wieder in die aktive Arbeitsmarktpolitik einsteigen und zusammen mit der Agentur für Arbeit und den Jobcentern ein eigenes Landesprogramm auflegen werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Alleine wir werden 15 Millionen für diejenigen ausgeben, die die Schwächsten in den Arbeitsprozessen in Deutschland sind, nämlich die Langzeitarbeitslo-

sen. Denen wollen wir eine Perspektive geben, auch mit einem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt.

Und es geht nicht immer alles nur um Beamtenstellen im Jahr 2020. Wir wollen uns vielmehr auch um diejenigen kümmern, die heute in unserer Gesellschaft die größten Probleme haben, und das tun wir.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Insofern freue ich mich auf alle Auseinandersetzungen, die in den kommenden Jahren anstehen. Wir wissen, was wir wollen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt hier. Wir kennen die Herausforderungen. Wir stellen uns ihnen und sind sicher, dass wir dieses Land in den kommenden Jahren weiterbringen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Prof. Dr. Heinz Bierbaum.

**Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn die Regierung mit ihrer Antwort noch etwas gewartet hätte, denn dann wäre es vielleicht gar nicht notwendig gewesen, die Opposition am Schluss der heutigen Debatte so stark anzugreifen und ihr vorzuwerfen, sie lasse sich auf die Arbeitsmarktpolitik gar nicht ein. Mit meinem Redebeitrag wollte ich durchaus das unterstützen, was Sie vorhin noch einmal herausgestellt haben, nämlich dass es im Koalitionsvertrag auch einen Passus zum öffentlichen Beschäftigungssektor gibt. Diesen Passus begrüßen wir ausdrücklich. Das ist der eine Punkt. Und lassen Sie mich dazu noch eine kurze Bemerkung machen: Es ist natürlich auch klar, dass es entsprechender Bundesratsinitiativen bedarf, um sozusagen das Umfeld abzusichern, denn durch die Instrumentenreform haben wir in der Arbeitsmarktpolitik erhebliche Belastungen. Darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen, und es ist auch beim letzten Mal zum Ausdruck gekommen. Es ist deswegen relativ schwierig, auf Landesebene Programme aufzulegen und einzuleiten. Aber wie gesagt, wir begrüßen das.

Ich möchte aber vor allen Dingen auf zwei Themen zu sprechen kommen, nämlich Wirtschaftspolitik und Hochschulen. Frau Ministerpräsidentin, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung sagen, nachhaltige Haushaltskonsolidierung sei nicht nur eine finanzpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe. In diesem Zusammenhang hätte ich mir allerdings gewünscht, dass mehr auf das wirtschaftliche Umfeld Bezug genommen wird. Kollege Maas hat dies eben ein bisschen ge-

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

tan. Da geht es nicht um Dorfökonomie, Weltökonomie oder sonst etwas, sondern wir müssen schlichtweg zur Kenntnis nehmen, dass das wirtschaftliche Umfeld erhebliche Risiken in sich birgt, die eben auch auf die saarländische Wirtschaft durchschlagen, weil sie - das ist ja bekannt - in einem hohen Maße vom Export und damit vom Weltmarkt und insbesondere auch von der europäischen Entwicklung abhängig ist. Und wenn ich mir die europäische Entwicklung anschau, dann haben wir erhebliche Risiken vor uns. Es wird nicht so weiterlaufen wie bisher. Gegenwärtig ist die Basis Ihrer Annahmen die Steuerschätzung, die relativ gut ist, aber Kollege Hilberer hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass in ihr durchaus Risiken liegen, die man aufgreifen muss. Das heißt, das wirtschaftliche Umfeld ist risikobehaftet. Dies muss man berücksichtigen. Dazu hätte ich etwas mehr erwartet.

Umso notwendiger ist es, wirtschaftspolitische Impulse zu setzen, und da sehe ich relativ wenig. Wir erleben immer wieder - auch heute noch einmal - ein Bekenntnis zum Industriestandort und zur Industriepolitik. Ich denke, es besteht in diesem Haus Einvernehmen darüber, dass die Industriepolitik auch für die Zukunft des Landes eine zentrale Rolle spielt. Aber ich vermisste konkrete Impulse, ich vermisste die Aussage, wohin wir wollen, wo bestimmte Schwerpunkte liegen, was gefördert werden soll. Deswegen fordern wir nach wie vor, einen Masterplan „Industrie“ aufzulegen, weil wir wissen wollen, wo genau angesetzt werden soll, wo die Bereiche sind, die gefördert werden sollen, wohin das Land will. Nachdem die SPD es in der Opposition zum Bestandteil ihrer Politik gemacht hat, hätte ich mir auch vorstellen können, dass man etwa im Umfeld der Stahlindustrie konkretere Initiativen vorstellt. Es ist ja schon einmal von einem Forschungszentrum die Rede gewesen. In diese Richtung stelle ich mir vor, dass mehr gemacht werden muss.

Ich will aber nicht verkennen, dass es in diesem Zusammenhang auch Fortschritte und ein paar interessante Punkte gibt. Damit meine ich vor allem zwei Dinge, die auch in der Regierungserklärung angesprochen sind: den Innovationsfonds und das Zentrum für Existenzsicherung sowie für Wirtschafts- und Standortförderung. Ich halte es für wichtig, dass hier landesseitig etwas getan wird. Es entspricht durchaus dem Grundgedanken, den wir schon einmal mit dem Saarlandfonds hier in die Debatte eingebracht haben. Es muss wirklich etwas für die Innovationsförderung getan werden. Es muss auch etwas getan werden, um bestehende Industrieunternehmen und wichtige Betriebe in diesem Land zu halten. Die Bestandssicherung und Modernisierung bestehender Betriebe muss eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik in diesem Lande sein. Ich erinnere daran, dass nach wie vor Betriebe gefährdet sind, die für das Saarland wichtig sind, und ich den-

ke, das muss man auch mit dem in Zusammenhang bringen, was wir immer gefordert haben: dass an diesen Dingen auch die Belegschaften stärker beteiligt werden. Ich will dabei auf das Unternehmen Halberg Guss hinweisen, das ja hier in diesem Hause schon mehrmals Thema war. Halberg Guss hat sich aus der Insolvenz heraus relativ gut entwickelt, befindet sich jedoch nach wie vor auf einer durchaus unsicheren wirtschaftlichen Grundlage, weil der niederländische Finanzinvestor bisher so gut wie keinen Cent in die Hand genommen hat, um wirklich zu investieren. Die gesamten Investitionen bei Halberg Guss müssen aus dem eigenen Ertrag finanziert werden. Das stelle ich mir nicht unter einem Investitionsengagement eines Investors vor.

(Beifall bei der LINKEN.)

Und ich glaube, wir hätten heute eine andere, risikoärmere Situation, wenn wir die Belegschaft am Unternehmen beteiligt hätten. Es gab damals die Chance dafür, aber ich kann nicht der jetzigen Landesregierung vorwerfen, sie verpasst zu haben.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich wollte aber darauf hinweisen und möchte an die jetzige Regierung appellieren, den Weg für solche Belegschaftsbeteiligungen freizumachen und dies mit den Themen Innovationsfonds und ZEWIS zu verbinden. Es ist viel von Standortmarketing und Wirtschaftsförderung die Rede gewesen, aber es darf nicht nur Standortmarketing sein, sondern es müssen ganz konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um diese Betriebe nachhaltig sichern zu können.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, bei dem natürlich die von Ihnen angesprochene Aufteilung der Ministerien schon eine wesentliche Rolle spielt. Es geht um die Hochschulen. Wissenschaft muss mit Wirtschaft verbunden werden. Das halte ich für wichtig, weil natürlich die Hochschulpolitik mit der Wirtschaftspolitik sehr viel zu tun hat. Und Sie betonen ja auch - sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der Regierungserklärung -, dass der Technologietransfer ein ganz zentrales Element darstellt. Dazu, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren, hätte ich allerdings schon etwas mehr an Aussagen erwartet, als schlicht auf den Technologietransfer hinzuweisen. Ich hätte mir eine Antwort auf die Fragen gewünscht, was Technologietransfer konkret heißt und welche konkreten Maßnahmen damit verbunden sind. Und mit Blick auf die Hochschulen haben mehrere Redner darauf hingewiesen, dass es für die Zukunft des Landes ein zentrales Element ist, dass wir eine qualitativ hochwertige Hochschullandschaft beibehalten. Hier gibt es Risiken, und ich finde, die diesbezüglichen Aussagen sind bisher noch etwas nebulös. Es ist zwar davon die Rede, dass man nach wie vor den Wegfall

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

der Studiengebühren ausgleichen will. Das ist ja eine Verpflichtung, die bereits die Vorgängerregierung eingegangen ist, und dieser Ausgleich muss auch sein. Es wird darauf hingewiesen, dass 240 Millionen Euro viel Geld sind, was richtig ist. Aber der Punkt ist doch der: Wie können die Hochschulen langfristig die Mittel erhalten, die zur ihrer Weiterentwicklung notwendig sind? Da sehe ich wenig an Ergebnissen, da sehe ich wenig an Punkten, und ich habe den Eindruck, dass mit dem Hinweis darauf, dass die Hochschulen mehr tun müssen, möglicherweise - aber dem können Sie ja widersprechen - bereits Kürzungsabsichten verbunden sind, sodass ich da doch erhebliche Risiken sehe.

Ich komme gleich zum Ende. Ich begrüße außerordentlich, dass im Hochschulkapitel des Koalitionsvertrags auch davon die Rede ist, dass zwischen der Universität des Saarlandes und der Hochschule für Technik und Wirtschaft kooperiert werden soll. Ich halte das für wichtig. Aber es muss schon mehr sein als das, was Sie angesprochen hatten. Es muss mehr sein, als einen Campus Saar zu gründen und den mit Expertisen zu begleiten. Ich hoffe doch sehr - und dieser Hoffnung möchte ich Ausdruck verleihen -, dass diese Kooperation mehr ist als die Vergabe von Gutachten. Das halte ich für wesentlich.

Ich komme zum Schluss. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die durchaus positiv sind und die wir auch gewürdigt haben. Ich habe auf das Thema Arbeitsmarktpolitik verwiesen. Auch die Wirtschaftsförderung ist ein Stück weit anders angegangen worden als bisher. Das sehe ich positiv. Was mir fehlt, ist nach wie vor ein Leitbild, wie es weitergehen soll. Auch sehr viel konkretere Maßnahmen im Rahmen der Verbindung von Wirtschaftspolitik, Wissenschaftspolitik und Hochschulen halte ich für ganz zentral. Die weitere Bemerkung zum Thema Schuldenproblematik, die ich eigentlich noch machen wollte, fällt leider der Redezeitbegrenzung zum Opfer. Kollege Lafontaine hat hierzu aber schon genügend gesagt. - In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen.

(Beifall von der LINKEN und bei den PIRATEN.)

**Präsident Ley:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Hans das Wort.

**Abg. Hans (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Solche Debatten nach einer Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode sind immer ein Test für das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition und auch ein Test für das Verhältnis der Oppositionsfraktionen untereinander. Es wird letztendlich ein Grundstein

für den weiteren Verlauf von Debatten im Hohen Hause gelegt. Beim Kollegen Lafontaine hatte ich den Eindruck, dass eher schon Steine abgebaut und in Richtung Berlin getragen werden, als dass Steine für die Oppositionsarbeit in diesem Hause gelegt werden.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Machen Sie keine Sprüche, sondern reden Sie! - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

Kollege Bierbaum hat konstruktiv aus seiner Sicht nachgelegt, wobei, lieber Herr Bierbaum, ich darum bitte, dass Sie, wenn Sie schon sagen, Sie hätten sich bei Halberg Guss einen anderen Investor gewünscht, auch einen nennen, den Sie lieber gehabt hätten. Das nehmen wir in diesem Hause dann gerne zur Kenntnis.

(Beifall von Regierungsfractionen. - Sprechen bei der LINKEN.)

Kolleginnen und Kollegen, mit Spannung wurde sicherlich das Auftreten der PIRATEN in diesem Hause erwartet, die den Ruf haben, die Parlamentsarbeit in Deutschland etwas bunter zu machen mit ihrem Orange, das man auch auf den Bänken der Abgeordneten sehen kann. Herr Kollege Hilberer, Sie sprachen von langweiliger und ideenloser Politik der Großen Koalition, ich lade Sie deshalb dazu ein, in Ihren Beiträgen eigene Ideen einzubringen. Bringen Sie die Politik dazu, aus Ihrer Sicht weniger langweilig zu sein. Ich konnte Ihrem Beitrag nämlich noch relativ wenig von dem entnehmen, was Sie sich da wohl vorstellen. Ich gehe aber davon aus, dass sich das im Verlauf der Zeit noch ändert, wenn Sie Ihre Beiträge leisten werden.

Bunt getrieben hat es zuweilen der Kollege Hubert Ulrich, immerhin auch mit Unterstützung der PIRATEN-Fraktion, zumindest was die Redezeit angeht. Herr Kollege Ulrich, es ist schon verwunderlich. Der Saarländische Rundfunk titelt über die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin „Investition in Bildung. An der Bildung wird nicht gespart.“ Aber Sie stellen sich hier hin und behaupten das Gegenteil.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Wetten, dass wir das in den nächsten Jahren noch belegen können!)

Herr Kollege Ulrich, verwechseln Sie nicht den Koalitionsvertrag der Großen Koalition mit anderen Koalitionsverträgen, die es hier schon gegeben hat.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Es gab schon bessere!)

Wir haben ein gewisses Vertrauensverhältnis, das bereits vorhanden ist, sodass wir davon ausgehen, dass auch die Dinge geregelt werden können, die nicht explizit im Koalitionsvertrag vereinbart sind.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

(Abg. Hans (CDU))

Ich will mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einen Politiker einer Regierungsfraktion aus der Aussprache zur Regierungserklärung vom 24. August 2011 zitieren, wo es heißt: „Wir sind hier in einem sogenannten Haushaltsnotlageland. Das gilt für alle! Für die Regierung genauso wie für die Opposition, das gilt für alle Menschen, die in diesem Lande leben. Gerade vor diesem Hintergrund haben wohl alle in diesem Haus eine Verantwortung, zu einer Verbesserung dieser Situation beizutragen.“ - Lieber Herr Kollege Ulrich, Sie wissen, von wem das stammt. Es kommt von Ihnen. Ich gebe das heute zurück. Wir sind alle als Fraktionen dieses Hauses in der Verantwortung, die Haushaltsnotlage abzuwenden. Das ist das Ansinnen der Großen Koalition. Darauf baue ich für künftige Debatten in diesem Hause.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will zum Ende der Debatte noch einmal auf das Kernthema in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zurückkommen, nämlich das Thema Eigenständigkeit des Saarlandes. Ich habe mir Gedanken gemacht, wo ich eigentlich die Identifizierung als Saarländer mit meinem Land spüre. Kollege Lafontaine hat das an kulturellen, an mundartkulturellen Themen festgemacht. Das finde ich gar nicht mal so völlig falsch. Wenn ich überlege, wenn ich in München als Bayer über den Stachus laufe, die Frauenkirche im Hintergrund, dann fühle ich mich sicherlich als Bayer. Wenn ein Mensch aus Nordrhein-Westfalen in Köln den Dom betrachtet, vielleicht hat er dann so richtig das Gefühl, Nordrhein-Westfale zu sein, egal ob er vom Nordrhein oder aus Westfalen kommt. Wenn man vor der Dresdner Frauenkirche steht, dann ist man wohl Sachse von ganzem Herzen. Ich stelle mir also schon die Frage, wann ich Saarländer von ganzem Herzen bin.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Ja, erzählen Sie doch mal.)

Ist es davon abhängig, ob ein Landtag und eine Staatskanzlei in Wiesbaden oder in Saarbrücken stehen? Ich glaube, das ist sehr viel weniger die Frage. Ich will es in dieser Deutlichkeit sagen: Ich glaube nicht, dass es in diesem Hause jemandem primär darum geht, Besitzstände zu wahren. Ich glaube vielmehr, dass die Eigenständigkeit, die Identifikation des Saarländers mit dem Saarland zu Hause stattfindet, „dehenn“, wo ich mit Freunden und Nachbarn spreche, wo ich einem Nachbarn aus helfe. Dort stellt sich die Frage, ob ich Saarländer oder Saarländerin bin. Sie können sagen, es spielt überhaupt keine Rolle, in welchem Bundesland man sich bewegt. Ich sage Ihnen aber, es kommt darauf an, wie diese Gespräche stattfinden. Sind das Gespräche über mangelnde Betreuung von Kindern oder über Schulen, die für unsere Kinder nicht so gut sind? Sind es Gespräche über Verkehrswege,

wenn man von der Arbeit kommt und man sich über Staus ärgern muss?

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Über den Vierten Pavillon!)

Oder sind es Gespräche, dass man sich über den schlechten Zustand der Straßen oder lange Wege in der Verwaltung ärgern muss? Ich sage Ihnen, wenn das die Inhalte der Gespräche sind, dann verliert sich auch die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Land. Deshalb müssen wir alles daran setzen, dass die Menschen im Saarland in ihren Kommunen und Orten, in ihrer Heimatumgebung zufrieden leben. Dies sind wichtigere Themen als die Frage, wo ein Landtag oder eine Staatskanzlei steht. In diesem Hause, so meine ich, sind wir uns einig, dass wir das am besten dann doch aus diesem Haus heraus regeln können. Von hier aus können wir am besten die Bedingungen dafür setzen, dass die Menschen im Land zufrieden sind, dass sie zufrieden damit sind, in einem eigenständigen Saarland zu leben.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Viele von uns sind in der Kommunalpolitik verhaftet. Andere üben es noch und werden wahrscheinlich demnächst in der Kommunalpolitik zu finden sein. Als Kommunalpolitiker muss ich sagen, dass man aus anderen Bundesländern oft hört: Ihr Saarländer seid eigentlich nicht regierbar. Ihr seid ein Land, das von kommunalpolitischen Entscheidungen geprägt ist. Wie wollt ihr in Saarbrücken Entscheidungen treffen, die möglicherweise zulasten der Kommunen gehen, aus denen ihr kommt? - Hier sage ich ganz klar: Das ist der Vorteil unseres Landes. Wir kommen nicht aus Saarbrücken in unseren Wahlkreis zurück und verkünden die negativen Botschaften. Wir, die wir in diesem Hause sitzen, kommen aus unserem Wahlkreis in den Landtag und sorgen dafür, dass die Dinge umgesetzt werden, die für die Menschen in unseren Städten und Kommunen wichtig sind. Es wurde heute schon vieles in der Debatte bemüht. Deshalb geht mein Appell an alle, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen, neben denen, die Mitglied des Hohen Hauses sind, dass wir zusammenkommen bei der Frage, wie wir die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen gestalten. Es ist der Appell, das Angebot der Landesregierung anzunehmen, ins Gespräch zu kommen über einen gemeinsamen Fonds, den wir gestalten, um die Zinslast der Kommunen bei der Bedienung der Kassenkredite abzubauen. Ich glaube, wir werden insgesamt bei allen landespolitischen Fragen vorankommen, wenn es im Dialog, in der Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen stattfindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass wir in unserem politischen Handeln geleitet sind von

(Abg. Hans (CDU))

der Frage, wo unser Zuhause, unser „Dehemm“ ist. Ich glaube aber auch, dass wir uns in dieser Legislaturperiode und in denen, die folgen werden, auf das Machbare konzentrieren müssen und weniger auf das Wünschenswerte.

Wir müssen - und da noch einmal der Appell auch an die Oppositionspolitiker, lieber Kollege Professor Bierbaum - bei allen hehren Vorstellungen, die man hat, auch noch einmal überprüfen, ob diese Dinge auch umsetzbar sind. Da erwarten wir als Regierungsfraktion durchaus auch von der Opposition Vorschläge, die tatsächlich machbar, umsetzbar sind.

Ein Zugehen aufeinander, das hier von meinen Vordnern mit Blick auf die Opposition schon angeboten worden ist, hat letztlich auch diese Koalition geschmiedet. Es war erforderlich, dass die beiden großen Volksparteien aufeinander zugegangen sind, um diese Koalition zu bewerkstelligen. Klaus Meiser hat es eben deutlich gemacht: Es gab dabei keine Gewinner und keine Verlierer, das ist auf Augenhöhe passiert mit dem Ziel, dass am Ende das Saarland gewinnt.

Ich glaube, dass diese Landesregierung sofort mit der Arbeit beginnen kann - teilweise auch schon begonnen hat. Man kann es der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin entnehmen: Noch vor der Sommerpause wird im Landtag in der Schulpolitik mit dem Schulordnungsgesetz die Grundlage für das Zwei-Säulen-Modell gelegt. Noch vor der Sommerpause wollen wir uns um eine gemeinsame Lösung bemühen in der Frage, wie wir die Zukunft der VSE und damit die Energieversorgung in unserem Land gestalten. Noch vor der Sommerpause werden wir gemeinsam ein Vergabe- und Tariftreuegesetz im saarländischen Landtag einbringen, das dafür sorgt, dass bei öffentlichen Vergaben 8,50 Euro als Mindestlohn zur Anwendung kommen. Wir werden uns noch vor der Sommerpause mit der Anpassung von Altersbezügen, von Versorgungen von Ministern und Staatssekretären beschäftigen. Ich glaube, dass es gerade hier sehr wichtig ist, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Ich will an der Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass bereits in Zeiten der CDU-Alleinregierung dafür gesorgt wurde, dass die Minister keine zusätzlichen Diäten mehr beziehen, dass Aufsichtsratsvergütungen von Mitgliedern der Landesregierung abgeführt werden und letztlich auch, dass die Versorgungsleistungen von uns Abgeordneten drastisch verändert worden sind, was letztlich zu einer Entlastung des Haushaltes beiträgt.

Das sind Dinge, die wir auch den Bürgerinnen und Bürgern noch einmal deutlich machen müssen. Wir müssen zeigen, dass hier mit gutem Beispiel vorangegangen wird. Wenn das geschehen ist, kann man

sich, glaube ich, in anderer Atmosphäre, auf Augenhöhe mit den Beamtinnen und Beamten, mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an den Tisch setzen und dort über notwendige Einsparungsmaßnahmen diskutieren.

Ich will in aller Kürze noch auf andere Projekte hinweisen, die anstehen. Die Verkehrsinfrastruktur habe ich schon erwähnt. Ich möchte aber noch einmal deutlich machen, wie wichtig für uns echtes breitbandiges Internet im Saarland ist. Die Ministerpräsidentin hat von 50 Mbit/s gesprochen. Woanders wird noch immer von 1 Mbit/s als Breitband gesprochen. Das hat man längst auf jedem Handy. Deshalb ist es erwähnenswert, dass wir eine echte Initiative starten werden.

Ich glaube, dass diese Legislaturperiode geprägt sein wird von vielen positiven Projekten, dass sie vor allem auch fünf Jahre andauern wird. Es darf erwartet werden, dass wir auch zusammen mit der Opposition einige Dinge gemeinsam angehen werden, sicherlich nicht immer in Harmonie, aber - das würde ich mir für die CDU-Landtagsfraktion wünschen - zumindest in aller Fairness im Sinne unseres Landes. Demokratie ist Macht auf Zeit, Regieren hat nichts mit Herrschen zu tun. Ich möchte auch darum bitten, dass wir nicht immer nur fragen, was passiert Schlimmes, wenn wir reformieren, sondern dass wir uns vor allem auch die Frage stellen, was passiert, wenn wir nichts tun. - Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Eugen Roth.

**Abg. Roth (SPD):**

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach meiner Überzeugung, nach Überzeugung auch unserer Fraktion, stehen in diesem Koalitionsvertrag, der die Grundlage der neuen Regierung bildet, der auch die Grundlage der Regierungserklärung gewesen ist, sehr viele Inhalte, auch sehr viele gute Inhalte. Insofern war das, finde ich, eine sehr inhaltsreiche und gute Regierungserklärung, die heute abgegeben wurde.

Ich habe mich deshalb noch einmal zu Wort gemeldet, weil die eine oder andere auf der bundespolitischen Bühne auszukämpfende Frage hier leider etwas unterbelichtet bleibt oder untergeht. Gerade bei der Frage, wie man angesichts einer unumgänglichen Haushaltskonsolidierung die Themen Wirtschaft, Arbeit und Soziales in eine vernünftige Balance bringt, war es nicht einfach, den vielen Detailanfragen gerecht zu werden. Aber ich könnte jetzt

(Abg. Roth (SPD))

- das würde allerdings den Rahmen sprengen - locker 20 Punkte nennen, die sich in jeder sozialpolitischen Erklärung beispielsweise auch von Gewerkschaften sehr gut lesen würden. Die stehen in diesem Koalitionsvertrag drin. Deswegen bin ich manchmal etwas befremdet, wenn man versucht, das Sozialpolitische, das Arbeitsmarktpolitische, das Wirtschaftspolitische auf das Thema „Initiative für Mindestlohn im Saarland, ja oder nein“ zu reduzieren; denn das wird dem, was wir hier machen, was wir vorhaben, einfach nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU.)

Ich will kurz und knapp zu dem Thema flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn nur so viel sagen: Der Weg ist auch durch diesen Koalitionsvertrag und diese Regierungserklärung frei. Wer meint, wir könnten den beschließen und wenn wir das täten, würde dieser Lohn morgen kommen, der ist nicht von dieser Welt. Das würde nämlich sämtlichen Gesetzgebungswegen im Bund-Länder-System widersprechen. Aber wir stehen dahinter. Und das ist, finde ich, eine ganz beachtliche Leistung, die in diesem Koalitionsvertrag drinsteht.

(Beifall von der SPD und dem Abgeordneten Hans (CDU).)

Ich möchte aber exemplarisch noch drei andere Punkte beleuchten. Da gibt zum einen den Armuts- und Reichtumsbericht, also die Fortschreibung des Sozialberichtes, die auch schon von den Vorgängerregierungen vorgenommen wurde, mit einem Aktionsplan und mit dafür zu treffender Haushaltsvorsorge, und das bei knappen Kassen. Wir finden das gemeinsam im Stellenwert absolut richtig, wenn man sieht, um was es da geht - insbesondere beim Thema Kinderarmut. Aber es ist beileibe keine Selbstverständlichkeit, dass man das so perspektivisch und so konkret aufschreibt, wie es hier passiert ist; dann wäre nämlich das, was beispielsweise der Saarland-Sozialgipfel seit Langem fordert, auch in Regierungshandeln umgesetzt. Deshalb finden wir das sehr gut.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt ein Thema, bei dem ich eben bei dem einen oder anderen, insbesondere bei den neuen Kolleginnen und Kollegen, noch etwas Kopfschütteln bemerkt habe. Vielleicht habe ich es auch falsch interpretiert. Ich meine das Thema, dass wir im Saarland einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen machen wollen. Dabei ist zum einen klar: Wir werden nicht all das, was im Bund gekürzt wurde, in dem kleinen und zudem um Haushaltskonsolidierung ringenden Saarland komplett ausgleichen können. Wer das erwarten würde, ist ein Illusionskünstler; das wird so nicht gehen. Aber umgekehrt betrachtet halte ich die Tatsache, dass wir - natürlich in

Weiterentwicklung mit den Jobcentern, mit der Agentur für Arbeit, also mit der Regionaldirektion, und so weiter - diese Geschichte in der verbleibenden Zeit auch aus originären Haushaltsmitteln noch mit mindestens 15 Millionen Euro bestücken, für einen sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen „Big Point“; das ist etwas, was es teilweise - man soll es gar nicht sagen - in anderen, wohlhabenderen Bundesländern so deutlich nicht gibt.

Ich weiß auch aus den ersten Reaktionen von Trägern, auch vom Saarland-Sozialgipfel - da sind alle Sozial- und Wohlfahrtsverbände versammelt -, dass das sehr begrüßt wird. Natürlich wird unsere Arbeit nicht beendet sein, wenn wir das Projekt gestrickt haben werden; das müssen wir hier, lieber Kollege Hans, sicherlich noch in einer Einzeldebatte erörtern. Es ist noch nicht fertig, weil es ja mit denen gemeinsam gemacht werden muss.

Wir werden nicht aufhören, auch auf Bundesebene entsprechend tätig zu werden, weil wir beispielsweise da auch die Nickeligkeit drinstehen haben, dass wir für einen Austausch des Aktiv-Passiv-Transfers sind, was wesentliche Arbeitsmarktmittel, die so rein formalistisch gebunden sind, freimachen würde. Das geht bisher nicht, wird aber von den Sozialverbänden im Saarland und deutschlandweit unisono gefordert. Auch das steht da drin und ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch einmal darauf lenken.

Ich komme zu einem letzten Punkt, zur verbesserten Freistellungsmöglichkeit für politische wie berufliche Weiterbildung. Nach meiner Erinnerung ist das im Jahr 1990 von Gewerkschaftern in der damaligen SPD-Fraktion dem damaligen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine abgetrotzt worden. Es gab damals auch SPD-Wirtschaftsminister, die das eigentlich nie wollten und immer gefragt haben: Habt ihr das denn noch? Wir haben uns nach reiflicher Debatte aber dazu durchgerungen. Und im Übrigen ist es so, dass man nicht nur immer von lebenslangem Lernen reden sollte, sondern dass man auch einmal so handelt. Wir wollen künftig zwei Tage anrechnungsfrei stellen, das betrifft die überwiegend dominierenden Kurzseminare. Wir wollen auch, dass die Kleinbetriebsklausel bei betrieblicher Weiterbildung wegfällt, die Freistellungsmöglichkeit also nicht mehr nur bei Betrieben ab 100 Beschäftigten greift. Das hört sich vielleicht unbedeutend an, aber ich bin den Koalitionspartnern sehr dankbar, dass wir diesen Sprung gemacht haben, weil ich das für sehr zielführend halte.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Noch ein Wort zur Einnahmesituation. Natürlich werden wir die Haushaltskonsolidierung am Ende nur dann hinbekommen können, wenn auch die Einnahmesituation mindestens gehalten beziehungsweise verbessert wird. Das ist alles dünnes Eis. Es ist hier

(Abg. Roth (SPD))

über Wirtschaftsprognosen gesprochen worden. Schon Karl Valentin hat gesagt, Prognosen sind unsicher, vor allen Dingen, wenn sie die Zukunft betreffen. Und das stimmt leider auch. Die Einnahmen zumindest zu halten beziehungsweise zu verbessern, wäre durchaus möglich. Hier sind Themenfelder wie Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz oder auch Finanztransaktionssteuer genannt worden. Dabei wird es aber nicht bleiben, weil das mindestens auf Bundesebene ausgehandelt werden muss. Das müssen wir hier alle wissen und sollten nicht irgendwelche Illusionen erzeugen. Wenn ich gesagt habe „mindestens Bundesebene“, so ist es bei der Finanztransaktionssteuer so, dass das europaweit entsprechend abgeglichen werden muss, sonst greift das erst gar nicht.

Wir müssen bei diesem Themenfeld wissen - das ist meine Überzeugung und ich denke, auch die unserer Fraktionen -, eben weil das nicht im Saarland autonom entschieden werden kann und weil es deshalb umso schwieriger, zeitaufwändiger und politisch anspruchsvoller ist, die entsprechenden Bündnisse zu schmieden, dass wir den überwiegenden Teil unserer Kraft nicht nur auf die Frage konzentrieren dürfen, wie wir die Rückführung von Schulden im eigenen Bereich belassen, sondern wir müssen unsere Energie auch in dem Bereich einsetzen, wo es um die Gespräche mit anderen Bundesländern geht. Die ersten Vorzeichen sind dabei nicht ermutigend. Man hört beispielsweise, dass die CSU/FDP-Regierung in Bayern sagt, wir wollen nicht mehr so viel geben. Und die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg sagt, die Bayern haben Recht, wenn sie das sagen. Dann weiß man doch, in welchem schwierigen Umfeld wir diese Debatte zu führen haben werden. Und deshalb ist die Große Koalition genau das, was wir hier brauchen, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, an diesen Tischen zu reüssieren und irgendwas zu bekommen. Und deshalb müssen wir da hart dranbleiben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, den der Kollege Hilberer hier angesprochen hat, nämlich die Frage, mit wem man reden sollte im öffentlichen Dienst, nicht nur mit den Funktionären - einer spricht gerade hier -, nicht nur mit den Personalvertretungen, sondern auch mit dem Personal. Ich weiß, dass es bei euch in der Fraktion auch engagierte Mitbestimmer gibt, aber ich weise einmal darauf hin, dass das Personalvertretungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz nicht von ungefähr gemacht worden

sind und die Gewerkschaftsorganisation nicht von ungefähr entstanden ist. Natürlich muss der einzelne Kollege und die einzelne Kollegin zu Wort kommen, aber diejenigen, die in diesen Wahlfunktionen sind, haben natürlich auch einen besonderen Schutz, den sie genießen. Und sie können deshalb auch etwas transparenter und offener reden als die einzelnen Kollegen. Bei 24.000 Beschäftigten in der Landesverwaltung des Saarlandes mit einzelnen Kollegen das Gespräch zu führen, ist - vorsichtig ausgedrückt - nicht so ganz einfach. - Ich bin euch aber aus einem ganz anderen Punkt ganz dankbar, der mit der Regierungserklärung nichts zu tun hat. Seit die PIRATEN hier im Landtag sind, brauche ich nicht mehr mit meinem iPhone unter dem Tisch zu arbeiten, weil die Presse plötzlich sagt, das sei innovativ und man wäre gut vernetzt. Also habt ihr mir da etwas geholfen.

(Heiterkeit und Beifall.)

Die Kolleginnen und Kollegen sind nach der anspruchsvollen Aussprache hungrig und deshalb nur noch einen letzten Satz. Es wird entscheidend sein, dass wir in diesen schwierigen Zeiten, die vor uns liegen und nicht einfach sind, zusammenhalten. Das gilt für die Regierungsfractionen - ich bin da guten Mutes, wie wir das bisher in gegenseitigem Respekt zusammen gemacht haben -, aber das gilt natürlich für alle hier im Hause. Gestritten werden darf bei der Suche um die beste Lösung, aber wenn es darum geht, das gemeinsam nach außen hin zu vertreten, dann sollten wir alle stehen. Eine Niederlage können wir uns im Interesse der Saarländerinnen und Saarländer an dieser Großbaustelle nicht leisten. - Gemeinsam sind wir stark.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

**Präsident Ley:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bevor ich die Sitzung schließe, will ich darauf hinweisen, dass das Erweiterte Präsidium, weil morgen Feiertag ist, in genau einer halben Stunde, um 14.00 Uhr, sich unten in der Alten Bibliothek zur Vorbereitung der Sitzung in der kommenden Woche trifft. - Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche allen einen guten Appetit.